

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.00 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. **Postkassentext:** Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon** 72206

Inseratenpreise: Die 10 Spalten, Kolonelle 35 Pfg., bei Wagnerschrift 40 Pfg. **Stellenangebote** 10 Spalten, Kolonelle 25 Pfg. **Familiennachrichten von Privaten** die 10 Spalten, Kolonelle mit 50% Nachsch. **Reklamazeile** 2 Mk., **Inserate u. ausw.** die 10 Spalten, Kolonelle 40 Pfg., bei Wagnerschrift 50 Pfg., **Reklamazeile** 2,25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postämter entgegen

Verhandlungen in Genf

Verammlung der Schweizer

SPD Genf, 4. September.
Als in der zweiten Plenarversammlung am Dienstag gegen 17 Uhr die allgemeine Aussprache beginnen sollte, hatte sich kein einziger Redner eingestellt. Die wiederholten Aufforderungen des Präsidenten wurden mit eifrigem Schweigen beantwortet. Die ungeheure Spannung der Atmosphäre hat auf diese Weise ihre erste Auswirkung gefunden. Dem Präsidenten blieb schließlich nichts anderes übrig, als die Sitzung auf Mittwoch nachmittag zu verlegen.

Das Präsidialbureau der Genfer Völkerbundsversammlung, dem u. a. Hermann Müller als Vizepräsident angehört, beschloß am Dienstag, der Versammlung von sich aus vorzuschlagen, die Wiederwählbarkeit Spaniens zu beschließen. Durch dieses Vorgehen wird die Frage, ob Spanien wiederwählbar sein kann, in öffentlicher Abstimmung entschieden werden. Die Wahl Spaniens zum Ratsmitglied findet allerdings in geheimer Abstimmung statt.

Briand und Müller

SPD Genf, 5. September. (Radio.)
Die erste Unterredung zwischen Briand und Hermann Müller ist für Mittwoch, 18.30 Uhr, vereinbart worden. Die Kombinationen über die Verschiebung der Aussprache bzw. den Verzicht Müllers auf eine Unterredung werden damit als völlig unbegründet gekennzeichnet.

Spanien im Völkerbund

SPD Paris, 5. September.
Wie der Petit Parisien aus Genf berichtet, ist der aktive Wiedereintritt Spaniens in den Völkerbund noch lange nicht geregelt. Spanien verlange einen halbständigen Ratsitz, dagegen habe sich gestern plötzlich eine

starke Opposition der skandinavischen Staaten geltend gemacht. Der augenblickliche Ratspräsident, Zable, habe als Wortführer der Opponenten erklärt, daß die Einrichtung eines halbständigen Sitzes als Ausnahmemaßnahme nur für Polen beschlossen worden sei. Eine Verallgemeinerung sei unbedingt abzulehnen. Vergeblich habe Briand in einer lebhaften Intervention die spanischen Wünsche begründet und durchzudrücken versucht. Es sei bisher nicht gelungen, eine Einigung zu erzielen.

Deutsche Minderheit in Polen

SPD Genf, 4. September.
Der Völkerbundrat wird sich in seiner nächsten Sitzung mit den Berichten der deutschen Minderheiten in Polnisch-Oberschlesien befassen. Es handelt sich zunächst um eine Beschwerde des Deutschen Volksbundes gegen die Angriffe, denen Mitglieder der deutschen Minderheiten und die deutschen Organisationen in Oberschlesien ausgesetzt sind. Der Völkerbund hat ein Verzeichnis von 75 im letzten Jahre vorgekommenen Fällen eingereicht, unter denen sich 18 Sprengstoff-Attentate, 18 gewaltsame Sprengungen deutscher Versammlungen, 30 Fälle schwerer Körperverletzungen — zum Teil durch Bandenüberfälle — und 5 Ueberfälle unter Verwendung von Schusswaffen befinden. Das Ziel der Beschwerde ist, den Rat zu veranlassen, daß die Sicherheit der deutschen Minderheiten, die ihr im Artikel 83 der Genfer Konvention versprochen wurde, garantiert wird.

In einer Beschwerde des Deutschen Volksbundes zur Schutzfrage wird Klage darüber geführt, daß die polnischen Behörden durch bestimmte Ausführungsmassnahmen die Urteile des Internationalen Gerichtshofes und die Beschlüsse des Völkerbundsratess zu nichte machen.

Bernard Shaw in Genf

WVB Genf, 4. September.
Bernard Shaw, der seit einiger Zeit Mitglied eines Untersuchungsausschusses der Kommission für internationale geistige Zusammenarbeit ist, traf heute in Genf ein. Shaw, der noch nie während einer Völkerbundsversammlung in Genf gewesit hat, beabsichtigt, die Genfer Arbeiten bei seinem jetzigen Aufenthalt in Genf aus der Nähe kennenzulernen.

Die schwierige Regierungsbildung in Thüringen

Neues Angebot an die Sozialdemokraten

SPD Weimar, 4. September.
Der mit der Regierungsbildung in Thüringen beauftragte Demokrat Dr. Krüger fragte im Verlauf seiner weiteren Verhandlungen bei der sozialdemokratischen Fraktion des thüringischen Landtags an, ob sie bereit sei, sich an einer Regierung, bestehend aus Demokraten, Wirtschaftspartei und Deutscher Volkspartei, zu beteiligen. Die Beauftragten der sozialdemokratischen Fraktion erteilten Dr. Krüger folgende Antwort:

„Auf Ihr Schreiben vom 3. September 1928, in dem Sie die Frage stellen, ob die Fraktion der SPD bereit sei, eine Regierung mitzubilden, in der die SPD mit drei Mitgliedern, die Deutsche Volkspartei und Wirtschaftspartei zusammen ebenfalls mit drei Mitgliedern und die Deutsche Demokratische Partei mit einem Mitglied vertreten wären, teilen wir Ihnen schriftlich mit, was Ihnen schon bei einer Aussprache am 31. August zur Kenntnis gekommen ist, nämlich, daß, nachdem die Auflösung des Landtags und damit Neuwahlen zum Landtag abgelehnt worden sind, die Fraktion der SPD nur dann zur Regierungsbildung Stellung nehmen kann, wenn an erster Stelle konkrete Vorschläge über die einzuschlagende Politik gemacht werden sollten.“

Die Entführung Rossis

SPD Genf, 5. September (Radio.)
Die Untersuchung der Schweizerischen Behörden in der Angelegenheit der Rossis-Affäre hat ergeben, daß in der Nacht der Entführung sechs bewaffnete italienische Soldaten in Uniform per Motorboot durch Schweizer Gewässer nach Champlone geschifft worden sind. Das Motorboot ist von zwei Schweizerischen Beamten gefahren worden, ohne daß sie gegen die Neutralitätsverletzung eingeleitet wurden. Gegen sie ist bereits ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden.

Der Völkerbund tagt

Am Montag ist in Genf die neunte Vollversammlung des sogenannten Völkerbundes zusammengetreten, der in Wahrheit — es kann nicht oft genug gesagt werden — nur ein Bund der Regierungen kapitalistischer Staaten ist. Klammert sich in Genf schon kein Mensch mehr um den geräuschvollen Aufmarsch der Völkerbundsdiplomaten, so bemüht sich die bürgerliche Presse um so mehr, den Genfer Veranstaltungen eine große Bedeutung zu geben. Aber die erfranzögten Diplomaten selbst, die sich da alljährlich aus den verschiedenen Erdteilen zusammensinden, korrigieren diese lärmende Propaganda. Sie haben schon in den früheren Jahren wiederholt den Beweis erbracht, daß auch auf den Konferenzen der größten Politiker nur langweilig-düble Reden gehalten werden können und daß sie sich wochenlang gegenseitig anshawen können mit dem festen Vorsatz, ohne jedes praktische Ergebnis wieder in ihre Länder zurückzukehren. Ihrem Ruf, tüchtige Diplomaten zu sein, hat das ebensovienig geknabert wie den anderen, daß sie die wahrhaftigsten und selbstlosesten Friedenspolitiker sind.

So ziehen sie von einer Konferenz zur anderen, halten Reden, mit denen dann die Zeitungen wochenlang angefüllt sind und versuchen der ganzen Welt weiszumachen, daß wirklich eine Ära der friedlichsten Beziehungen zwischen den Völkern begonnen habe. Daß es kein anderes Instrument gäbe, als diesen Völkerbund, um das Werk des endgültigen Friedens zu Ende zu führen. Kommt es zu einem der häufigen Streitfälle, so helfen alle, seine Bedeutung zu verkleinern, ihn auf Mißverständnisse zurückzuführen oder, wenn beides nicht geht, ihn einfach durch Ignorierung der strittigen Frage beiseite zu schieben. Es ist nicht zu leugnen, daß sie es auf diese Art verstanden haben, die Illusionen über diesen Völkerbund noch in einem außerordentlichem starkem Umfang auch in jenen Schichten der Völker zu erhalten, die es sonst ablehnen, sich als willenloses Werkzeug für die Interessen der kapitalistischen Klassen gebrauchen zu lassen.

Wäre der Völkerbund das, was er zu sein vorgibt, so hätten die Delegierten der neunten Vollversammlung eine Fülle von Arbeit zu bewältigen. Mit jedem Tag, den die Entwicklung der kapitalistischen Produktion vorwärts schreitet, vermehren sich die Widersprüche in den gesellschaftlichen Beziehungen der Staaten, verschärfen sich die Reibungen und wachsen die Gefahren, die von neuem die Anwendung gewaltsamer Mittel zur Durchsetzung bestimmter Ziele der herrschenden kapitalistischen Schichten heraufbeschwören. O, es gäbe für eine Versammlung eines wirklichen Völkerbundes viel zu tun in einer Zeit, in der zahllose äußere Erscheinungen erkennen lassen, auf welche erschreckend schwankender Grundlage das schwache Gebäude des bestehenden Friedens ruht. Die Herren vom Völkerbund mühten zum Kellogg-Pakt Stellung nehmen und sich zu den Vorbehalten äußern, die von den verschiedenen Regierungen vor der Unterzeichnung vorgebracht worden sind. Sie mühten untersuchen, wie sich diese Vorbehalte mit den Aufgaben und den allgemeinen Zielen des Völkerbundes vereinbaren lassen. Aber freilich können sie das nicht, denn sie sind ja die gleichen, die jene Vorbehalte erhoben haben, wie sie die gleichen sind, die daheim mit ihrer Politik die Entwicklung zum wirklichen Völkerbund aufhalten wollen und den Kampf für den wahren Frieden sabotieren.

Die brennenden Probleme, die die Stunde ihnen stellt, sind für die Völkerbundsdiplomaten in Genf nicht da. Der schärfere in den Vordergrund tretende Gegensatz zwischen den Imperialisten der Vereinigten Staaten von Nordamerika und denen Europas, der durch die Neuorientierung der englischen Politik soeben unterstrichen wurde, wird von ihnen ebenso ignoriert, wie das ägyptische Problem. Ist das nicht ein starker „Völkerbund“, der den Staaten Schutz gegen An- und Uebergriffe anderer heilig verspricht und der bei dem Angriff Englands auf die Unabhängigkeit Ägyptens sich so verhält, als sei überhaupt nichts geschehen? Und wie steht es mit China? So lange China im Völkerbund noch durch die Nordregierung vertreten wurde, konnten die Genfer Meister des Völkerrechts erklären, daß die Vorgänge in China, dem Völkerbund nichts angehen. Aber inzwischen ist bis auf die Randspure die nationale Einigung Chinas Wirklichkeit geworden. Das gewaltige Reich des fernen Ostens wird jetzt durch eine Delegation der Kankingregierung im Völkerbund vertreten. Es ist also auf dem Papier ein Gleicher unter Gleichen. Durch die Anerkennung der Kankinger Delegation hat der Völkerbund die in China vor sich gegangene Wandlung zur Kenntnis genommen. Wann wird der Völkerbund, wann werden die in ihm führenden Regierungen bereit sein, aus der veränderten Lage die Konsequenzen zu ziehen? Ist China ein Gleicher unter Gleichen, dann müssen schleunigst die alten Verträge zerissen werden, dann müssen die Truppen der fremden Staaten den chinesischen Boden verlassen und dann dürfen zu keiner Stunde wieder zu angeblichem Schutze der Interessen irgendwelcher Staatsbürger Kriegsschiffe ihre Geschützrohre auf Chi-

Für Zulassung des Volksbegehrens

SPD Berlin, 5. September. (Radio.)
Die Juristen der zuständigen Ressorts der Reichsregierung haben sich am Dienstag mit der verfassungsmäßigen Seite des kommunalistischen Antrages auf Zulassung eines Volksbegehrens befaßt. Man kam überein, dem Reichsminister des Innern die Zulassung in Vorschlag zu bringen. Der Reichsminister Seegering, der nach längerer Abwesenheit von der Reichshauptstadt am Freitag nach Berlin zurückkehren wird, dürfte nunmehr dem kommunalistischen Antrag von sich aus, als der allein zuständigen Instanz, entsprechen und nicht erst, wie es anfänglich geplant war, noch eine Entscheidung des Gesamtkabinetts herbeiführen, sondern die einzelnen Minister lediglich über seine Absichten informieren. In diesem Falle wird voraussichtlich die amtliche Mitteilung über die Zulassung des Volksbegehrens schon Anfang der nächsten Woche erscheinen. Die amtlichen Listen zur Einzeichnung können jedoch erst vierzehn Tage nach dieser Bekanntgabe aufgelegt werden. Sie liegen nach dem Gesetz über den Volksentscheid vierzehn Tage aus.

Banzerkreuzerprotest in Neukölln

SPD Berlin, 5. September (Radio.)
Eine Versammlung der Berlin-Neuköllner Abteilungen der Sozialdemokratischen Partei nahm zur Banzerkreuzeraffäre eine Entschliessung an, die schärfsten Protest gegen die Zustimmung der sozialdemokratischen Minister zu der Inangriffnahme des Banzerkreuzerbaues ausspricht. Gleichzeitig wurde die baldige Einberufung eines außerordentlichen Parteitagess gefordert und das Verlangen aufgestellt, daß weder die sozialdemokratischen Minister noch die sozialdemokratischen Abgeordneten der zweiten Kammer für den Banzerkreuzer zustimmen.

Neuer Femeprozeß in Aussicht

SPD Berlin, 5. September. (Radio.)
Die Berliner Staatsanwaltschaft III hat dem Oberleutnant a. D. Reim, der seit zwei Jahren unter dem Verdacht steht, an einem Fememord beteiligt zu sein, die Anklage zugestellt. Sie lautet auf Mittäterschaft an der Ermordung des Feldwebels Regner. Mit Reim ist ein Hauptmann a. D. Gutknecht unter der Beschuldigung der Mordankündigung angeklagt. Der Prozeß, der nach der Entscheidung des Justizministers nicht unter die Reichsamnecke fällt, da bei deren Erlaß noch keine Anklage und keine Verurteilung der Beschuldigten erfolgt war, wird im Oktober in Berlin durchgeführt werden. Die Leiche des ermordeten Feldwebels Regner ist bisher nicht gefunden worden, obwohl seinerzeit während der Er-

Welche Städte richten. Der Völkerverbund müßte diese Voraussetzungen und er müßte auch diese Garantien schaffen. Aber wie im Völkerverbund im allgemeinen, so verfolgen die imperialistischen Mächte in China im besonderen jede ihre eigenen Interessen und unbeschadet um alles andere geht es ihnen nur darum, diese durchzusetzen.

Da zu dem, was wirklich ist, dieser Völkerverbund nicht Stellung nehmen will, wen wundert's dann, daß die Hunderte von Menschen, die da in Genf zusammengelaufen sind, nichts zu tun haben? Aufmerksame Journalisten berichten, daß die Delegationen spazieren gehen und frühstücken. Als gestern nachmittag die allgemeine Aussprache über die Arbeit des Völkerverbundes beginnen sollte, da fragte der Präsident vergebens nach Wortmeldungen. Eifriges Schweigen aus der Versammlung antwortete ihm. Keiner, gleichviel, aus welchem Lande und aus welchem Erdteil er kam, hatte etwas zu sagen! Kein sozialistischer Delegierter begann mit der dringend nötigen Kritik! Sind sie wirklich alle so reiflos befriedigt von der Arbeit des Bundes? Finden sie alle, daß die Welt wirklich so sicher im Frieden ruht, daß nichts zu tun für den Völkerverbund übrigbleibt?

Wir glauben nein! Wahrscheinlich hat sie alle eine außergewöhnliche Nervosität befallen, so daß sie nicht einmal fähig sind, die üblichen schmalzigen Reden zu halten. Die gewaltige Macht der amerikanischen Imperialisten lähmt sie, lähmt den ganzen Völkerverbund, der ohnehin zu dem, was er eigentlich will, untauglich ist. Und dem, was von der neunten Volkerversammlung in Genf nicht erörtert und nicht entschieden wird, ist die gebrechliche Schwäche dieses Völkerverbundes zu erkennen. Diese Tagung wird in der sozialistischen Arbeiterklasse überall zur Vertiefung der Erkenntnis beitragen, daß sie in ihrem Kampfe für den Frieden und die Befreiung aller Unterdrückten und Ausgebeuteten nicht auf diesen Völkerverbund, sondern nur auf ihre eigene Macht und auf die unabhängige Aktion ihrer Organisationen und der Millionen ihrer Klasse vertrauen darf.

Die zweite Rate

Zum Panzerkreuzer-Problem

Ch. F. Die letzten Wochen haben darüber Klarheit gebracht, daß die Parteigenossen im Reich das Verhalten der Minister mißbilligen, und von der Reichstagsfraktion wird verlangt, weitere Raten zum Bau des Panzerkreuzers abzulehnen. Die Stellung ist also ganz eindeutig, und weder der Parteivorstand, noch die Reichstagsfraktion wird es wagen, dem Willen der Parteigenossen entgegenzuhandeln. Die Gegnerfrage gegen den Bau von Kriegsschiffen kam auch in der Sitzung des Parteiausschusses und der Reichstagsfraktion in Berlin von allen Seiten zum Ausdruck.

Nach dem Artikel „Durchgeleitete Geheimnisse“ in der WZ, hat dort auch der Genosse Heilmann es für selbstverständlich gehalten, allerdings mit der Einschränkung, wenn die bürgerlichen Parteien nichts dagegen einwenden. Das bedeutet also, wir werden gegen die zweite Rate stimmen, wenn die bürgerlichen Regierungsparteien das ruhig geschehen lassen und wenn diese die zweite Rate bewilligen. Es soll sich also das Spiel, das schon im Kabinett versucht wurde, im Plenum fortsetzen. Bekanntlich wollten die vier sog. Minister auch in der Regierung gegen den Neubeginn stimmen, wenn sie in der Minderheit geblieben wären. Sie hätten sich also gerne überstimmen lassen, fielen aber um, als sich eine Mehrheit für die Ablehnung herausstellte. Es ist geradezu ungewöhnlich, daß Genosse Heilmann noch die Frage offen läßt, was zu geschehen habe, wenn die bürgerlichen Einwendungen gegen eine ablehnende Haltung der Fraktion im Reichstag erheben. Er will dann noch prüfen, ob dem Verlangen der Koalitionspartner nachzugeben oder aus der Regierung auszuschleiden sei. Für ihn und die unentwegten Koalitionspolitiker in der Partei ist es also immer noch keine Selbstverständlichkeit, dann aus der Regierung auszuschleiden, sondern er erwägt noch die Frage, auch der zweiten Rate zuzustimmen und er will seine Entscheidung von der der bürgerlichen Parteien abhängig machen. Wenn Heilmann und seine Anhänger von unsern schlimmsten Gegnern in die Partei geschickt wären, um sie zu zerstören, wahrhaftig, sie könnten es nicht besser machen.

Die Spekulation derer, die immer dabei sein wollen, geht also darauf hinaus, im Reichstag jede weitere Rate abzulehnen in der Hoffnung, daß die bürgerlichen sie genehmigen, um so dann ruhig weiter „regieren“ zu können. Ist es schon bezeichnend für den Geist, der damit verbunden ist, dem es nichts ausmacht, daß in einer Regierung, in der Sozialdemokraten sitzen, aufgeführt wird, so muß man noch ihre Nationalität bewundern, die sie glauben läßt, die Koalitionsbrüder werden ihnen soviel Freiheiten einräumen. Die Demokraten werden, nach den Beschlüssen ihrer Organisationen zu urteilen, ihre Haltung zumindest wieder von der Sozialdemokratie abhängig machen, wenn sie nicht unter dem Druck ihres pazifistischen Flügels unter allen Umständen dagegen stimmen. Und das Zentrum wird erst recht nicht bereit sein, vor seinen Arbeiterwählern die Verantwortung auf sich zu nehmen, nachdem ihm diese Wähler, durch die geniale Politik der sog. Minister wieder zugezogen wurden, soweit sie am 20. Mai abgesprungen waren. Es steht also schon hier die Frage, entweder bewilligen oder aufzählen der Regierung.

Aber selbst angenommen, die bürgerlichen Regierungsparteien zeigen soviel Entgegenkommen, so ist noch ein anderer Faktor vorhanden. Die Rechte im Reichstag wird sicher keine Gelegenheit vorübergehen lassen, die Regierung zu Fall zu bringen. Und ohne sie ist keine Mehrheit vorhanden; wenn Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die zweite Rate stimmen. Den Deutschnationalen macht es politisch nicht das geringste aus, wenn sie aus taktischen Gründen auch dagegen stimmen. Entweder sie erteilen dadurch den Sturz der Regierung, oder sie zwingen die Sozialdemokratie, ihre ablehnende Haltung aufzugeben, um sie so auf das gewaltigste zu schwächen. Es gibt also für die Schläumeier, die den kindischen Versuch machen, große Dinge durch ihre Schlaueit zu meistern, kein Ausweichen, hier heißt es, entweder oder. Der Genosse Heilmann hat das sicher auch erkannt, und deshalb sein Vorbehalt. Aber gerade dieser bewußt der Gesamtpartei, daß die Gefahr noch nicht beseitigt ist und immer noch Stimmen auch für die zweite Rate zu erwarten sind. Dem gilt es schon jetzt mit aller Schärfe entgegenzutreten.

Das Hamburger Echo hat im Zusammenhang mit dem Panzerkreuzer mehr Demokratie in der Partei gefordert. Das ist sehr richtig und deshalb ist die Einberufung eines Parteitag heute noch dringender notwendig als zuvor. Der Parteiausschuh hat den Antrag zwar abgelehnt. Inzwischen haben aber die Organisationen gesprochen, und da zeigt es sich, daß eine Anzahl derselben anders entschieden als ihre Vertreter im Parteiausschuh. Es ist ganz unmöglich, das Schicksal der Partei immer wieder von einem kleinen Kreis von Personen abhängig zu machen, die mit einer einzigen Abstimmung all das zerstören, was Zehntausende durch mühseligste Kleinarbeit aufbauten, und es ist ebenso unmöglich, daß aus dem Koalitionssimmel heraus, von dem dieser Kreis befaßt ist, die grundsätzliche Einstellung der Partei so mißachtet wird, wie es beim Bau des Panzerkreuzers der Fall war. Der Parteitag ist das Gebot der Stunde und werden die Delegierten zu diesem Parteitag gewählt mit der Aufgabe, die Stellung der Fraktion zum Panzerkreuzerbau zu entscheiden, dann ist über den Ausgang kein Zweifel, er wird jeder weiteren Spekulation den Boden entziehen.

Der geheimnisvolle Waffendiebstahl

„Nationalbolshewisten“ in Litauen

In der Münchener Polizeidirektion wurde vor wenigen Tagen ein geheimnisvoller Waffendiebstahl verübt. Die Münchener Post hat dazu folgendes erfahren:

„Litauen steht seit Monaten unter dem Druck linksradikaler, offensichtlich von Moskau unterstützter, in den letzten Wochen bis zu offenen Waffenschüssen ausgearteter politischer Umtriebe. Seit Monaten ist nun dort der Führer des Freikorps Oberland, der Hauptmann A. D. Beppo Römer, München, im Lande und in diesen linksradikalen Kreisen politisch tätig. Römer ist fanatischer Nationalbolshewist. Als Oberlandführer hat er seinerzeit die kommunistische Zeitung in München finanziert. In Oberschlesien hat er eng mit den polnischen und deutschen Kommunisten zusammengewirkt. Die in Schlesien mit ihm zusammenarbeitenden Vertreter der kommunistischen Partei Deutschlands, der damalige kommunistische Abgeordnete Otto Graf und der heute noch eine beträchtliche Rolle im kommunistischen Lager spielende Otto Thomas, erhielten außerdem aus der Kasse der Nachrichtenabteilung (Kostkommando, auch Fremdeorganisation genannt) persönlich monatliche Zuwendungen, die in die Tausende von Goldmark wert gingen. Nach seiner Enttarnung aus dem Freikorps Oberland, dessen Führung in die Hände des Tierarztes Weber überging, wurde Römer Vertrauensmann des Reichswehrministeriums und schließlich eine Art Privatangehöriger in diesem Ministerium. Als solcher war er noch in der letzten Zeit Dr. Gessler's tätig. Sofort nach Gessler's Amtsantritt dürfte er dort aber entfernt worden sein. Bald darauf tauchte er über Romel in Litauen auf. Zum mindesten vor einigen Wochen ist er noch in Litauen politisch tätig gewesen.

Es besteht gar kein Zweifel, daß diese Tätigkeit wieder nur im Zusammenwirken mit Moskau nationalbolshewistische Arbeit sein kann. Jemandem Verbindung Römers mit deutschen Stellen oder gar Behörden ist wohl völlig ausgeschlossen, aber es ist naheliegend, ja fast sicher, daß die bei dem Einbruch in die Münchener Polizeidirektion unlangst erbeuteten Waffe und Waffenschemata auch für, ja sogar nur für die litauischen Umtriebe bestimmt gewesen sind. Der Nationalbolshewist Römer hatte seinerzeit keine Vertrauensleute und Anhänger auch in der Münchener Polizeidirektion so gut wie später noch in den Büros des Herrn Dr. Gessler. Gewisse Anzeichen sprechen dafür, daß heute noch nationalbolshewistische Kräfte von der Straße zu den deutschen Postämtern laufen. Auch ist es der ganzen Sachlage nach höchstwahrscheinlich, daß der bekannte Einbruch zum Waffendiebstahl von anderen Elementen ausgeführt sein könnte.

als von mit den Lokalfürsten befreundeten Agenten oder früheren und auch jetzigen Angestellten der Münchener Polizei selbst.“

Die Münchener Post deutet an, daß sie sich sofort an die Öffentlichkeit wenden müsse, weil von der Münchener politischen Polizei, die von dem in das niedergelegene Verfahren wegen Waffenschüssen verwickelten Bernreuther verhaftet wird, natürlich keine Aufklärung der dunklen Affäre erwartet werden kann. Um so notwendiger ist es, daß die anderen deutschen Behörden an allen Grenzen, besonders im Osten und in den Ostseegebieten, nach den falschen Pässen fahnden. Andererseits wird es Aufgabe der Reichsregierung sein, durch geeignete diplomatische Maßnahmen dafür zu sorgen, daß das Treiben der deutschen Nationalbolshewisten nicht zu neuen politischen Komplikationen führt. Die Lage im Osten ist ohnehin gespannt genug.

Gefängnisgreuel und Schandjustiz in Polen

SPD Warschau, 4. September.

Die polnischen Behörden gehen neuerdings wieder außerordentlich scharf gegen die kommunistische Bewegung vor. Es vergeht fast kein Tag, ohne daß in Warschau oder einer anderen Stadt nicht kommunistische Organisationen aufgelöst und ihre Mitglieder verhaftet werden. In den Gefängnissen wird gegen sie in geradezu unmenschlicher Weise vorgegangen. Vor einigen Tagen protestierte eine Anzahl kommunistischer Gefangener gegen die ihnen zuteil werdende Behandlung durch einen Hungerstreik, der fünf Tage andauerte und den die Gefängnisleitung schließlich unter Hinzuziehung der Polizei durch „radikale Maßnahmen“ beendete. 23 junge Burken wurden so schwer verprügelt, daß sie, als sie später in ein anderes Gefängnis übergeführt wurden, kaum einen Schritt tun konnten.

Dieser Tage ist wieder ein klassisches Urteil gegen einen kommunistischen Gelehrten gefällt worden. Der Assistent der Krakauer Universität, Dr. Jaskunski, ein 26jähriger, vielversprechender Gelehrter, wurde wegen seiner Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei Polens zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt. Jaskunski gab in der Vernehmung zu, Mitglied der kommunistischen Partei zu sein, erklärte jedoch, weder Organisationsarbeit zu leisten, noch Funktionär zu sein. Das Urteil hat in Warschau auch in jenen Kreisen, die der kommunistischen Bewegung keineswegs sympathisch gegenüberstehen, großes Befremden erregt.

Vor der Präsidentenwahl in Mexiko

SPD Mexiko-Stadt, 5. September (Radio).

Die Erklärung des mexikanischen Präsidenten Calles hat im ganzen Lande einen äußerst starken Eindruck gemacht. In seinen Ausführungen vor dem Parlament hat Calles betont, daß in Anbetracht der vorgeschrittenen Zeit nur die Wahl eines provisorischen Präsidenten in Frage kommen kann. In diesem Satz liegt der Schlüssel zur Lage. Gelingt es diesem Präsidenten, unter der stillen Mitwirkung Calles' eine friedliche Entwicklung des Landes zu sichern, dann dürfte das außerordentlich gewagte Experiment des gegenwärtigen Präsidenten als geglückt zu betrachten sein. In diesem Falle wird für Mexiko das demokratische Regime beginnen. Gelingt es nicht, dann wird nichts anderes übrigbleiben, als auf dem bisherigen Wege die Regentschaft auszuführen. Aus unterrichteten parlamentarischen Kreisen verlautet, daß die Wahl des provisorischen Präsidenten noch im September vorgenommen werden und nicht, wie anfangs vorgesehen, auf zwei Jahre, sondern nur auf ein Jahr begrenzt sein soll. Infolgedessen werden im Juli 1929 die endgültigen Wahlen stattfinden, so daß der neugewählte endgültige Amtsnachfolger von Calles im Dezember 1929 sein Amt antreten würde. Als aussichtsreiche Kandidaten für die provisorische Präsidentschaft werden neuerdings der Gouverneur Perez Trevino und der gegenwärtige Innenminister Portes Gil genannt. Welches sind Persönlichkeiten, die sich um die innere Verwaltung große Verdienste erworben haben und in enger Verbindung mit Calles stehen. Man erwartet deshalb, daß durch die Wahl des einen oder anderen die Pläne des gegenwärtigen Präsidenten gesichert und Mexiko im Wege der friedlichen Entwicklung langsam zu einem demokratischen Staatswesen gestaltet wird.

Amerikas Einwanderungspolitik

WZ Tenino (Staat Washington), 4. September.

Der Vorsitzende des Einwanderungsausschusses des Repräsentantenhauses, Johnson, kündigte an, er werde dem Kongress eine Beschränkung der lateinamerikanischen Einwanderung nach den Vereinigten Staaten vorschlagen, und zwar solle sie nur in dem Umfang zugelassen werden, wie in dem jeweils vorhergehenden Jahr Personen aus den Vereinigten Staaten nach Lateinamerika ausgewandert sind. Ferner beabsichtige er, eine Herabsetzung der Paßgebühren auf zwei Dollar, jedoch eine Erhöhung der Einwandererentgelte anzulegen.

Ein Luftfahrtministerium in Frankreich?

SPD Paris, 5. September (Radio).

Die Nachfolgerschaft des verstorbenen Handelsministers Balaunski soll, wie die Morgenpresse mitteilt, mit größtmöglicher Eile geregelt werden. Allerdings darf man von dem heutigen Kabinettsrat, der unmittelbar nach der Beerdigung stattfindet, noch keine endgültigen Entscheidungen erwarten. Kriegsminister Painlevé, der sich eine schwere Erkältung zugezogen hat und das Bett hüten muß, wird an der Kabinettsitzung nicht teilnehmen, obwohl gerade er ein wichtiges Wort darüber mitzureden hat, ob ein selbständiges Luftministerium gebildet werden soll und mit welchen Machtbefugnissen man es ausstatten will. Painlevé und der Marineminister sollen, wie der Matin mitteilt, nicht geneigt sein, die Kontrolle über die Militär- und Marinefliegerei abzugeben, während die Mehrzahl der übrigen Minister erklärt, daß nur ein wirklich autonomes Luftministerium die Reorganisation der französischen Fliegerei durchführen könne.



Botanowski

Die außenpolitische Lage der Türkei

WZ London, 4. September.

Der türkische Minister des Aeußern, Tewfik Rüşdi Bey, erklärte in einer Unterredung mit dem Berichterstatter des Daily Telegraph in Konstantinopel: Die Beziehungen der Türkei mit allen ihren Nachbarn sind äußerst freundschaftlich. Nicht eine Wolke trübt den diplomatischen Horizont. Wir freuen uns außerordentlich über den Sieg von Benizelos in Griechenland, denn es liegt in unserem Interesse, daß unsere Nachbarn eine stabile Regierung haben, die eine feste Politik mehrere Jahre durchführt. Wir sind ganz zufrieden mit unseren Grenzen in Europa. Keine Macht begehrt irgendeinen Teil unseres Gebietes, und das ist die größte Gewähr für den Frieden, die irgendeine Nation haben kann. Wir werden die Dardanellen nicht wieder besetzen, selbst wenn wir die Erlaubnis dazu erhielten. Kriege können uns nur zum finanziellen Ruin bringen. Unsere Beziehungen zu Ausland sind freundschaftlich. Der Minister, der betonte, daß sich die finanzielle und wirtschaftliche Lage der Türkei von Jahr zu Jahr bessert, gab zu, daß 37 Prozent des Gesamtbudgets des Budgets zur Erhaltung des Heeres von 150 000 Mann notwendig sei, dessen Aufgabe es sei, die innere Ordnung aufrechtzuerhalten und die asiatischen Grenzen zu schützen.

Rücktritt des bulgarischen Kabinetts

WZ Sofia, 4. September.

Da Ministerpräsident Plaptschew die unerzögliche Umbildung des Kabinetts unter Ausschluß des Kriegsministers Volkow entschließen verweigerte, erklärten die Minister Buraw, Christow und Boboschewski ihren Rücktritt. Ministerpräsident Plaptschew hat daraufhin die Demission des Gesamtkabinetts eingereicht.

Benizelos' Zustand verschlimmert

WZ Berlin, 4. September.

Wie ein Berliner Abendblatt aus Athen meldet, hat sich der Zustand des ebenfalls an Dengue-Fieber erkrankten Ministerpräsidenten Benizelos verschlimmert. Der Ministerpräsident soll 40 Grad Fieber haben. Da er früher herzkrank war, und das Dengue-Fieber Herzschwächen oft sehr gefährlich wird, ist ein Pariser Herzspezialist nach Athen berufen worden.

Mussolini verlangt nach neuen Opfern

SPD Paris, 5. September (Radio).

Wie der Populaire mittels, hat die italienische Behörde die Auslieferung des gegenwärtig in Frankreich lebenden früheren Generalsekretärs der Sozialistischen Jugend Italiens, Morelli, gefordert. Morelli ist kürzlich im Abwesenheitsverfahren zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt worden, trotzdem er schon seit 1921 in Frankreich lebt und, mit einer Französin verheiratet ist.

Die Unruhen in Kharagpur

WZ Kalkutta, 4. September.

Bei den Unruhen, die sich am Sonntag in Kharagpur ereigneten, wurden 11 Personen getötet und 34 verletzt. Es wurde festgestellt, daß Bomben in den Sitz-Tempel geworfen worden waren. Mehrere Häuser wurden durchsucht. Man entdeckte in einem Hause die Leichen von 4 ermordeten Mohammedanern. Unter den Opfern befindet sich ein 18jähriges Mädchen. Man fand außerdem in dem Bezirk, in dem die Unruhen vorgekommen waren, noch 3 Leichen von Deuten, die offenbar im Laufe der Nacht ermordet worden waren. Der gestrige Tag verlief verhältnismäßig ruhig.

Die Lage in China

WZ Schanghai, 4. September.

Nach Meldungen aus südhinesischer Quelle hat sich die Lage in Nordchina noch günstiger für die nationalistische Regierung gestaltet. Die Reotruppen in Kiangsu seien zu den Südhinesen übergegangen, so daß sich die ganze Provinz Schantung jetzt unter der Botmäßigkeit der Nanjing-Regierung befinde.

Reaktion in Japan

Japan, Ende Juli.

D. Als ich mich im Herbst 1924 in Japan niederließ, fand ich unter dem Eindruck, in ein Land gekommen zu sein, das sich in schnellster Entwicklung zu demokratischen Formen befand. Das noch viel von den Kräften der Feudalzeit in Existenz war, das bürokratischen und militärischen Mächte der Meiji-Periode das Feld noch nicht geräumt hatten, war natürlich unverkennbar. Aber in dem komplizierten Kräftefeld der japanischen Politik schien sich doch das Unterhaus ganz deutlich zum Mittelpunkt herauszubilden, und die Fesseln der politischen Bevormundung schienen im Vordern begriffen zu sein. Eine begeisterte Agitation für die Erweiterung des Wahlrechts, an der auch die jungen Organisationen der Arbeiterschaft teilnahmen, durchzog damals das Land und erreichte ihr Ziel, wenn auch das höchst verwerfliche „Gesetz zur Erhaltung des Friedens“ dafür in Kauf genommen werden mußte. Japan zeichnete sich sogar vor vielen Ländern Europas aus, indem die Demokratie weiten Kreisen der Bevölkerung als ein unantastbares, allem Zweifel entzogenes Ideal galt, dem kein Staatsmann, den Lippendienst verweigern durfte. Heute, noch nicht einmal vier Jahre später, hat man am Vorabend der ersten nach dem neuen Wahlgesetz vollzogenen Wahlen von dem Innenminister hören müssen, daß „das Parlament nicht das Zentrum der japanischen Politik darstellt“. Die vor vier Jahren im Grunde wohlwollende, zu Hoffnungen berechtigende politische Atmosphäre Japans ist nunmehr völlig umgewandelt, und wenn man auch annehmen darf, daß die in wirtschaftlichen Erscheinungen wurzelnde Entwicklung Japans zur Demokratie auf die Dauer nicht zu hemmen ist, so ist sie doch auf alle Fälle zeitweise in ihr Gegenteil, in eine mit vollen Segeln fahrende Reaktion umgeschlagen.

Diese Reaktion zeigte sich schon unter dem Kabinett Wakatsuki, das die Jagd auf angeblich gefährliche Verbindungen an den Schulen und Universitäten begann und der studierenden Jugend die Beschäftigung mit soziologischen Fragen untersagte. Zur vollen Entfaltung ist die reaktionäre Tendenz aber erst unter dem gegenwärtigen Kabinett Tanaka gekommen. Alle Befürchtungen, die man an die Übernahme der Regierung durch den General Tanaka knüpfte, haben sich bestätigt. Das Parlament ist als politischer Faktor zur Zeit fast völlig ausgeschaltet, und die Reglementierung des geistigen Lebens durch die Polizei ist strikter und enger als je. Der Antritt der Regierung Tanaka ist das Signal für die alten reaktionären Kräfte geworden, das verlorene Terrain wiederzugewinnen. Ihre Bestrebungen haben unbedingten Erfolg gehabt: jeder Monat der Regierung Tanakas bedeutet ein Jahr Rückschritt in der politischen Entwicklung Japans.

Der neueste innerpolitische Schritt der Regierung Tanakas, die Verschärfung des bereits erwähnten „Gesetzes zur Erhaltung des Friedens“ ist die Krönung des Wertes der Reaktion. Die reaktionäre Tendenz dieses Gesetzes zeigt sich zunächst einmal durch die Form, in der es ins Leben gerufen wird. Es geschieht nämlich nicht durch das Parlament, das in seiner letzten außerordentlichen Tagung an aller Gesetzgebungsarbeit verhindert wurde, sondern durch eine besondere kaiserliche Verordnung. Nach dieser Art, einschneidende Gesetze zu erlassen, Schule, so ist das Parlament als legislativischer Körper zu einer sekundären Rolle herabgedrückt und mehr oder weniger auf die Beratung des Budgets beschränkt. Dem Inhalt nach war das in Frage stehende Gesetz, das die Zugehörigkeit zu einem Verband, der die „nationale Verfassung“ und das Privateigentum zu ändern bestrebt ist, mit Gefängnis bis zu zehn Jahren bestraft, ohnehin schon eine fürchterliche Waffe in der Hand einer reaktionären Regierung. Gerade die beabsichtigte unbestimmte Fassung des Gesetzes, die jede nähere Definition des Begriffes nationale Verfassung vermeidet, macht es ihm möglich, jede mißliebige politische Verbindung zu zerstören. Wenn das Gesetz jetzt sogar die Todesstrafe vorseht, so sind dem gerichtlichen Terror Tür und Tor geöffnet. Gewiß bringt das Gesetz auch in seiner revidierten Fassung nur teilweise Neues, da auch das japanische Strafgesetz den Hochverrat mit dem Tode zu strafen gestattet. Aber gerade darum ist der erneute Hinweis auf das „Gesetz zur Erhaltung des Friedens“ und seine Verschärfung als ein Schlagstraf der Reaktion, als ein deutlicher Wink an Polizei und Gerichte zu betrachten, dessen Folgen noch nicht abzusehen sind. Dabei hält sich die Regierung noch immer darüber in Stillschweigen, worin denn eigentlich die fürchterlichen Gefahren bestehen, die eine kaiserliche Verordnung so schwerwiegender Art nötig machen sollen. Ueber den Charakter der sogenannten kommunikativen Verschönerung ist die japanische Öffentlichkeit noch immer völlig im Dunkeln und wird es wohl auch, bei dem geheimen Verfahren der japanischen Gerichte in Hochverratsprozessen, bleiben. Daß es sich hier sicher um maßlose Ubertreibungen von Seiten der Regierung handelt, ist in einem früheren Gerichte dargelegt worden. Auch das kürzliche Attentat auf General Tanaka beweist nichts für das Vorhandensein weitgehender kommunikativer oder anarchistischer Verschwörungen in Japan; wenn man es überhaupt als politisches Attentat ansprechen will, so war es vielmehr die Tat eines von unklaren ultrareaktionären Gedanken erfüllten Wirtzopfes.

Als eine der nächsten reaktionären Maßnahmen ist von der Regierung eine Verstärkung der Garnison an der koreanisch-japanischen Grenze geplant. Man erstrebt damit zweierlei: den Ausbau der Militärherrschaft in der Kolonie Korea und die Vollendung der militärischen Einklammerung Chinas. Ueber Japans Pläne gegenüber China ist in einem früheren Berichte gesprochen worden. Was die Wirkung einer Verstärkung der Besatzungstruppen auf Korea selbst betrifft, so ist es selbstverständlich, daß solche militärischen Maßnahmen nicht der richtige Weg sind, die koreanische Bevölkerung mit der japanischen Herrschaft zu versöhnen. Das Verlangen nach einer Erhöhung der Garnison ist eine der ersten politischen Taten des Generalgouverneurs Yamamoto, mit dem General Tanaka im Dezember des vorigen Jahres den langjährigen Generalgouverneur Admiral Saito an dieser vielleicht wichtigsten Stelle in der Verwaltung des japanischen Reiches ersetzt hat. Die Verdienste des Admirals Saito auf diesem Posten sind unbestritten; er war der erste Gouverneur von Korea, der begriff, daß die Koreaner, wenn überhaupt, nur durch eine Politik des Wohlwollens innerlich für die japanische Oberherrschaft zu gewinnen sind. Sein Ersatz durch einen Clangenossen und persönlichen Freund des Generals Tanaka ist einer der vielen Mißgriffe und Willkürakte in der Personalpolitik des Ministerpräsidenten.

Wahrscheinlich ist es diese Personalpolitik, die schließlich den Sturz der Regierung Tanaka herbeiführen wird. Die Art, in der Tanaka alle wichtigen Posten in der Verwaltung mit seinen persönlichen Freunden und Clangenossen besetzt, bestrebt auch seine eigenen Parteigenossen nicht. Am stärksten war die Entziehung, als Tanaka bei der Reorganisation des Kabinetts am Ende des vorigen Monats einige prominente Parteimitglieder entließ und den aus seiner Heimatprovinz stammenden Großindustriellen Kihara in das Kabinett einschob. Die Partei sieht sich zurückgesetzt zugunsten des Clans und der persönlichen Beziehungen des Ministerpräsidenten. Offensichtlich graut es bereits manchem in der Sekigai vor dem Rückzug, den man im eigenen Nest groß gezogen hat.

Ob mit dem Rücktritt des Generals Tanaka nun auch sofort das völlige Ende der Reaktionspolitik in Japan zu erwarten ist, ist zweifelhaft. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß das Kabinett Tanaka die Kaiserkrönung im November nicht lange überleben wird.

Die Fieberepidemie

Von der griechischen Gesundheitsbehörde in Athen wird uns mitgeteilt: Die griechische Gesundheitsbehörde in Athen, bekanntzugeben, daß die Fieberepidemie von Athen und Piräus im Abnehmen begriffen ist. Als die Epidemie ihren Höhepunkt erreichte, erlitten Griechenland und die an ihm angrenzenden Inseln und Inselgruppen einen großen Schaden. Es waren damals etwa 37 Todesfälle pro Tag zu beklagen. Seit es die durch das Fieber bedingte Sterblichkeit weniger auf 14 Fälle pro Tag sanken.

In den Provinzstädten, wo die Krankheit vertrieben worden ist, hatte sie einen ganz milden Charakter, und die Zahl der daran Betroffenen ist, dank der Abwehrmittel zu denen man griff, ganz gering.

Die große Fieberepidemie, die seit fast einem Monat in Griechenland herrscht und allein in Athen und der Hafenstadt Piräus

mehr als 100 000 Krankheitsfälle

hervorgehoben hat, legt die Frage nahe, ob mit der Möglichkeit zu rechnen ist, daß sich diese verheerende Volksseuche auch nach Mitteleuropa und Deutschland ausbreitet. Die Schreckensnachrichten, die täglich aus Griechenland kommen und von einem durchschnittlichen Tod von 80 bis 100 Personen an einem Tage, allein in der Hauptstadt, berichten, mühten sicher Anrufer hervorzurufen, wenn eine solche Ausbreitungsmöglichkeit bestünde. Dann wäre es wohl möglich, daß bei uns in ähnlich fürchterlicher Weise das tägliche Leben und jeglicher Verkehr gestört würde, wie das schon seit Wochen in Griechenland und besonders in Athen der Fall ist.

Nun haben aber in den letzten Tagen Nachrichten, die über ärztliche Untersuchungen der Krankheit bekannt wurden, die Annahme bestätigt, daß

mit aller Wahrscheinlichkeit kein Uebergreifen der griechischen Fieberepidemie auf Mitteleuropa zu befürchten ist.

Einigen Ärzten, die früher in türkischen Diensten standen und so Gelegenheit hatten, lange Zeit in Gegenden mit ausgesprochen tropischem Klima zu arbeiten, ist es in den letzten Tagen gelungen, festzustellen, daß die bis dahin unerklärliche Krankheit eine Abart des seit Jahrzehnten bekannnten Denguefiebers ist, einer gefährlichen und weit verbreiteten Tropenkrankheit. Damit stimmen auch die Angaben überein, daß die Krankheit von Ägypten aus, also einem Lande mit zum Teil tropischem Klima, nach Griechenland eingeschleppt wurde. Hier aber waren die Witterungsbedingungen im verfloßenen Monat für die Ausbreitung einer Tropenkrankheit ganz besonders günstig. Griechenland hatte wie ganz Südeuropa unter

andauernder Hitze zu leiden, die eine Höhe erreichte, die in jenen Gegenden ganz außergewöhnlich ist. Im Zusammenhang damit stellte sich große Trockenheit ein und empfindlicher Mangel an geeignetem Trinkwasser. Alle diese Voraussetzungen gaben der

ausgesprochenen Tropenkrankheit

die Möglichkeit, sich im subtropischen Klima Griechenlands auszubreiten. Damit ist aber schon festgestellt, daß es eine Außergewöhnlichkeit ist, daß Denguefieber überhaupt nach Europa kommt. Dies war nur möglich in einem besonders heißen Sommer und durch das Zusammenwirken mehrerer besonders ungünstiger Umstände. Für uns in Mitteleuropa ist aber bereits die heiße Zeit vorüber, die vielleicht wirklich auch bei uns die Möglichkeit für Verbreitung solcher Krankheiten gegeben hätte. Ueberall haben wir kühles, schon nahezu herbstliches Wetter, und auch die Niederschläge sind so reichlich, daß die Versorgung mit gesundem Trinkwasser durchaus gesichert ist.

So wird die Krankheit, die bisher mit Ausnahme von einzelnen eingeschleppten Fällen im wesentlichen auf die eigentlichen tropischen Gebiete nördlich und südlich des Äquators beschränkt war, keine weitere Verbreitung über Griechenland hinaus finden. Selbst wenn durch Reisende der eine oder andere Krankheitsfall eingeschleppt würde, wäre das auch noch

kein Grund zur Beunruhigung.

da keinesfalls dann mit einem Umsichgreifen des Denguefiebers zu rechnen ist. Wir dürfen uns also glücklich preisen, daß Deutschland und ganz Mitteleuropa außerhalb der Gefahrenzone dieser sehr gefährlichen Krankheit liegt. Denn bis heute ist es noch nicht gelungen, den Erreger des Denguefiebers festzustellen, und die Medizin hat deswegen auch noch keine wirksamen Bekämpfungsmittel gefunden.

Die Krankheit äußert sich so, daß vor allem geschwächte Organe angegriffen werden und sich neben heftiger Fieber heftiger Kopfschmerz, Erschöpfungszustände und Blutbrechen beim Erkranken einstellen. Besonders merkwürdig ist auch Gang und Haltung des Kranken, die gezwungen und gedehnt wirken, weswegen das Denguefieber auch als „Dandykrankheit“ bezeichnet wird.

Dr. Max Langer.

Grundsteinlegung in München

Studiengebäude zum deutschen Museum

SPD München, 4. September.

München sah am Dienstag einen großen Teil des offiziellen Deutschlands in seinen Mauern. Reichs- und Länderregierungen, an ihrer Spitze der Reichspräsident, Vertretungen von Kunst und Wissenschaft und allen Zweigen des Wirtschaftslebens waren Gäste der Stadt und des Deutschen Museums zur Grundsteinlegung des Studiengebäudes und der Bibliothek des Museums, durch deren Erbauung das Lebenswerk Ostar von Millers seine Vollendung erhalten wird. Durch Anlegen einer umfassenden naturwissenschaftlichen und technischen Bibliothek, die besondere Einrichtungen auch für das angehende Laienpublikum erhält, ferner durch eine Plananlage und durch fortlaufende Veranstaltungen von Vorträgen sollen die in den Sammlungen des Museums erworbenen Kenntnisse praktisch verwertet und aus ihnen praktische Nutzenwendung gezogen werden.

Dieser umfassende Plan ließ eine feierliche Grundsteinlegung des zweiten Teiles des Museums angebracht erscheinen. Leider zeigte die Stadt den ganzen Tag über nur eine sehr geringe Beteiligung. Die reaktionäre Mitarbeit des Stadtrates sabotierte den Beschluß auf Hülse der schwarzrotgoldenen Fahne. Selbst das Dischionsgebäude der Reichswehr wußte nichts von Schwarz-Rot-Gold.

Um 10 Uhr kündeten Fanfaren die Ankunft des Reichspräsidenten an, der unter begeisterten Zurufen seinen Einzug in die Halle hielt, begleitet vom Innenminister Severing und dem bayerischen Ministerpräsidenten.

Es folgten einige kurze Reden. Die erste von dem derzeitigen Vorsitzenden des Vorstandes, dem Industriellen Karl Friedrich von Siemens, der den Wert des Deutschen Museums darin erblickt, daß keine Besucher ihre eigenen Kenntnisse vertiefen und dann aus eigener Kraft Neues schaffen. Innenminister Severing sieht im Deutschen Museum einen lebendigen Bildungsmotor und Forschungsmotor für das ganze deutsche Volk. Die drei Millionen Besucher, die das Deutsche Museum bisher aufweist, seien ein tausendfacher Beweis dafür, daß dieses Museum allen Schichten des deutschen Volkes zugute kommt. Gerade der neu geplante Bau zeige, daß das große Werk in erster Linie den minderbemittelten Schichten unseres Volkes nützlich werde. Im Anschluß daran verkündete der bayerische Kultusminister die Stiftung des Ehrenringes für Förderer des Museums und gab die Persönlichkeiten bekannt, denen dieser Ring zur Grundsteinlegung verliehen wurde. Unter ihnen befand sich auch Reichspräsident Lobe. Danach forderte der Baumeister des Studiengebäudes zur Vornahme der Hammer schläge auf.

Die Hitler-„Partei“

SPD Dieser Tage hatte Hitler seine Unterführer, aus dem ganzen Reich nach München, befohlen. Die Tagung, die als Ersatz für einen ordentlichen Parteitag gedacht war, fand von Anfang bis zu Ende hinter verschlossenen Türen statt. Das Bedürfnis nach einem öffentlichen Rechenschaftsbericht hatte weder der große Adolf noch einer seiner Nachläufer.

Aus einem kürzlichen Bericht des Münchner nationalsozialistischen Blattes, der sich im wesentlichen natürlich auf die Reden Hitlers beschränkt, ist lediglich zu entnehmen, daß nach einer Aeußerung des Schatzmeisters im nächsten Monat mit einem Mitgliederstand von 100 000 zu rechnen sei und die verrechnete Jahres einnahme sich auf 255 000 Mark beläuft. Beide Angaben sind u. e. ungläubig. Wo sollen die 100 000 Hitlerianer herkommen? Wenn sie aber vorhanden wären, müßten die eingehenden Beiträge bei einem Monatsbeitrag von 80 Mfr. pro Kopf jährlich Hunderttausende von Mark ausmachen. Also irgendwo stimmt etwas nicht und eben weil innerlich der Hitler-Clique vieles nicht stimmt, kann sie weder ihre Mitgliederlisten noch ihre Kassenabrechnung der Öffentlichkeit unterbreiten. Sie hat es deshalb vorgezogen, ihre schmutzigen Wäsche hinter verschlossenen Türen zu waschen. Auch eine Partei!

Bestrafte Wahlbetrüger

Das Schöffengericht zu Eichtätt verurteilte fünf Landwirte aus Mischbach wegen Wahlbetrugs zu Gefängnisstrafen von 2 Monaten und Tragung der Gerichtskosten. Sie hatten bei der letzten Reichstagswahl als Wahlhelfer mitglieder eine große Anzahl von Stimmzetteln mit einem Kreuz versehen, um dem Bayernbund-Vorschlag zum Siege zu verhelfen.

Kommt das Reichskriminalgesetz?

3R Berlin, 4. September.

Auf Veranlassung des Reichsinnenministers wird gegenwärtig eine Sammlung des Materials über das Reichskriminalgesetz vorgenommen, das bereits im Jahre 1922 vom Reichstage verabschiedet, aber bisher nicht zur Ausführung gelangt ist. Denn es erhoben sich aus den einzelnen Ländern, besonders aus Bayern und Württemberg, immer erneute Widersprüche aus partikularistischen Gründen, denen es gelang, die Ausführung des beschlossenen Gesetzes zu verhindern, da alle Innenminister vor ihnen zurückwichen, zumal auch Preußen — und zwar seinerseits aus republikanischen Gründen — sich für das Gesetz nicht gerade begeistert zeigte.

Die Aufzeichnungen, die das Resultat der mit den Ländern geführten Besprechungen enthalten, sowie die Korrespondenz sind reichlich angewachsen, ohne daß man weiter gekommen wäre. Das Ergebnis soll nun dem Reichsinnenminister Severing vorgelegt werden, der die Materie ja von seiner Tätigkeit als preussischer Innenminister genau kennt, wenn auch bisher mit negativem Vorzeichen versehen.

Er soll, wie wir hören, beabsichtigen, die Ausführungsbestimmungen, eventuell auch gegen den Widerstand einzelner Länderregierungen, fertigstellen zu lassen. Zukünftig wäre dafür der bisherige Reichskommissar für die Ueberwachung der öffentlichen Ordnung, Herr Oberst a. D. Kuenzer.

Fortschritte in Altona

SPD Fortschrittliche Fortschritte in der Mitgliederbewegung der Sozialdemokratischen Partei sind aus Altona zu berichten. Dem dortigen Ortsverein sind im 2. Quartal 1928 insgesamt 248 neue Mitglieder beigetreten, darunter 52 Frauen. Im laufenden 3. Quartal ist bisher ein Zugang von 70 neuen Mitgliedern zu verzeichnen. In allen drei Quartalen wurden im Stadtgebiet Altona 750 neue Mitglieder gewonnen. Der Altonaer Ortsverein zählt nunmehr 13 080 Mitglieder; das sind 8,7 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung Altonas.

Tagung des kommunalpolitischen Reichsausschusses

SPD Der kommunalpolitische Reichsausschuß der SPD wird gemeinsam mit dem kommunalpolitischen Beirat am 28. und 29. September in Berlin zu einer wichtigen Tagung zusammenzutreten. Auf dieser Tagung wird besonders zu den Gemeindevahlen und zu den Wahlen zu den Kreistagen und Provinziallandtagen Stellung genommen werden. Außerdem fällt der Konferenz die Aufgabe zu, die seit längerer Zeit in Vorbereitung befindlichen kommunalpolitischen Richtlinien der Partei zu verabschieden. Neben diesen für die Wahl wichtigen Dingen wird außerdem ein umfassendes Referat über Steuervereinfachung und endgültiger Finanzausgleich von einem berufenen Sachkenner gehalten werden.

Bruno Wille gestorben

SPD Bruno Wille, der Dichter und Naturphilosoph, der seit längerer Zeit in Stuttgart anässig war, ist auf seinem Sommerfrüh in Senftenau bei Lindau am Bodensee, 68 Jahre alt, gestorben. Wille hat vor nun fast 40 Jahren in der Berliner Arbeiterbewegung eine erhebliche Rolle gespielt. Er war Sprecher der dortigen freireligiösen Gemeinde, und erwarb sich ein großes Verdienst um die Kulturbestrebungen der Arbeiterschaft durch die im Jahre 1889 erfolgte Gründung der Freien Volksbühne. Als in der Sozialdemokratie um die nach dem Fall des Sozialistengesetzes einzuführende Taktik gestritten wurde, stand er auf der Seite der sogenannten „Jungen“. Infolgedessen kam es auch zu einer Spaltung in der Volksbühnenbewegung.

Wille hat sich später vom öffentlichen Leben ganz zurückgezogen und lebte nur noch seinen literarischen und philosophischen Arbeiten. Den Höhepunkt seines Schaffens bilden die seine Entdeckung widerspiegelnden Romane: Die Offenbarungen des Wacholderbaumes, Die Abendburg und Der Glasberg.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Hugo Sauppe in Leipzig.

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Hans Zerkow in Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Altengleichheit Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

3. Bundestag des ADGB

Die Schlichtung

J. K. Hamburg, 4. September 1928.

Der heutige Tag verging mit der Debatte über den Bericht des Bundesvorstandes. Sowie Stoff aber auch dieser Bericht enthalten mochte: alle Diskussionsredner wandten sich dem Schlichtungswesen zu. Und wiederum muß, wie so oft, gesagt werden, daß die meisten, die das Wort nahmen, bittere Klagen führten, auch den Bundesvorstand angriffen, in der Hauptsache aber gegen die Schlichtungsinstanzen demonstrierten. Zu einer besonders wirkungsvollen Demonstration gestaltete sich die Rede von Plettl, Berlin, vom Bekleidungsarbeiterverband. Dieser vertrat die Sache der

35 000 ausgesperrten Arbeiter und Arbeiterinnen der Herrenkonfektion.

Die Darlegungen von Plettl fanden starken Nachhall auf dem Kongress — ein Beweis dafür, daß die Methoden des Reichsarbeitsministeriums allgemein Ablehnung finden. Verständlich, wenn man hört, daß das Schlichtungswesen von den Unternehmern in Gang gebracht wurde, daß diese dann das Resultat ihres Schlichtungsverfahrens ablehnten und daß das Reichsarbeitsministerium die von der Gewerkschaft beantragte Verbindlichkeit ablehnte mit der Begründung, die Lohnerhöhung des Schiedspruches sei „in der Tat“ (also nach Ansicht des RArM) für die Unternehmer nicht tragbar. Die Konfektionsarbeiter nahmen die Ablehnung der Verbindlichkeit dem Reichsarbeitsministerium, wie Plettl betonte, nicht übel. Aber in der Begründung sehen sie

eine Parteinahme zugunsten der Unternehmer.

Ohne diese Begründung hätten die Unternehmer die Aussperrung kaum gewagt; jedenfalls wäre der Kampf für die Konfektionsarbeiter leichter ohne diese Begründung. Worin besteht denn die angebliche Untragbarkeit der Lohnerhöhung überhaupt? Plettl brachte Zahlen über die Löhne der Konfektionsarbeiter, die einen Blick tun lassen in das große Elend dieser Arbeiterschichten. Dieses Elend zu vermindern um die Wirkung des Schiedspruches hätte

auf die Verkaufspreise nur etwa ein Prozent gekostet.

Anzüge im Ladenpreis von 70 bis 100 Mark wären mit 1,19 Mark Mehrlohn, Anzüge im Preise von 45 bis 50 Mark mit 55 Pfennig Mehrlohn „belastet“ worden. Die Haltung des Reichsarbeitsministeriums war also unberechtigt, diente aber dem Unternehmertum.

Verblüffend mager war, was der Ministerialdirektor Sichter, dem man das Wort ließ, zur „Rechtfertigung“ zu sagen wußte. Wasche einer einen Mohren weiß! So gab sich Sichter gar nicht erst die Mühe, zu waschen.

Aber die heutige Behandlung der Konfektionsarbeitersache war nicht nur eine Blamage für das Reichsarbeitsministerium, sondern auch für die Löhner von gestern. Diesen gaben auch die Kollegen Teichgräber, Dresden, Ziegler, Breslau, Schleicher, Berlin, und Fischer, Chemnitz, eine Lektion, da sie sich alle mit Hermann Schäfer, Leipzig, solidarisierten.

Im übrigen aber gab die lebhafteste Debatte ein getreues Bild davon, wie verwirrt die Meinungen über das Schlichtungswesen im allgemeinen und die Verbindlichkeitsklärung im besonderen sind. Wer die Verbindlichkeitsklärung reformieren will, sagt Pech an, an dem er kleben bleibt. Und die mangelnde Konsequenz gegenüber der Verbindlichkeitsklärung gibt immer wieder den Bedenklichen, den Vorstehlichen und Behutsamen Oberwasser. Es bleibt nur die eine Möglichkeit, zu der sich Fritz Kummer in der Metallarbeiterzeitung und hier Hermann Schäfer bekannte:

Fort mit der Verbindlichkeitsklärung!

Die von manchem befürwortete Beschränkung der Verbindlichkeitsklärung auf Fälle „von öffentlichem Interesse“ ist, wie Teichgräber, Dresden, und Schleicher, Berlin, ganz richtig

betonten, behnbar wie Kauschuk. Die Verbindlichkeitsklärung dem Reichsarbeitsminister fortzunehmen und einem paritätischen Kollegium, und zwar mit qualifizierter Mehrheit, anzuvertrauen, das ist auch nicht ohne Bedenken. Die Verbindlichkeitsklärung abhängig zu machen von einem Antrag beider Parteien, das kommt der Abschaffung gleich, wenn man nicht wieder das berühmte „öffentliche Interesse“ hemmend einschaltet.

So scheint es manchem, als habe Körpel den Stein der Weisen gefunden. Aber wenn schon Stein der Weisen, so vollführte Körpel mit ihm einen rechten Eierfang, bei dem nicht alle schonungsbedürftigen Eier ganz blieben. Seine Entschuldigung: soll mal einer Logik suchen, wo keine zu finden ist. Was Körpel nicht finden konnte, das wird wohl auch den Bundesinstanzen, die nach mehrfachen heute abgegebenen Erklärungen sich demnächst mit der Sache gründlich befassen werden, zu finden nicht gelingen. Und so wird wohl das Resultat für absehbare Zeit sein:

Es bleibt alles beim alten!

Denn was Körpel als berufener Sachverständiger des ADGB für diese Dinge in Vorschlag bringt, das ist wenig aussichtsreich — wenn auch gut gemeint. Doch das, was Körpel darüber vortrug, hatte ein nicht uninteressantes Beispiel. Es hatte ein Delegierter nach strafrechtlichem Schutz gerufen, und Körpel wehrte sich dagegen. Er will nicht den Staatsanwalt zum Bundesgenossen haben, weder zum Schutz der Arbeitszeit, noch der Arbeitskraft, noch der Vereinigungsfreiheit. Was er darüber vortrug, war im höchsten Grade beachtlich, sorgfältig und mit Sachkunde durchdacht.

Körpel stellte fest, daß die Staatsanwälte bisher nicht viel zum Schutz der Arbeitszeit beigetragen haben; wenn sie sich endlich entschlossen, einzugreifen, waren ihnen die Gewerkschaften meist schon zuvorgekommen. Den strafrechtlichen Schutz der Arbeitskraft nannte Körpel reine Theorie. Ein besonderer strafrechtlicher Schutz der Vereinigungsfreiheit droht sich ausgerechnet gegen die freien Gewerkschaften zu wenden. Daß die Justiz durch entsprechende Gesetzesbestimmungen, also durch eine politische Entscheidung, gewerkschaftsgünstig beeinflusst werden könnte, zieht Körpel gar nicht in Betracht.

Soweit gut! Aber Körpel denkt sich eine Lösung der Schwierigkeiten mit der Verbindlichkeitsklärung so, daß durch eine politische Entscheidung die Zulässigkeit der Verbindlichkeitsklärung beschränkt wird auf die Fälle, in denen die Gewerkschaften den entsprechenden Antrag stellen. Denselben politischen Gewaltenteil traut Körpel also die Schaffung einseitigen Rechtes zugunsten der Gewerkschaften das eine Mal nicht, das andre Mal doch zu. Und er wundert sich dann, wenn ihm Schleicher, Berlin, nicht höflich, aber grob, sagt, er (Körpel) habe eine verrückte Idee.

Diese Idee wird — um bei der Ausdrucksweise des Berliner Holzarbeiters zu bleiben — nicht weniger verrückt durch die feine Unterscheidung, die Körpel glaubte machen zu dürfen. (Er soll sie mal den bürgerlichen Parteien plausibel machen!) Körpel meinte nämlich, in dem einen Falle werde ein „Klassengeh“ gefordert, er aber wolle nur, daß der Staat seine soziale Pflicht erfüllt und daß dies, und nichts anderes in der Regelung der Verbindlichkeitsklärung zum Ausdruck komme. Ueber die sozialen Pflichten des Staates aber haben die bürgerlichen Parteien leider eine andere Meinung als Klemens Körpel.

Kritik am Kongress selbst übte heute der Chemnitzer Delegierte Fischer. Er ist einer der nur — wie er behauptete — 6 bis 8 Delegierten aus der Fabrik. Mit hochgeschwellten Erwartungen nach Hamburg gekommen — zu seinem ersten Kongress — im Glauben, daß hier in harten Auseinandersetzungen um die Entscheidungen schwer gerungen werde, findet er seine Erwartungen außerordentlich herabgedrückt. Man sei — so sagte er — ängstlich bemüht, so leise wie möglich gegenüber dem Vorstand aufzutreten. Er hätte noch hinzusetzen können — worauf heute der Vorstehende Schumann energisch hinwies —, daß die Unruhe im Saale zeitweise erschreckend war, was nicht gerade ein Zeichen großen Ernstes ist. Aber man darf daraus nicht auf eine mangelnde Schulung der Kongreßteilnehmer schließen. Nicht wahr?, Genosse

Schumann! So etwas kann nur einem „naiven“ jungen Genossen passieren! Nicht wahr?, Genosse „Werkehsbundi“

Rechnen wir im übrigen noch einige Diskussions-Einzelheiten zu einem bunten Mosaikbildchen. Ulrich-Berlin empfahl den Leitern der Arbeiterbank, die dem Unternehmen unwürdigen Staatsanwalts-Manieren abzulegen, in Tinz einen Kursus zu nehmen, wie man Angestellte behandelt. Schumann als Vorsitzender bat, von den unangenehmen Dingen, die alle bedauern hätten und die nun erledigt seien, still zu sein. Solche Vorkommnisse würden zukünftig vermieden. Die Arbeiterbank habe keine Vertrauenskrise erlitten, sondern sich neuesten sehr erfreulich entwickelt; sie habe jetzt

mehr als 100 Millionen Mark Einlagen.

Die Genossin Philipp bedauerte, daß von 282 Delegierten nur zwei Frauen seien. Das weibliche Element müsse stärker zur Mitarbeit herangezogen werden. Teichgräber-Dresden wies darauf hin, daß das Reichsarbeitsministerium die Erledigung der Anträge auf Allgemeinverbindlichkeitsklärung sehr faulheitig betreibe. Ziegler-Breslau beklagte, daß die Kommunisten die Aufrechterhaltung der Meinungsfreiheit so sehr erschweren. Schleicher-Berlin betonte, daß den Massen zu wenig Anregungen gegeben würden. Hüttmann-Frankfurt a. M. setzte sich, wie das auch schon Theodor Thoma getan hatte, energisch für die sozialpolitischen Forderungen der Bauarbeiter ein, insbesondere gegenüber der Arbeitslosenversicherung. Fischer-Chemnitz wandte sich gegen die Erklärungen Leipzigs für die Koalitionspolitik. Er kritisierte es scharf, daß der Leipziger Antrag für

gezielte Festlegung von Mindest-Ferien

nicht die genügende Unterstützung gefunden hat. Jetzt entschuldigten sich viele Delegierte dieses Verhaltens wegen. Er wolle nicht die bessere geistige Qualifikation vieler Gewerkschaftsführer anzweifeln und nicht fordern, daß nur Arbeiter aus den Betrieben Kongreß-Delegierte sein dürften. Aber wenn mehr — wenn etwa ein Drittel — Delegierte aus den Betrieben gekommen wären, dann hätte der Leipziger Antrag die genügende Unterstützung gefunden.

Das Schlusswort von Graßmann brachte nichts Wesentliches. Der sonst so geschickte Redner brachte die Debatte zum Schluß nicht noch einmal auf einen Höhepunkt. Die Abstimmungen brachten einen

Erfolg der Opposition in der Arbeitszeitfrage.

Die vom Bundesvorstand und Bundesauschuss vorgeschlagene Entscheidung wollte sich mit der Tagesforderung nach dem Achtstundentag begnügen, weitere Ziele der Gewerkschaftsarbeit sollten nicht abgesteckt werden. Die in der Diskussion dagegen erhobenen Einwände haben die Redaktionskommission, wie für diese Tarnow erklärte, veranlaßt, eine Ergänzung der Entscheidung vorzunehmen. So wurde dann beschlossen, daß die Gewerkschaften das Streben nach weiteren Arbeitszeitverkürzungen schon nach dem heutigen Stande der Technik für berechtigt, diese weiteren Arbeitszeitverkürzungen unter das Achtstundentagsmaß für tragbar und ihre Durchführung mit dem Fortschreiten der Rationalisierung für immer dringlicher erklären.

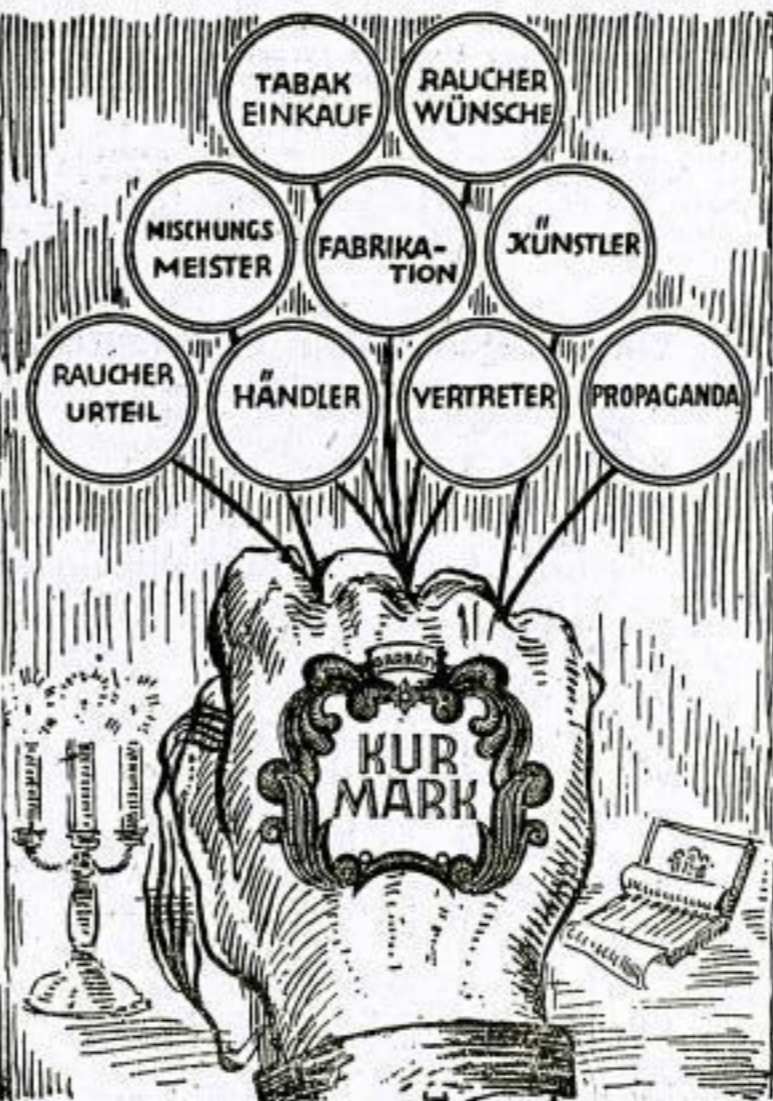
Die sonstigen Entschlüsse und Anträge, die zur Annahme gelangten, fordern „eine großzügige Neuregelung des gesamten Arbeitsrechtes“, eine „Durchführung der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenversicherung“, frei von bürokratischen Hemmungen, „durch eine verständige und soziale Handhabung der Bestimmungen“, „daß die Krisenfürsorge auf alle Berufsgruppen ausgedehnt und

allen Arbeitslosen ohne Ausnahme und ohne zeitliche Begrenzung“

gewährt werde, Freizeit für die erwerbstätige Jugend, Streichung des § 123, Ziffer 8 der Gewerbeordnung, wonach „Gesellen und Gehilfen“, „ohne Aufkündigung“ entlassen werden können, „wenn sie zur Fortsetzung der Arbeit unfähig sind“, Ablehnung etwaiger „Versuche, die Rechte der Zwangsorganisationen des Handwerks zu vergrößern“, solange nicht Artikel 165 der Reichsverfassung verwirklicht ist, gleichberechtigte Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Berufsausbildung,

ETWAS GANZES

schaffen heißt, sein Werk nicht vorschnell in unfertigem Zustand der Öffentlichkeit übergeben. Das ist der Vorsprung wohlfundierter aller Unternehmungen, welche erst nach sorgfältiger Prüfung und wohlgelegenen Vorbereitungen eine neue Marke herausbringen.



Wenn die Firma Garbáty — seit einem halben Jahrhundert Inbegriff des gepflegten Qualitäts erzeugnisses — ihren vor Jahrzehnten geschaffenen Standardmarken eine neue in der 5 Pf Cigarette KUR MARK an die Seite stellt, so liegt allein schon darin die Gewähr des Besonderen.

Zum Schluss sprach heute Genosse Brey dem Bundesvorstand und seinem Personal Dank aus für alle geleistete Arbeit. Der Kongress schloß sich dieser Anerkennung an. Das wird jeder tun, der die Arbeit der Leitung des ADGB kennt, mag er auch in manchem mehr Entschiedenheit fordern, zuweilen andere Wege für besser halten.

Morgen früh wird Raphael sein Referat über „Die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie“ halten. Dabei werden die Hoffnungen derjenigen enttäuscht werden, die den ADGB aus ganz entgegengegesetzten Gründen, besessen von himmelblauen reformistischem Optimismus, sehen möchten, die eine Abfrage an den Sozialismus erwarten. Raphaels Referat wird im Gegenteil

ein mehrschades, hartes und entschiedenes Bekenntnis zum Sozialismus

enthaltend — wenn auch der Glaube an den Weg friedlicher Evolution, des allmählichen Hineinwachsens in die Klassen- und ausbeutungslose Gesellschaft, von uns nicht geteilt wird.

Eröffnung des englischen Gewerkschaftskongresses

SPD Swansea, 3. September. In Anwesenheit von 600 Delegierten trat am Montag der 6. britische Gewerkschaftskongress zusammen. Der Kongress hat u. a. darüber zu beschließen, ob die vom Generatrat der Gewerkschaften eingeleiteten parlamentarischen Besprechungen mit der sogenannten Mond-Gruppe der britischen Unternehmer in Zukunft fortgesetzt werden sollen. Die Opposition gegen die Fortführung dieser Politik wird von dem Bergarbeitersekretär Cool geführt.

In seiner Eröffnungsansprache warf der Vorsitzende der Gewerkschaften und des Kongresses, Ben Turner, zunächst einen Rückblick auf die in letzter Zeit und insbesondere im vergangenen Jahr geleistete Arbeit. Offene Kritik — so führte Turner weiter aus — werde immer willkommen geheißen werden. Organisierte Verleumdung gehöre jedoch in eine andere Kategorie. Er könne sich aus der Geschichte der britischen Gewerkschaften keines Falles erinnern, in dem diese letztere Kampfmethode in solchem Ausmaß zur Anwendung gekommen sei wie heute. Turner begrüßte dann die Beilegung des Konfliktes zwischen den englischen Gewerkschaften und dem TGB und stellte fest, er habe Grund, anzunehmen, daß ein Vertreter Großbritanniens auch in Zukunft wieder den Vorherrschaft des TGB führen werde. Bedauerlich sei die kommunistische Spaltungsarbeit in der Gewerkschafts-Internationale. Eine veränderte Einstellung der russischen Gewerkschaften könne dennoch in nicht zu ferner Zukunft eine Zusammenarbeit zwischen den Russen und den europäischen Gewerkschaften möglich machen. In seinen abschließenden Worten appellierte Turner an die britischen organisierten Arbeiter, bei den nächsten Wahlen alles daranzusetzen, um das Zustandekommen einer Regierung zu verwirklichen, die Großbritannien Bersipfener hinsichtlich der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens einlösen werde.

Ein von langer Hand vorbereiteter Versuch der Kommunisten, insbesondere arbeitslose Bergarbeiter zu einer Demonstration gegen den Kongress aufzubieten, erwies sich als ein Flop. Der Kongress weigerte sich, die von den Kommunisten vorgeschickte Deputation zu empfangen, wodurch die ganze Aktion verpuffte.

In der Nachmittagsitzung wurde einstimmig beschlossen, auf Grund einer Empfehlung des Generatrats die von Havelock Wilson geleitete Seefahrer-Organisation auszuschließen. Der Beschluß wurde gefaßt, weil die Seefahrer-Union eine gelbe Bergarbeiter-Organisation mit Geldmitteln unterstützte und sich geweigert hatte, eine Erklärung abzugeben, daß derartige Unterstützungen in Zukunft nicht mehr gewährt werden.

Ein gefährlicher Schritt

Lohnabbau im Gefolge des englischen „Wirtschaftsfriedens“

Durch die deutsche Presse geht zur Zeit eine Nachricht über eine Lohnherabsetzung bei den englischen Eisenbahngesellschaften in Höhe von 2 1/2 Prozent. Natürlich wird dieser Schritt von den bürgerlichen Zeitungen eifrig gelobt und als nachahmenswert hingestellt. Dieses Verhalten der deutschen Unternehmerpresse wundert uns gar nicht, und nicht besonders wundert uns auch das Vorkommen der Lohnherabsetzung als solches, da in der letzten Zeit nicht nur England, sondern auch die Vereinigten Staaten eine starke Tendenz zu Lohnherabsetzungen erkennen ließen.

Und doch kann der erwähnte Fall nicht ohne weiteres ad acta gelegt werden, da er unter Begleitumständen vor sich ging, die innige Beziehungen mit den wirtschaftsfriedlichen Bestrebungen der englischen Gewerkschaften verriet. Aus diesem Grunde auch nennen wir den Schritt gefährlich, weil er nicht ein vereinzeltes Vorkommnis, nicht ein einziges Zugewinn eines Zulaufes der Gewerkschaften und der von ihnen vertretenen Arbeiter ist, sondern weil dieser Schritt die erste Etappe eines Marsches darstellt, den die englischen Gewerkschaften auf dem Wege zum „Wirtschaftsfrieden“ erreichen.

Unter dem Stichwort „Wirtschaftsfrieden“ standen die Verhandlungen über den 2 1/2-prozentigen Lohnabbau, dessen Zweck die Sanierung der Eisenbahnen sein soll. Gewiß ist ohne weiteres zuzugeben, daß die englischen Eisenbahnen, die fast durchweg Privatgesellschaften gehören, seit Jahren unter schweren Krisen leiden und a. B. die Dividendenzahlung seit einer ganzen Reihe von Jahren eingestellt haben. Müßte aber deshalb, um den Kapitalisten ihre Profitrate wieder zu sichern, die Arbeiterchaft die Lasten tragen und freiwillig auf einen Teil ihres Existenzminimums verzichten? Das schien selbst den „wirtschaftsfriedlich“ gekündeten Eisenbahnern etwas viel, und so war denn die Gesellschaft gezwungen, den sauren Apfel etwas schmackhafter zu machen. Man vereinbarte also, daß der Abzug von 2 1/2 Prozent auch bei Angestellten und Beamten, ja selbst, man höre und staune, bei den Herren Direktoren vorgenommen werden soll, und — wenn alles Lohn abzieht, können die Gewerkschaftssekretäre nicht beiseite stehen — auch die Gewerkschaftsangehörigen wurden im Bunde als gleichberechtigt und gleichverpflichtet zur Lohnherabsetzung von 2 1/2 Prozent aufgenommen.

Jetzt hatte man offenbar den Gipfel aller wirtschaftlichen Demokratie erreicht. „Gleiches Recht und gleiche Pflicht für alle!“ ertönte es stolz aus dem Munde der Direktoren, und ein Teil der Arbeiter nickte mit den Köpfen und glaubte daran. Selbst die Gewerkschaftsführer sagten nicht, daß 2 1/2 Prozent, vom Existenzminimum abgezogen, etwas anderes bedeuten als 2 1/2 Prozent Abzug von den reichlich bemessenen Gehältern der höheren Beamten und daß sie gar nichts bedeuten bei den seltenen Direktorengehältern.

Kurz und gut, man sagte den Eisenbahnern, daß der Betrieb unbedingt „wieder auf die Höhe“ kommen müsse, man sagte weiter, daß die ersparten 60 Millionen Mark das wenigste wären, was zur Sanierung erforderlich sei; man sagte sehr laut, daß der Großhandelsindex von 175 Punkten im Jahre 1925 auf 157 Punkte im Jahre 1928 gefallen sei, man fügte sehr leise hinzu, daß die immerhin wieder eingetretene Steigerung des Großhandelsindex vom Jahre 1927 auf 1928 sehr gering sei, und man schwieg sich völlig aus über das Verhältnis der heutigen Löhne und ihrer Kaufkraft zu den Löhnen der Vorkriegszeit und zum Existenzminimum. Eine Delegiertenversammlung der beteiligten Arbeiter nahm die Lohnherabsetzung mit 77 gegen 3 Stimmen an.

Damit ist nun eine Etappe auf dem Wege zum „Wirtschafts-

Stillelegungsstragödie Deimelsberg

Über ein halbes Jahr lang lobt der Kampf um die Aufrechterhaltung der Zechen Johann Deimelsberg in Steele. Da trotz zweimaligen Beschlusses des Preussischen Landtages, für die Schaffung einer Zentralanlage auf Johann Deimelsberg und Zentrum IV-VI der Verwaltung der Adler-A.G. gegen Sicherheit einen verbilligten Staatskredit zu geben, das preussische Handelsministerium dieses abgelehnt hat, wurde am 1. September 1928 die Zechen Johann Deimelsberg stillgelegt und die über 800 Mann starke Belegschaft entlassen. Wenn auch über die Stilllegung der Zechen Johann Deimelsberg in der Presse viel geschrieben wurde, so ist bei weitem nicht alles das gesagt worden, was zur genauen Information der Öffentlichkeit notwendig ist. Wir haben bis jetzt eine gewisse Zurückhaltung insofern geübt, da wir die Verhandlungen um die Inbetriebhaltung der Zechen nicht hören wollten. Diese Zurückhaltung haben jedoch die amtlichen Stellen in Berlin nicht geübt. In der letzten Zeit erschienen in der Rätischen Zeitung und auch in anderen Zeitungen Aufsätze über die Stilllegung der Zechen Johann Deimelsberg, die darauf schließen ließen, daß das Material nur aus dem preussischen Handelsministerium stammen konnte. Diese unrichtige Information aus dem Handelsministerium hatte den Zweck, die Stilllegung unter allen Umständen zu vollziehen und so den von vornherein eingenommenen Standpunkt des Handelsministeriums zu bekräftigen.

Wer die vielen Verhandlungen im preussischen Handelsministerium in bezug auf die beabsichtigte Stilllegung mitgemacht hat, mußte mit Befremden die vorgefasste Meinung dieser Herren feststellen. Was den Herren aus dem Ministerium auch nur irgendwie für die Stilllegung geeignet erschien, daran kammerien sie sich wie ein Ertrinkender an den Strohhalm, versuchend, die Aufrechterhaltung des Betriebes zu hinterziehen. Erst hieß es, die Adler-A.G. sei nicht kreditfähig. Die Deutsche Treuhand- und Revisionsgesellschaft Berlin hat festgestellt, daß das Vermögen der Adler-A.G. 14 1/2 Mill. Mark beträgt, demgegenüber steht eine Schuldenlast von nur 5 Mill. Mark. Auch die Wirtschaftlichkeit wurde von den Herren im Handelsministerium angezweifelt. Es mußten nicht weniger als vier Gutachter aufmarschieren, die die Wirtschaftlichkeit bejahten. Trotzdem wollten die Herren im Handelsministerium auch den Obergutachtern die Wirtschaftlichkeit nicht glauben. Durch die Verhandlungen zog sich wie ein roter Faden der Gedanke der Herren aus dem Handelsministerium hindurch, nichts zu unternehmen, daß der Betrieb aufrechterhalten würde.

Obwohl die Adler-A.G. sich bereit erklärt hatte, dem Obergutachten der Treuhand- und Revisionsgesellschaft zu folgen und den vorgezeichneten Plan auszuführen, damit der verbilligte Kredit eingeräumt würde, lehnte das Handelsministerium eine Aussprache darüber mit der Verwaltung ab. Es sollten Zug um Zug die etwa noch nicht geklärten Fragen zwischen Handelsministerium und Verwaltung geklärt und zum Abschluß gebracht werden.

Die Verwaltung der Adler-A.G. wandte sich daher mit folgendem Schreiben an das Handelsministerium:

„Kupferdreh, den 25. August 1928.

Wir nehmen ergebenst Bezug auf die heutigen Fernunterredungen mit Herrn Ministerialrat Smowski. Im Einvernehmen

mit dem Vorsitzenden unseres Aufsichtsrats, Herrn Direktor Koeppe, erklären wir hiermit, daß wir zwecks Herabgabe des in dem Obergutachten der Deutschen Revisions- und Treuhand-A.G. behandelten Kredites von 5 000 000 Mark bereit sind, vorbehaltlich der Genehmigung durch die zuständigen Organe unserer Gesellschaft, die unter D. Blatt 37—39 des vorerwähnten Gutsachters niedergelegten Voraussetzungen zur wirtschaftlichen Durchführung der Umorganisation zu erfüllen.

Wir sind weiterhin damit einverstanden, daß die Gewährung des Kredites von der Erfüllung genannter Voraussetzungen abhängig gemacht wird, also diese und die Kredithergabe Zug um Zug erfolgen.

Wir bitten Sie, uns nunmehr alsbald Gelegenheit zu einer mündlichen Aussprache geben zu wollen. (Unterschrift.)“

Die Herren aus dem Handelsministerium haben aber den Empfang der Verwaltung zwecks Regelung dieser Fragen abgelehnt. Es wurde sogar von den Herren aus dem Handelsministerium gesagt, die Adler-A.G. hätte noch keine Sanierung vorgenommen, obwohl den Herren bekannt sein dürfte, daß das Aktienkapital im Jahre 1924 von 75 auf 7,3 Millionen, also wie 10:1, zusammengesetzt wurde. Aus dieser Tatsache muß jeder objektiv denkende Mensch schließen, daß die Herren im Handelsministerium um die Aufrechterhaltung des Betriebes und die Weiterbeschäftigung der Bergarbeiter gar nicht besorgt sind. Der Standpunkt des Handelsministers zur „Rationalisierung“ im Bergbau kennt, für den ist es nicht schwer, zu ergründen, warum die Herren im Handelsministerium einen solchen Standpunkt einnehmen. Der Landtag hat zweimal den Beschluß gefaßt — da die Mitglieder des Landtages von der Wirtschaftlichkeit der Betriebe und der Kreditfähigkeit überzeugt waren —, den verbilligten Kredit, selbstverständlich gegen Sicherheit, der Verwaltung zu geben. Trotz des zweimaligen Beschlusses, der von allen Parteien des Landtages gefaßt wurde, hat das Handelsministerium es fertiggebracht, den Beschluß nicht durchzuführen. Es gibt in den preussischen Ministerien wohl kein anderes Ministerium, das so wenig auf die Beschlüsse der gesetzgebenden Körperschaften achtet, wie das preussische Handelsministerium. In bezug auf Stundensätze und Bergarbeiterzuschlag sind sehr viele Beschlüsse schon vor Jahren gefaßt. Wir erinnern nur an den Beschluß des Landtages aus Verbot der Revierprämien, der vor zwei Jahren gefaßt wurde, aber heute noch nicht vom Handelsministerium durchgeführt worden ist. Dieser Zustand ist vom preussischen Parlament kaum länger zu ertragen. Entweder haben wir ein Parlament, dessen Beschlüsse durchgeführt werden, oder wir haben keins. Es hat wirklich keinen Zweck, die gesetzgebende Körperschaft Beschlüsse fassen, die von den Herren im Handelsministerium ad acta gelegt werden.

Über die Stillelegungsstragödie der Zechen Johann Deimelsberg ist das letzte Wort noch nicht geredet worden. Es steht für die Bergarbeiter, ihre Familien, die Gemeinden und das Staatswohl zu viel auf dem Spiel. Wie wir erfahren, werden große politische Parteien des Landtages erneut eine große Anfrage im Landtag einreichen, um die ganze Tragödie vor aller Öffentlichkeit erneut aufzurollen. Es wird dann auch die Zurückhaltung, die sich die Abgeordneten bis jetzt anerkennen haben, um die Verhandlungen nicht zu hören, nicht mehr geübt werden. (Bergarbeiterzeitung.)

Der Kampf geht weiter

Nach der Besprechung der Petroleumkönige

Herr Teagle von der Standard Oil Co. befindet sich nach seinen Besprechungen mit den Leitern der englischen Petroleumgruppen, Herrn Deterding (Shell) und Herrn Cadman (Anglo-Persian), in einem lebhaften Meinungsaustausch mit USA. einerseits mit Herrn Pratt als seinem wichtigsten Aktionär, andererseits mit den beiden größten „freien“ amerikanischen Petroleumgesellschaften, California Petroleum und Texas Co. Seine Sorge gilt nach wie vor der Einschränkung der Produktion.

Es hat sich gezeigt, daß diese schwierige Differenz zwischen seinem und Deterdings Standpunkt nicht beseitigt werden konnte. Während nach dem durch Überangebot bewirkten Preissturz in Amerika dort gedrosselt und die Produktion trotz zahlreicher neuer Quellen auf annähernd der gleichen Höhe gehalten werden konnte, allein zu dem Zwecke, die Preise wieder erhöhen zu können, durchstreute England diese Absicht durch Erdölangebot an die amerikanischen Raffinerien. Als es der Standard Oil im ersten Halbjahr dieses Jahres gelungen war, die Produktion sogar um 400 000 Tonnen herabzubringen, importierten Shell und Anglo-Persian im gleichen Zeitraum 2 Millionen Tonnen. Von den 4 Millionen Tonnen, um die der usamerikanische Verbrauch in der gleichen Zeit stieg, lieferte also die ausländische Konkurrenz die Hälfte.

Durch diesen neuerdings gesteigerten Verbrauch verringerten sich auch die usamerikanischen Lager, die sich in den letzten zwei Jahren dauernd vergrößert hatten. Noch im ersten Drittel des Jahres 1928, von Januar bis Ende April, waren sie um 3 350 000 Tonnen gestiegen; im Mai stiegen sie trotz vermehrten Einganges auf dieser Höhe. Im Juni sanken dann die Vorräte an Rohöl um 130 000 Tonnen, an raffiniertem Öl um 500 000 Tonnen, womit man sogar hinter den Vorräten des Vorjahres um 150 000 Tonnen zurücklag. Der Konsum aber wird sich aller Voraussicht nach in den beiden kommenden Monaten um 15 bis 18 Prozent erhöhen.

Käme dies auch der Absicht der Standard Oil auf Erhöhung der Preise entgegen, so wird diese doch durch die unterbiete englische Konkurrenz schwer gemacht. Denn es herrscht ja nicht Stoffmangel, sondern künstliche Drosselung der Produktion durch die Standard Oil; ihre Versuche, die Shell zu einem gleichen Verfahren durch Entgegenkommen in der russischen Sache zu gewinnen, sind wenigstens vorberhand noch gescheitert. Wie weit die Absichten der Standard Oil sich in den übrigen Petroleum produzierenden Ländern durchgesetzt haben, zeigt folgende Tabelle über die

Kohlerzeugung im ersten Halbjahr 1928.

Land	Kohlerzeugung (Tonnen)	Veränderung (%)
USA	72 300 000	—
Venezuela	7 760 000	(+ 60 Prozent gegen 1927)
Rußland	5 540 000	(+ 10 Prozent gegen 1927)
Mexiko	4 650 000	(— 20 Prozent gegen 1927)
= 29 Prozent der Höchstproduktion (1921)		
Persien	2 800 000	(+ 5 Prozent gegen 1927)
Niederländisch-Indien	2 100 000	(+ 6 Prozent gegen 1927)
Kolumbien	1 670 000	(+ 60 Prozent gegen 1927)
Rumänien	1 050 000	(+ 10 Prozent gegen 1927)
Britisch-Indien	700 000	(+ 8 Prozent gegen 1927)
Polen	360 000	(= 75 Prozent der Höchstproduktion 1926)

Die von den englischen Gesellschaften kontrollierten Länder zeigen ein Steigen, die von den usamerikanischen kontrollierten ein Sinken der Produktion; nur Rußland konnte sich seine Sonderstellung wahren und die Erzeugung steigern, obwohl das staatliche Rappahannockdisat mit usamerikanischem Gelde arbeitet. Die Stellung der beiden Konkurrenten ist nach ihren Besprechungen die gleiche geblieben: USA will durch Dräseln höhere Preise erzielen und gleichzeitig die neuen Märkte, die es England abnahm (im Mittelmeer, im norberien Orient, in Indien), halten. England will diese verlorenen Märkte wieder an sich reißen und deshalb niedrige Preise beibehalten.

frieden“ erreicht, — das Resultat für die Arbeiterchaft heißt: Lohnherabsetzung. Die Tendenz der „wirtschaftsfriedlichen“ Bestrebungen der englischen Unternehmer sollte damit auch für diejenigen entfällt worden sein, die dem Sirenengefang der Unternehmer nicht ganz widerstehen konnten. Ob auch den englischen Arbeitern die Augen etwas geöffnet worden sind? Oder müssen sie erst noch durch Schlimmeres hindurch.

Lohnerhöhung — Preiserhöhung

Das rheinische Braunkohlensyndikat hat den verbindlich erklärten Schiedsspruch, der eine Lohnerhöhung von ungefähr 12 Prozent vorsieht, zum Anlaß genommen, eine Preiserhöhung von rund 1 Mark pro Tonne zu beantragen. Die Lohnbelastung durch den Schiedsspruch dürfte ungefähr 3,7 bis 3,8 Millionen Mark ausmachen. Durch eine Preiserhöhung im Umfange von 1 Mark pro Tonne bringt das Syndikat aber zum mindestens 9 Millionen Mark herein. Es benutzt also eine unbedingte notwendig gewordene Lohnerhöhung, um ein recht gutes Geschäft zu machen. Die Nichtberechtigung der beantragten Preiserhöhung liegt auf der Hand, so daß sie von den Organen der Kohlenwirtschaft unter allen Umständen abgelehnt werden muß.

In dem Vorgehen des rheinischen Braunkohlensyndikats haben wir es mit einer typischen Maßnahme zu tun. Man beantwortet — und diese Taktik datiert nicht erst von heute — grundsätzlich jede Lohnerhöhung mit einer Preiserhöhung, bzw. einem Preiserhöhungsentwurf. Um eine solche Taktik zu unterbinden, muß den Braunkohlensyndikatsstellen im Rheinlande einmal ein ganz energiegelber Halt zugerufen werden. Die günstige Rentabilitätsentwicklung in der rheinischen Braunkohle hat gezeigt, daß der verbindlich erklärte Lohnschiedsspruch für die rheinische Braunkohlensyndikatsindustrie durchaus tragbar ist.

Die Niederrheinischen Montanwerke gehören zu den Kohlengruben, die im vorigen Jahre gelegentlich des Bergarbeiterstreiks im mitteldeutschen Braunkohlensyndikat befreit wurden. Trotz des Streiks konnten die Förderung und auch die Dividende gesteigert werden. Die Dividende erhöhte sich von 6 auf 7,2 Prozent; die Kohlenförderung wuchs von 6,71 Millionen Tonnen auf 7,15 Millionen Tonnen an. Der Konzern hat im Laufe des Jahres sein Rationalisierungsprogramm weiter durchgeführt, und zwar in der Art; daß man immer mehr von dem kostspieligen Tiefbau zu dem billigeren Großtagebau übergeht. Die Umstellung erfordert große Neuanlagen. So sind für Anlagen in Deuben und im Ammendorfer Revier fast 20 Millionen Mark neu investiert worden. Die Folge dieser starken Investitionen in der Bilanz ist die Erhöhung der Schulden von rund 13,80 Millionen Mark auf 26,40 Millionen Mark.

Streik der Frankfurter Stukkateure

SPD Die Frankfurter Stukkateure haben einmütig beschlossen, bis zur Anerkennung des Reichstarifvertrages für das Stuckgewerbe und dem Abschluß eines Bezirksarifvertrages die Arbeit einzustellen. Von dem Streik werden alle einschlägigen Arbeiter betroffen, auch wenn sie auf auswärtigen Bauten Frankfurter Firmen arbeiten.

Achtung, Bauarbeiter! Die Baustelle 2, Realschule, Ecke Dresden- und Kohlgartenstraße, ausführender Baumeister Georg Stöhr, Leipzig C 1, Windmühlenstraße 18, 111, bei Schrader, ist bis auf weiteres für organisierte Bauarbeiter gesperrt, da die dort beschäftigten Kollegen keinen Lohn erhalten haben. Deutscher Bauarbeiterbund, Bauergewerkschaft Leipzig.

Alphakarbeiterstreik. In Würzburg sind die Alphakarbeiter der Firma R. Tagmann, Leipzig, am 4. September in den Streik getreten, da die Firma sich weigert, die am 18. Juli d. J. für die Alphakarbeiter ihres Betriebes abgeschlossenen Lohnvereinbarungen auch für ihre Würzburger Arbeitsstelle anzuwenden.

Drang-Utans im Zoo

Wieder einmal beherbergt unser Zoologischer Garten einige ganz leibliche Gäste aus der Inselwelt des malayischen Archipels: zwei Ries-Drang-Utans — ein Männchen und ein Weibchen — sind Ende voriger Woche hier eingetroffen und für etwa vierzehn Tage im hinteren Teile des Affenhauses neben dem Schimpanse, der ihnen seine „Beletage“ überlassen mußte, untergebracht worden. Ruhig sitzen dort die rotbraunen Waldmenschen auf ihrem Strohlager und schauen mit schwermütig-ernstem Blicke auf die vorn Käfig sich pressende, staunende Verwandtschaft, die mehr oder weniger schmeichelhafte Vergleiche zwischen den Drangs und sich anstellt. „Wie richtig ge Menschen, hehe?“ — „Der große sieht grade aus wie ä alter Mann, nich?“ —

Jeder ständige Besucher von Tiergärten weiß aus Erfahrung, daß auch heute noch trotz aller Fortschritte in der Technik des Transports und der Unterbringung Menschenaffen nur vereinzelt bei uns auftauchen und in der Regel sehr bald dem relativ rauhen Klima zum Opfer fallen. Die weitaus meisten von ihnen ziehen sich früher oder später eine Lungenerkrankung oder gar die verheerende Schwindsucht zu, deren Wirkungen durch die hochgradige Empfindlichkeit der Verdauungsorgane selbst für geringfügige Störungen oft aufs schlimmste verstärkt werden. Da außerdem die Preise der Tiere sehr hoch sind — ein Schimpanse kostet vier- bis fünftausend Mark, ein Drang das Vielfache dieser Summe —, überlegen es sich die Direktoren der Zoologischen Gärten natürlich immer sehr lange, ob sie einen Anthropoiden anschaffen sollen oder nicht, zumal dieser oft bereits krank und erschöpft in Europa eintrifft. Auch die Ernährung und sonstige Pflege des Tieres verlangt erhebliche Gelber.

Um so mehr Veranlassung haben alle Interessenten, jede Gelegenheit wahrzunehmen, die ihnen einen Einblick in das Treiben unserer nächsten Verwandten gewährt. Immer mehr bricht sich der Gedanke Bahn, daß nicht nur das ganze Tierreich, sondern die gesamte organische Natur, also Menschen, Tiere und Pflanzen, von einem gemeinsamen „Stammvater“ sich entwickelt hat, einen ein-

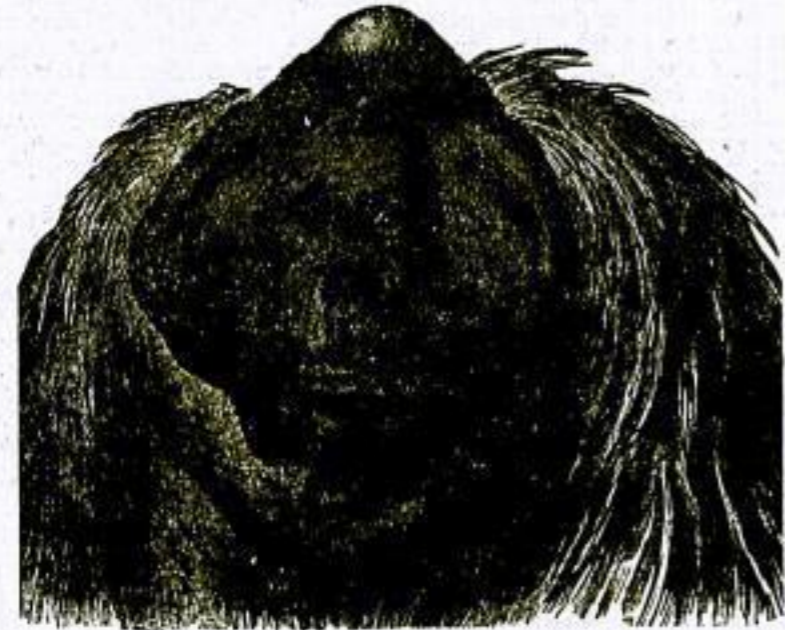
Stelleits, der Organe und der Muskeln, sehr nahe stehen, und daß die Struktur ihres Blutes auf weit engere Beziehungen zum Menschen als zu den übrigen Affen hinweist! Mensch und Anthropoiden sind buchstäblich Blutsverwandte! Auch die wenigstens zu bestimmten Zeiten wohl ausgebildeten Brüste und Menstruations-Erscheinungen der weiblichen Drangs, Schimpanse usw. sprechen



Der häufigste Anthropoide in Zoologischen Gärten: ein Schimpanse

für einen hohen Grad von Verwandtschaft, von zahlreichen andern Merkmalen ganz abgesehen.

Wesentlich verstärkt wird dieser Eindruck jedoch durch das psychische Verhalten der Tiere, und es bereitet allen Besuchern zoologischer Gärten stets ein ganz besonderes, fast nie ermüdendes Vergnügen, einem Anthropoiden bei seinen Beschäftigungen zuzuschauen. Sämtliche menschlichen Eigenschaften wie Liebe und Haß, Ausgelassenheit und übliche Laune. Klare Ueberlegung und Dusek, heiteres



Erwachsener männlicher Riesorang mit Badenwulsten

heißlichen Stammesbaum aufweist, und damit verstärkt sich naturgemäß auch das Verlangen, nähere Bekanntschaft mit jenen Geschöpfen zu machen, die körperlich und geistig als vermittelnde Zwischenglieder zwischen dem Menschen und der übrigen großen Tierwelt stehen. Ist doch auch deren ganzes Aussehen und vor allem ihr Verhalten dazu angetan, selbst Kinder und Leute, die in ihrem Leben noch nichts von Degeneranz-Theorien gehört haben, auf den Gedanken zu bringen, daß sie menschenartige Wesen vor sich haben.

Die Naturvölker jener Gebiete, in denen die Anthropoiden zu Hause sind, also die Eingeborenen Mittelafrikas und der austral-asiatischen Inselwelt, rechnen diese großen Affen bedenkenlos zu den Menschen; am deutlichsten dürfte das bei einigen an der See wohnenden Malaien-Stämmen zum Ausdruck kommen, die die rotbraunen Raumbewohner ihrer Heimat als Drang-Utan, d. h. „Waldmenschen“, bezeichnen. Sie glauben auch ebenso wie die Neger Kameruns und der Guinea-Rüste, daß sich alle Anthropoiden mit Menschenweibern begatten, und sind ferner sehr überzeugt, daß diese Waldriesen sehr wohl reden können und es nur aus Angst, dann zum Arbeiten angehalten zu werden, nicht tun!

Auf das Verhalten der Tiere wollen wir hier nicht weiter eingehen; bei anderer Gelegenheit ist das schon wiederholt geschehen. Zusammenfassend sei lediglich gesagt, daß alle Menschenaffen, also Gorilla und Schimpanse in Afrika, sowie Drang-Utan und Gibbon in Asien, dem Menschen in bezug auf Bau und Anordnung des



Das Drang-Chepaar, das gegenwärtig im Zoo gezeigt wird

Speisen und trauriges Schmollen, die bei niedrigeren Tieren nur in Ausfällen vorkommen zu sein scheinen, finden sich bei ihm fast ebenso stark ausgebildet wie bei uns. Unzählige Berichte von Leuten die mit Menschenaffen teils aus Neugier, teils beruflich Jahre lang zu tun gehabt haben, könnten als Beispiele angeführt werden. So erzählt Wallace, einer der besten Drang-Kenner, von einem jungen durch ihn gepflegten Drang-Utan unter anderem: „Ich bereitete mir ein nie fehlschlagendes Vergnügen dadurch, daß ich die drolligen Grimassen beobachtete, durch die er seine Billigung oder sein Miß-

fallen über das, was ich ihm gegeben hatte, ausdrückte. Das arme kleine Geschöpf befeuerte die Lippen, zog die Backen ein, verdrehte die Augen mit dem Ausdruck der höchsten Befriedigung, wenn er seinen Mund mit dem, was er besonders liebte, voll hatte, während er andererseits den Bissen eine kurze Zeit mit der Zunge im Munde herumdrehte, als ob er einen Wohlgeschmack daran suchen wollte, und wenn er ihn nicht lüh oder schmackhaft genug fand, regelmäßig wieder alles ausspöte. Goh man ihm dasselbe Essen fernerhin, so begann er zu schreien und schlug heftig um sich, genau wie ein kleines Kind.“ An anderer Stelle sagt Wallace: „Der Drang benahm sich ganz wie ein Baby, lag hilflos auf dem Rücken, rollte sich hin und her, streckte alle Viere in die Luft in der Hoffnung, irgendetwas zu erhalten, war aber kaum imstande, seine Finger nach einem bestimmten Gegenstande hinzubringen, öffnete, wenn er unzufrieden war, seinen Mund und drückte seine Wünsche durch ein sehr kindliches Schreien aus. Wenn niemand im Hause war, oder wenn man auf sein Schreien nicht kam, wurde er nach einiger Zeit von selbst ruhig. Sowie er aber dann einen Trift hörte, fing er wieder um so ärger an!“ Genau dasselbe könnte man von einem Menschenbaby sagen!

Von allen Anthropoiden findet man den Schimpanse am häufigsten in un'ren Tiergärten, da er sich am leichtesten eingewöhnt; außerdem ist er entschieden der munterste unter sämtlichen Menschenaffen und daher auch beim großen Publikum der beliebteste. Viel seltener ist dagegen schon der Drang-Utan, der außerdem meist sehr ruhig und zurückhaltend in seinem Nest hockt und fast nie einen gewissen Ausdruck von Schwermut, von schuldigen Ernst verliert; es gibt sogar Weisen-Experten, die allen Ernutes behaupten, das Tier stürbe oft an Heimweh! Ein nur ganz vereinzelt anzutreffender Gast endlich ist der Gorilla, von dem un'res Wissens augenblicklich überhaupt keiner in Deutschland weilt; er repräsentiert die Riesen unter den Anthropoiden; denn er erreicht manchmal bis zu knapp zwei Meter Höhe und bis zu zweihundert Kilogramm Gewicht! Selbst die Riesen-Drangs sind demgegenüber kleine Kerle. Gibbons schließlich sind wieder häufiger anzutreffen; auch der Leipziger Garten hat schon wiederholt welche beherbergt.

Was die augenblicklich hier weilenden beiden Drangs besonders interessant macht, ist einmal der Umstand, daß es ein „richtiges“ Ehepaar ist, das sogar ein Kindchen hat (dieses ist freilich zur Zeit in Chennich); zum anderen die Tatsache, daß es sich bei dem Männchen um ein richtiges Tier mit gewaltigen Badenwulsten handelt, wie sie bei gefangenen Drangs nur selten gesehen werden. Möge also niemand verkümmern, dem Zoo einen Besuch abzustatten, der sich ja auch sonst lohnt; bis zum 15. September bleiben die Drangs hier!

900 Menschen ertrunken

SPD Berlin, 4. September.

Die furchtbare Ueberschwemmungskatastrophe im Nordosten Koreas, die durch die Ueberschwemmung des Tumen-Flusses entstanden ist, hat nach den vorliegenden Schätzungen an 900 Menschenleben gekostet. Die Zahl der Vermissten beträgt fast 400; man nimmt an, daß auch sie ertrunken sind. Das Hochwasser trat so plötzlich auf, daß sich die Bewohner der zahlreichen kleinen Ortschaften, die meist aus Bambushäusern bestehen, nicht mehr rechtzeitig retten konnten. Das Ueberschwemmungsgebiet ist von der Außenwelt fast vollkommen abgeschlossen. Da sämtliche Telegraphenlinien zerstört sind konnte noch nichts über das Schicksal der im bedrohten Gebiet liegenden Städte, wie Kjong Tjong und Hung Schung, in Erfahrung gebracht werden. Der angerichtete Schaden ist gewaltig, die ganze Ernte ist fortgespült worden. Der Tumen-Fluß bildet die Grenze zwischen der Mandschurei und Sibirien.

Wiederum mißglückt

SPD Berlin, 5. September (Radio).

Die französischen Flieger Molant und Lafente, die am Dienstagvormittag um 7 Uhr abends zu einem Ozeanflug starteten, sind in Casablanca (Marokko) infolge eines Motorendefekts gelandet. Der Ozeanflug der französischen Flieger dürfte damit seinen vorläufigen Abschluß gefunden haben.

Die Juntersflieger Kistler und Zimmermann, die am Sonntagmorgen in Dessau um 5 Uhr zu einem Angriff auf den Langstreckenrekord aufstiegen, aber noch am gleichen Tage in Moskau wegen schlechten Wetters notlandeten, haben ihren anläßlichen Plan, von Moskau aus den Flug fortzusetzen, aufgegeben und beschließen, möglichst umgehend nach Berlin zurückzukehren. Dieser Beschluß ist auf die ungünstige Wetterlage zurückzuführen.

Levines Fleite. Das Flugzeug Levines wurde in Cherbourg von den französischen Behörden beschlagnahmt, da der Flieger Acosta das Bordbuch nicht vorzeigen konnte und die Fluggäste Levines ohne Papiere waren. Da Levine selbst längere Zeit nach seinem Paß suchte, wurde er aufgefordert, sich zum nächsten Polizeikommissariat zu begeben. Nachdem er auf dem Wege dahin seinen Paß wiederfand, wurde ihm die Erlaubnis erteilt, sich an Bord der „Leviathan“ nach Amerika einzuschiffen.

Goldat Suhren

43) Roman von Georg von der Vring

Copyright 1927 by G. V. S. Verlag, Berlin.

„Eisen hat recht.“ „So sicher wie was“ — wird gerufen. Meyer nickt!

„Aber Befehl ist Befehl, vergessen Sie das nicht, Eisenholz.“ Niemand beachtet den Offiziersaspiranten, außer Klees, der sich trotz der wachsenden Dunkelheit von neuem an seine Arbeit macht. Eisen knarrt!

„Und da sieht er nun und schreibt wahrhaftig seinen Senf aufs eigene teure Briefpapier, und noch dazu in lateinischer Schrift. Ja, lebt man denn hier unter Kindern? Oder lebt man unter Soldaten? — Das ist doch um junge Hunde —“

„Befehl ist Befehl,“ hört man noch einmal die Stimme des Meyer, „wie sollte sonst der Krieg geführt werden können! Da kann es keine Spezialfälle geben.“

„Nehmen Sie Rücksicht, Sie Zollbot!“ ruft Eisen. „Je gelehrter — je verkehrter,“ sagt jemand. „Man muß den Brüdern mal endlich in die Fresse lachen,“ prophit ein anderer mit Bezug auf die Unteroffiziere. Man ist verstimmt, einige entschließen sich, in die Scheune zu gehen und sich hinzuhauen.

Dann tauchen aus der Dunkelheit zwei Gestalten auf, die sich dem Feuer nähern. Das Gespräch verstummt, denn es sind die Feldwebel Blooboom und Engelke. Sie bleiben stehen, und Blooboom fragt mit Wohlwollen:

„Nach Karloffeln gefunden?“ „Jawohl,“ wird gemurmelt. „Na, wir gehen dennächst an die Front, da wird es mit der Verpflegung besser werden.“

„Da gibt's blaue Bohnen,“ sagt ein Witzbold. „Und auch dann und wann einen Bierelstler Schnaps — sogar Wein,“ verkündet der Feldwebel mir einem etwas müden Kopfnicken. Er karrt ins Feuer. Dann fragt er:

„Wo ist Klees?“ Tierlein tritt ins Helle und meldet sich. „Was machen Sie denn, Klees?“ fragt Blooboom freundlich. Beim Schein des Feuers sieht man ihn lächeln, etwas abwesend und fast verlegen. Vielleicht hat ihm der Engelke gesagt, daß es

mit dem Sah, den er Klees aufgegeben hat, nicht stimmt, und so sind sie gekommen. Vielleicht auch hat ihn sein gutes Herz hergetrieben.

„Also die Strafarbeit machen Sie? Aha!“ „Jawohl,“ bestätigt Klees dienstlich und fast. Blooboom ruht über dies kalte „Jawohl“, er sagt unsicher: „Aber es ist schon etwas dunkel dazu, nicht wahr?“

„Jawohl.“ Derselbe dienstliche Ton. Blooboom bietet alles auf, Klees zum Lachen zu reizen, er sagt schalkhaft:

„Die schönen Sommernächte sind wohl zu besseren Dingen da?“ Die Umstehenden lachen übermäßig und bestärken es. Klees bleibt bei seinem:

„Jawohl.“ Da sagt der Blooboom ganz bescheiden und fast bittend: „So lassen Sie es nur sein. Sie brauchen die Arbeit nicht zu machen — nicht wahr?“

„Abering kößt Tierlein in den Rücken, aber dieser wiederholt wie ein Automat: „Jawohl.“ Der Feldwebel wünscht gute Nacht, seufzt und geht mit dem anderen fort. So endet Tierleins trüblicher Tag.

27.

Brief im Traum.

In der Holzwand dieser Bauernstube, dicht über meinem Kopf, steckt das Seitengewehr. Am Seitengewehr hängt der Brotbeutel, und drin ist ein Stück Brot. Nicht übel, denn sobald man hungrig hat, bestet man davon ab. Die Kerze blakt, das Stroh raschelt. Aßbering kratzt sich, Klees schreibt einen Brief auf seinem Tornister. Die Nacht ist da, und der Regen fällt schallend in die Bäume.

Dies ist eine feintote Stunde. Ich trame weiter in meiner Gedächtnisstraße und finde ein anderes Bild. Ich bin in einer großen Stadt und umschleiche ein Haus. Ich umschleiche es, so lange ich Lust habe. An Zeit ist nie Mangel, und Lust ist genug da. Oben im dritten Stock, in dessen Fenstern sich der Mond spiegelt, wohnt Lisa. Sie kann nicht zu mir hinuntergehen, denn die Frau Oberst hat den Schlüssel. Indessen schiebt sie den Vorhang ihrer Stube zur Seite und hebt die Hand. Dann ist Krieg, und sie muß abends die Kriegszeitung holen, das Neueste vom

Kriegsschauplatz. Sie gleitet über den Asphalt zu mir her und läßt diesen Menschen. Ihr Kuß schmerzt wie Feuer, denn sie geht wieder fort, über die krausen und beweglichen Blättermuster, die der Mond unter den Bäumen buhelt. Spät gehe ich heim, durch leere Straßen, an einer Backsteinfassade hin und begegne einem Manne und einer hinkenden Frau, die einen Kinderwagen führen. Bläulich ist heller Tag, eine rote Wolke bedeckt die ganze Stadt, und ein Mensch rennt an mir vorbei, deutet empor und schreit:

„Die Antiknwerter brennen!“ Und noch schmerzter ihr Kuß wie Feuer. — Das Wachs der Kerze tropft ins Stroh, aber der Brief des Klees wächst sich aus. Draußen rennen Leute im Regen. Aßbering hebt sich von seinem Mantel und sagt leise:

„Nicht aus, Tierlein.“ „Gleich fertig,“ antwortete der Schreibende. Mein Stern ist versunken. Die Läuse fressen mich auf, und was übrigbleibt, ist für die Katz. Demnächst an der Front wird es interessanter werden. Da heißt es: du kommst durch — oder du bleibst liegen. Das Ende weiß keiner, auch der Obergeneral weiß es nicht. Im übrigen bin ich weder ängstlich noch mutig, bloß neugierig. Ich gehöre zur Kompanie Braule (wenn gebraut wird, muß ich mitbrausen), trage eisenbeschlagene Stiefel und habe ein Gewehr, mit dem ich gut umgehen läßt, wenn man es schicklich behandelt — augenblicklich ist es gut im Bett. —

Horch! Eine Stimme lärmt vor der Tür. Klees eilt hinaus, ohne Mantel, den Blauschiff in der Hand. Post ist also da, und mein Stern zwinkert zwischen den Wolken, als wolle er sagen: Suhren, befinne dich!

Darauf befinne ich mich und denke an die runden Buchstaben Lissas, die ich vor Wochen täglich in meinen Soldatenlaken hielt, die aber in der letzten Zeit ausgeblieben sind. Eine Zeile von ihr ist ein Graswald mit gerollten Wäldern, und wert, darin auszuhäuten.

O, ich werde munter, denn Klees hält Briefe in der Hand. Nichts für Aßbering, aber der schläft; zwölft für Klees; haben für Suhren. Ich zögere, sie zu öffnen, lege sie auf meine Brust. Ich habe Angst von jeder kleinen Klage, die aus dem Graswald herhaucht. Die Klagen dreier Wochen aber — wie könnte ich sie ertragen!

(Fortsetzung folgt.)



Aus der Umgebung

Eine Spur des Abnandorfer Mörders?

Wer ist Eigentümer der im Abnandorfer Park aufgefundenen Sachen?

Sonntags, den 1. September, wurde im Abnandorfer Park etwa 50 Meter vom südlichen Eingang entfernt, unter einer Hecke versteckt, ein Kufel mit einer Mauerhose und verschiedenen anderen Sachen gefunden. Die Gegenstände werden wie folgt beschrieben: Der Kufel ist älter und stark abgenutzt, von grünlicher Farbe, etwa 45 Zentimeter hoch und 50 Zentimeter breit, mit einer besonders aufgehäuften, 15 Zentimeter breiten und 18 Zentimeter hohen, mit besonderem Nadelverschluss versehenen Kufelkapsel. Die Tragriemen sind von dunkelbraunem Leder, 2 Zentimeter breit; ein Tragriemen ist am Ende etwa 10 Zentimeter in die Tragschleife eingeklinkt. Das obere Herzstück zum Zusammenhalten der Tragriemen auf dem Rücken ist mit Bindfaden repariert. Die Hose ist eine sogenannte Mauerhose von grauem englischen Lebertuch, hat weiße Beintüpfel, 90 Zentimeter Bundweite, 2 Holentasten und eine Schmiegetasche. Der Träger der Hose muß etwa 1,60 bis 1,65 Meter groß gewesen sein, gemäß der 84 Zentimeter betragenden Schrittlänge. An der Hose waren befestigt ein Paar fast neue, graue, 3/4 Zentimeter breite Gummiholensträger mit 3 goldgelben Längsstreifen von je 3 Millimeter Breite und starken Lederhaken und Messinghaken. In den Taschen der Hose befanden sich ein rotschwarzes Taschentuch mit schwarz und weißen Punkten und einer 4/5 Zentimeter breiten Kante mit abwechselnd schmalen weißen und roten Streifen; ein Stülper und ein 2 1/2-jähriger Nagel, ein oval geformter braungefärbter Handwerkerbleistift, 8 1/2 Zentimeter lang, mit der Firmenbezeichnung „J. Kuchel“, Sternchen, Schlüssel, „Bleistiftfabrik“; eine dreifach geknotete Maurerchnur, 2,40 Meter lang, eine ziemlich neue Maurerchnur, 3,15 Meter lang, eine Schmiege, 84 1/2 Zentimeter lang, utripfänglich 1 Meter lang gewesen, Bleistift, der 6. Teil von der Zahl 85 ablesbar ist. Sie trägt die Aufschrift: „1 Meter, fast unzerbrechlich.“ Ferner befand sich in der Kufelkapsel des Kufels noch eine Beschriftung zur Leipziger Volkszeitung Nr. 50 vom 4. Mai 1928 mit der Überschrift „Sport, Spiel und Körperpflege.“ Es besteht die Möglichkeit, daß die Sachen bereits zur Zeit des Mordes an dem 12-jährigen Herbert Huidel am 22. Mai im Abnandorfer Park an der Fundstelle gelegen haben und mit der Mordhandlung in Verbindung zu bringen sind. Nicht ausgeschlossen ist auch, daß sie von einem Diebstahl, vielleicht aus einem Bauhauseinbruch, herrühren. Um den Eigentümer der Sachen ermitteln zu können, werden Personen, die hierzu Angaben machen können, gebeten, sich beim Kriminalamt zu melden, wo die Sachen beschlagnahmt werden können. Auf die in der Mordhandlung für die Ermittlung des Täters ausgeübte Belohnung von 2000 Mark wird hierbei nochmals nachdrücklich hingewiesen!

Versehentlich erschossen

Wie wir dieser Tage unter der obigen Überschrift berichteten, wurde in Störthale bei einer „Mattenjagd“ ein junges Mädchen durch den Unterleib getroffen und so schwer verletzt, daß es bald darauf starb, ehe an einen operativen Eingriff gedacht werden konnte. Dazu erhalten wir nun folgende Zuschrift eines Störthaler Einwohners, die den brutalen Verlauf des erdärmlichen Schicksals erst ins rechte Licht rückt: „Verschiedene Leipziger Krämer und sonstige reiche Spieler, die nicht wissen, wie sie Zeit und Geld toteschlagen sollen, beglücken seit längerer Zeit schon jede Woche zweimal mit drei bis fünf vollbesetzten Autos unseren Ort, steigen im Gasthof ab, schlagen sich sodann mit Spielen und viel Getränken den Magen voll und begeben sich hierauf an die Teiche. Dort wird etwas gegondelt und herumgeknallt, und schon mancher Apfel hat die Unvorsichtigkeit, ausgerechnet in dieser Gegend zu wachsen, mit seinem jungen Leben bezahlen müssen. Um nun das Faulenzerleben dieser Gesellschaft einmal zu beobachten, hatten sich am Angeltage fünf Schulmädchen bei einer am Wege neben dem Schafteich stehenden Weibe niedergelassen; am Weiber führer ein namentlich zwei öffentliche Wege vorüber, und an der dritten Seite steht eine ganze Reihe von Häusern! Kurz vor der Knallerlei hatten zudem noch Kinder im Teiche gebadet! Unter solchen Umständen am helllichten Tage eine Mattenjagd zu veranstalten, ist nicht mehr bloß Leichtsinns, sondern direkt ein Verbrechen! Der erdärmliche Schiefer, der den Unfall verursachte, hatte sich gegenüber den Mädchen placiert, losgeschossen — und die zwölfjährige Frieda Ebbach in den Unterleib getroffen. Als das im Dorfe bekannt wurde, bemächtigte sich der Einwohner eine große

Erregung, und manch einer erklärte mit gehaltener Faust: „Wäre das mein Kind —, ich würde dem Kerl mit der Art den Schädel kaputt schlagen, und wenn ich zeitweilig ins Zuchthaus müßte!“ Hoffentlich bekümmern sich nun endlich mal die zuständigen Behörden um die Angelegenheit und legen diesen „Sportsleuten“ das Handwerk.“

Wir haben dem nichts hinzuzufügen. Jeder Jagdlehrling weiß, daß Geschosse von der Wasseroberfläche der Flüsse und Teiche oft abprallen und mit unverminderter Durchschlagskraft eine völlig unvorhergesehene Richtung nehmen. Selbst wenn sich also der Schiefer damit löst herausstrecken wollen, daß er ins Wasser gezielt habe und in einer anderen Richtung, als wo die Kinder lagen, läßt das seine Handlungsweise nicht weniger niederträchtig erscheinen. Man sollte sich einem Knallmax mal etwas mehr Steuern aufbrummen, damit er nicht wieder auf solch dumme Gedanken kommt!

Engelsdorf. Lichtbilder-Vortrag. Der Touristenverein „Die Naturfreunde“, Unterbezirk Engelsdorf, veranstaltet Donnerstag, den 6. September, 20 Uhr, im Schullsaal einen Lichtbilderabend. Lehrer Birkhoff, Tausch, spricht über „Kunb um Kügen im Faltboot“ und zeigt eine Reihe eigener Lichtbilder. Eine kleine Ausstellung von Reiseleiteratur, Karten usw. ist damit verbunden. Es verpricht für Faltbootsfahrer und Wanderer sowie für Naturfreunde ein genußreicher Abend zu werden; die Musikgruppe hilft den Abend auszugestalten. Zur Deckung der Kosten werden 10 Pf. erhoben.

Gersdorf. Schadenfeuer. Am Dienstag gegen 14 Uhr brannte die den Gutspächtern Gebrüder Lehrieder gehörende Feldscheune total nieder. Ein neben der Scheune stehender Feim wurde gleichfalls ein Raub der Flammen. Das Feuer soll durch spielende Kinder entstanden sein.

Tausch. Stadtverordnetenversammlung. In der letzten Stadtverordnetenversammlung war von dem Verordneten Spilvester angefragt worden, ob das Wasser im Babelsgraben durch Leitungswasser ergänzt werden sei. Der Bürgermeister antwortete, daß Leitungswasser nur zur Reinigung der Filteranlage benutzt werde; die Filteranlage sei in der Lage, das Wasser für das Babelsgraben allein zu schaffen. — Eine rege Debatte entspann sich über die ungenügende Abgabe der Strandkörbe. Der Bürgermeister erklärte, es handle sich hierbei um eine Reklame für die Strandkörbe. Mit Mehrheit beschloß die Stadtverordneten, Strandkörbe an alle Dauerarteninhaber abzugeben, soweit solche verfügbar seien. — Die Stadtverordneten hatten in der letzten Sitzung beschlossen, die Beschaffung des Reichstädtetages in Heidelberg sei nach § 83 der Gemeindeordnung eine Angelegenheit der Stadtverordneten und nicht des Rates. Der Rat hat nun gegen diese Auffassung Einspruch erhoben; die Stadtverordneten können sich auch heute nicht anders entscheiden und bleiben bei ihrem Beschlusse bestehen. Der Rat wird nunmehr dagegen Einspruch bei der Gemeindeamt erheben müssen, um diese Angelegenheit zu klären. Da die Tagung schon am 4. und 5. September stattfindet, hat der Rat beschlossen, nur einen Verwaltungsbeamten zu delegieren. Unsere Fraktion beantragt hierzu, das Ortsgericht, das noch in der Fassung vom 1. August 1928 besteht, nach der neuen Fassung vom 15. Juni 1925 der Gemeindeordnung abzuändern. Mit 10 gegen 4 Stimmen wurde unser Antrag angenommen. Die Kommunisten stimmten dagegen, da sie die Sache nicht so schnell lassen konnten. — Mit 11 gegen 5 Stimmen wurde dann die Sparfassenordnung mit den von unserer Fraktion angeregten Änderungen beschlossen. — Vom Bauausschuß wurde vorgeschlagen, den Radfahrweg vom Sommerfelder Weg bis zur Windmühlstraße durchzuführen; die Kosten betragen rund 3400 Mark. Einstimmig bewilligten die Stadtverordneten die Mittel. — Die städtischen Arbeiter hatten sich mit einem Gesuch wegen Gewährung von Lohnzulagen und Anschaffung von Schutzkleidung an die Stadt gewendet. Vom Rate wird vorgeschlagen, die zu Weihnachten gewährten Darlehen als Entgelt für nicht angeschaffte Schutzkleidung zu betrachten und den Sandgrubenarbeitern für die besonders schwere Arbeit 10 Prozent Leistungszulage zu gewähren. Die Stadtverordneten sind damit einverstanden. Unsere Fraktion beantragt außerdem, die Mittel für Schutzkleidung bereitzustellen und den Bauausschuß und Betriebsrat zu hören, ob Regenmäntel oder Jacken angeschafft werden sollen. Einstimmig wird unser Antrag zugestimmt. — Als Prüfer für die Stadtbankrechnung werden Hamann, Busch und Blumenhals gewählt. — Für die Anschaffung eines Leichentransportwagens wurden 400 Mark bewilligt. — In der nichtöffentlichen Sitzung genehmigte man den Verkauf von 2 Bauplänen vom Crabsfelder Mühlengut gegen die Stimmen der Kommunisten.

Deiß-Neudorf. Sparkassenverkehr. Bei der hiesigen Gemeindeparkasse wurden im Monat August in 804 Posten 122 608 Mark Einlagen bewirkt. Rückzahlungen erfolgten in 186 Posten 32 748 Mark. Neue Bücher wurden 85 ausgefertigt. Bestand des Einlegerguthabers am Monatsende: 2 022 313 Mark. — Ausgabe von Sperrmarken, Auszahlung von Aufwertungsbeiträgen an Bedürftige.

so Marxstadt. In der gutbesuchten Mitgliederversammlung der SPD gab Genosse Lipinski den Bericht vom internationalen Kongreß in Brüssel. Unter größter Aufmerksamkeit der Parteigenossen besprach er die Aufgaben, die ein beratender Kongreß zu

bewältigen hat. Die Abrüstungsfrage spielte eine wichtige Rolle, was auch in der Diskussion über die Panzerkreuzerangelegenheit hervorgehoben wurde. Hierzu stellte Genosse Georgi einen Antrag, welcher bejaht, sich den Beschlüssen der Funktionäre von Groß-Leipzig anzuschließen. Dieser Antrag fand einstimmige Annahme. — Die Kommunisten verjagten selbstverständlich, den Panzerkreuzer zu einer wüsten Hege auszunutzen, in der sie sich förmlich überschlugen. Allerdings ohne Erfolg! Unsere Mitglieder stehen treu zur Partei, was in dieser Versammlung deutlich zum Ausdruck kam.

Meerseburg. Raubüberfall. Als sich bei einer hiesigen Familie, deren Ernährer zur Zeit im Krankenhaus liegt, die Gäste, die an der Kindtaufe teilgenommen hatten, gegen 2 Uhr entfernt hatten, Kopfste laum eine Viertelstunde später irgend jemand an die Fensterscheiben. Als die Hausfrau daraufhin die Tür öffnete in der Annahme, einer der Gäste habe etwas vergessen, drangen zwei Männer mit vorgehaltenen Revolvern ein und erzwangen die Herausgabe von etwa hundert Mark Bargeld. Da die Frau nicht um Hilfe zu rufen wagte, bemerkte niemand in der Nachbarschaft den Überfall. Die dann alarmierte Kriminalpolizei konnte bisher keine Spur von den Tätern entdecken.

Deißsch. Neubau eines Krankenhauses. Auf der Tagesordnung der letzten Stadtverordnetenversammlung stand vor allem das Projekt eines Krankenhaus-Neubaus. Die Gesamtkosten werden auf eine Million Mark veranschlagt, von der laut Mitteilung des Vorstehers bereits 700 000 Mark durch Anleihen sichergestellt sind. Der Kreis gebet sich an den Kosten zu beteiligen, falls ihm die Mitbenutzung des Krankenhauses zugestanden wird; das Kollegium stimmte dem zu. Angelegt ist vorläufig noch die Platzfrage.

Leipziger Rundfunkprogramm

Donnerstag, den 6. September.

- 10,20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms.
- 10,25 Uhr: Was die Zeitung bringt.
- 11,45 Uhr: Wetterbericht und -vorausgabe (Deutsch und Esperanto) und Wasserstandsmeldungen.
- 12,00 Uhr: Mittagsmusik.
- 12,55 Uhr: Neuerer Zeitgeschehen.
- 13,15 Uhr: Presse- und Börsenbericht.
- 15,00 Uhr: Konzert aus der Jahreschau, Dresden. Dresdner Rundfunkkapelle: Gustav Agunze.
- 16,30 Uhr: Konzert. Leipziger Rundfunkorchester: Wilhelm Reith.
- 18,05 Uhr: Nachschunt.
- 18,20 Uhr: Steuerundfunk.
- 18,30—18,55 Uhr: G. van Esjeren, C. M. Alfieri: Spanisch für Fortgeschrittene. (Deutsche Welle, Berlin.)
- 19,00 Uhr: Dr. W. Kammer, Leipzig: „Spaziergänge mit einem Naturforscher.“ III.
- 19,30 Uhr: Fred. Bühlend, Leipzig: „Eine Mittelmeerreise nach Spanien, Portugal und Ägypten.“
- 20,00 Uhr: Wettervorausgabe und Zeitangabe.
- 20,15 Uhr: Seltene gehörte Orchesterwerke Schuberts. Leipziger Sinfonie-Orchester: Alfred Gendrei. Solist: Max Krämer (Violine). 1. Ouvertüre zur Gefangenschaft „Die Zwillingenbrüder“. 2. Ronde für Violine und Streichorchester. 4. Konzert für Violine und Orchester (D-Dur), Max Krämer. 5. Dritte Sinfonie (D-Dur): I. Adagio maestoso. — Allegro con brio. — II. Allegretto. — III. Menuetto. — Vinace. — IV. Presto vivace.
- 21,45 Uhr: Tolstoi-Briefe. Vortrag: Paul Brina, Leipzig.
- 22,15 Uhr: Funtpromer.
- 22,20 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.
- 22,30 Uhr: Funtpille.

Berufungskalender

Mittwoch, den 5. September.

- Bauhilfsarbeiter, Volkshaus, 19 Uhr.
- Donnerstag, den 6. September.
- Bund sog. Freidenker, Ortsgruppe Lindenau-Blagwitz-Schleußig, Felsenkeller, 19,30 Uhr.

Volkshaus Leipzig

Spezialgerichte. Heute. Gefüllte Kalbsbrust mit Gemüse 1 00 Schlachtkost — Moros: Kirschkaffee mit Fruchtensaft 50 Pf. Gebäckene Kalbsfüße mit Remoulade und Kartoffelsalat 85 Pf. Hammelfleisch mit Weißkohl 85 Pf.

KLEINER ANZEIGER

Stellenangebote

Für sofort werden gesucht:

Eine größere Anzahl Haus- und Küchenmädchen für Gastwirtschaften, sowie mehrere Mamsellen für kalte und warme Küche, bis zu 35 Jahren.

Mit Wohnungsmeldschein und Arbeitszeugnissen von 8—15 Uhr, zu melden beim Arbeitsamt Leipzig

Fachabteilung für das Gastwirts-gewerbe, Wächterstraße 26, Hof III.

Geschulte Weizer, Polierer für Möbelschäft gesucht. Angebote sind persönlich einzureichen. M. Rath & Co. GmbH, Kurprinzstr. 5

Lehrmädchen für Möbel- und Textilgeschäft gesucht. Angebote unter S 32 an die Exped. d. Blattes, Tauchaer Straße 19/21.

Stellenangebote beschreiben ihre Wirkung nicht in der LeipzigerWirtschaft

Perfekte zuverlässige Lumpensortiererinnen

für sofort gesucht Dammenhayn, Vo., Kirchstr. 8.

Bekanntmachung

15000 Mk. Belohnung

für die Sieger im Werbekampf für Köhre's Patent-Edelpapier-Zigaretten

D. R. P.

Edel-Köhre — die neue 5-Pfg.-Zigarette ohne Papiergeruch

Bedingungen erhalten Sie in allen Tabakwarenhandlungen oder bei der Alleinherstellerin der Köhre's Edelpapier-Zigaretten: Florida, Leipzig W. 33

Geübte Zellstreicherinnen und -Spitzerinnen sucht für sofort

A. Herzog, Leipzig-Li., Angerst. 26

Hausmädchen, welches zu Hause schläft, sofort gesucht.

„Erholung.“ W 32, Wiganstr. 45. Dasselbst wird longer Mann als Kette - Volontär nebenberuflich gesucht.

Stinderl. Alleinmädchen für besseren Haushalt in Dauerstellung gesucht Rosner, Königs-Johann-Straße 4, I.

Verkäufe

Einfamilienhaus

Parzelleort Ballenstedt neu, einger., bestens erhalten, unterkellert, 6 St., m. reichl. Nebengelass, Stall u. hob. Obstgarten, fortzuzug. für 15 000 Mark bei 8000 Mark Anzahlung zu verkaufen Arch. Kössowitz, Ballenstedt.

Bon herrschaftl. wertig gezeigene Herr. Garberobe bill. zu vert. Willems, Borsingstr. 12, p. Ein- u. Verkaufsgesell.

Möbel vom Fachmann komplette Küchen v 180.- an, 5000.- an, 68.- an, Betten v 30.- an, Nachhülle v 21.- an, Nachhülle v 38.- an, Stühle v 60.- an, Küchen, Teils kein Boden, Einl. d. i. reichl. lobnt. Möbels. 5 Wajnsstr. 11. 310. Dieskaustraße 38 Tel 490114

Auf Kredit Schränke mit 5 M. Anzahlung Möbel, Waren-Kredithaus Hans Hoffmann, Hainstraße 10, I.

Sämtliche Restaurations-Bureau- und Garten-Möbel für Gewerkschaften, Volkshäuser und Turnhelme liefert Wilh. Hertlein Leipzig Gottschedstraße 19

Inlerate sind an bedition zu senden

Auf Kredit Schloßstimmer Küchen un 5 Wash Abhängig Scherbel Markt 2 (Rathausseite)

Diverses

Alithe Sanitätsstaus modern, hyg. kosmet. Artikel! M. Thees. Leipzig 33, Henriettenstraße 4, Auswärtsversand. Tel. 41882

Schreppaturen werb. sauber, preiswert, unt. Garantie ausgef. Glas v. 25 Pf an, Zeiger 25 Pf, 24-Stundenzeit 30 Pf, Feder etmet. v. 1.75 Pf an, Ferdinandsfeder, Spezialität, Loren-reparat., Comeniusstraße 36, Ede Nobel

Frack - Dachs besteht alle Geschäftsangehainstr. 6

Leipziger Lehrinstitut, Gesellschafts-Anzüge Bolau 3 Ecke Zeitzer Straße 3 Albertstraße 29a

Wo ruft die Pflicht?

Funktionäre.

Nordbezirk. Donnerstag, 6. September, 20 Uhr, im Midau-Ausgang: Bildungsprogramm und Berichte.

Westbezirk und Neuherrn Westen. Donnerstag, den 6. September, 20 Uhr, wichtige Sitzung im Schloß Lindenfels, Eingang Sendestraße. Erscheinen ist Pflicht.

Frauen.

Lindenthal. Donnerstag, 6. September, 20 Uhr, im Ratskeller Vortrag des Genossen Dr. Solowitsch über Gesundheitspflege der Frau.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Engelsdorf. Heute Mittwoch, 18 Uhr, im Heim Fahrt-Besprechung. Kommt alle.

Südosten. Alle Kinder in Mädhern sind guter Laune und ohne Heimweh. Wir kommen Sonnabend 16,30 Uhr im Hauptbahnhof an.

Wählig. Herden Hans und Paul, Sonntag Heidefahrt. Anmeldung heute Mittwoch auf der Wiese oder Donnerstag bei Paul, 1,50 Mark sind sogleich zu bezahlen.

Sozialistische Arbeiter-Jugend.

Die Kassierer der Gruppen Böhlitz-Chrenberg, Großschlocher, Plebertowitz, Köpzig, Markranstädt, Modau, Neustadt-Neuschönefeld, Osten I, Osten II, Paunzendorf, Quasnik, Stahmeln, Stüni, Taucha, Thonberg und Garnitz schicken ihre Bestellkarten bis Freitag ins Sekretariat. Ab Freitag können die Gruppen die Spielgeräte im Sekretariat abholen.

Liederchor. Am Sonnabend, dem 8. September, singen wir bei den Baukumpfern im Volkshaus. Jeder hat pünktlich um 20,15 Uhr im großen Saal zu erscheinen. Kontrollkarten mitbringen.

Sprechchor.

Wir finden uns heute abend bereits um 19 Uhr zur Gymnastik ein. — Alle Teilnehmer für Crimmitschau müssen heute unbedingt einmal kommen.

Schule.

Sämtliche Elternräte der 1., 2., 4., 5., 9., 10., 32., 40. und 41. Volksschule wichtige Sitzung heute Mittwoch im Volkshaus, 20 Uhr.

Mitglieder-Veranstaltungen

Mülmarsdorf. Sonnabend, 8. September, 20 Uhr, in Stiefels Restaurant.

es bei dem Ueberfall auf die Schwester auf dem Korridor der Wohnung dunkel war. Das Grundstück, der Hof und die anschließenden Gärten sind von dem herbeigerufenen Ueberfallkommando leider erfolglos nach dem Täter abgefragt worden. Alle Wahrnehmungen, die zu seiner Ermittlung dienlich sein können, wolle man schnellstens an das Kriminalamt oder die nächste Polizeidienststelle mitteilen.

Anfälle in Leipzig

Ein Kind verunglückt. Gestern abend gegen 20 Uhr lief in der Laubestraße in Schönefeld ein fünfjähriger Knabe in ein Auto. Er wurde umgerissen und erhielt im Gesicht Verletzungen, die seine Ueberführung zu einem Arzt notwendig machten.

Zimmer wieder der alte Unfall! Beim Anhängen an ein fahrendes Auto kam am Montag in der 15. Stunde in der Kreuznitzer Straße der 13jährige Realgymnasiast Eberhard Mittenzwei so schwer zu Fall, daß er im bewußtlosen Zustand nach seiner elterlichen Wohnung und von da nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte. Der Junge hatte sich bei dem Sturz einen Schädelbruch zugezogen.

Die Straßenbahn angefahren. Am Dienstagabend gegen 21 Uhr wurde die 42jährige Kontoristin Elsa S. am Augustusplatz beim Ueberfahren der Straßenbahnsteife von der Straßenbahn der Linie 6 angefahren. Sie wurde mit dem Sanitätsauto nach dem Krankenhaus St. Jakob gebracht, wo man eine Verletzung des linken Knies feststellte.

Untersehenelbruch. In der verlängerten Holzhauser Straße in Stöltzrich stießen gestern nachmittag in der 16. Stunde ein Lastkraftwagen und ein Motorradfahrer zusammen. Der Motorradfahrer erlitt einen Untersehenelbruch und mußte nach dem Krankenhaus St. Jakob gebracht werden.

Medepflicht zur Arbeitslosenversicherung. Der Vorsitzende des öffentlichen Arbeitsnachweises für Leipzig und Umgebung, die Allgemeine Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig und die Allgemeine Ortskrankenkasse Leipzig-Land erlassen in der vorliegenden Nummer eine Bekanntmachung über die Medepflicht zur Arbeitslosenversicherung solcher Angestellten, welche ab 1. September 1928 wegen Erhöhung der Versicherungsgrenze erneut der Angestelltenversicherung unterstellt werden.

Nach Helgoland. Der Sonderzug nach Bremen-Helgoland-Nordern verkehrt bestimmt. Abfahrt am Sonnabend, dem 8. September, 22,45 Uhr auf Bahnsteig 10, ab Schkeuditz 23,09 Uhr. Fahrkarten sowie Zusatzkarten und Gurtscheine sind noch zu haben an den Schaltern 2 und 3 des Hauptbahnhofes und in Schkeuditz.

Elternabend. 33. Volksschule: Mittwoch, den 5. September, 20 Uhr, in der Schulturnhalle. Lichtbildervorträge: 1. Ueber Berufsberatung, Herr Berufsberater Hesse. 2. „Durch Borarberg und Trol“ Herr Burkhard-Rode. — 42. Volksschule, Leipzig-Lindenau, Freieisenstraße 8, Mittwoch, den 5. September, 19,30 Uhr, im Schulsaal, spricht Herr Lehrer Grimmer über das Thema „Von Strafe und Belohnung daheim und in der Schule“. Alle Eltern und Erzieher sind eingeladen.

Elternabend der Sozialistischen Arbeiterjugend, Osten II. Die sozialistische Arbeiterjugend will den Eltern vom Dortmundertag, Sonntag, sowie der ihm angeschlossenen Wanderung: Trier, Mosel und Rhein berichten. Lichtbilder werden die Ausführungen aufs eindrucksvollste veranschaulichen. Der Elternabend findet Freitag, den 7. d. M., in der Schulaula, Heinrichstraße, pünktlich 19 Uhr statt. Seid herzlich willkommen!

Wegen Straßenbauarbeiten müssen vom Donnerstag, dem 6. d. M., an die Wagen der Autobuslinie 25 in beiden Richtungen über Eisenstraße—Mollstraße—Kochstraße verkehren.

Ein 10jähriger Knabe vermißt. Am 30. August gegen 7 Uhr hat sich der 10jährige Schüler Karl Dorn aus der Wohnung seiner Mutter in Leipzig-Gohlis, Breitenfelder Straße, entfernt, um in die Schule zu gehen. Bei sich hatte er eine Mark Eggold, die er vermutlich vernachlässigt hat, weshalb er sich aus Furcht vor Strafe nicht nach Hause getraut. Er ist etwa 1,20 Meter groß, schwächlich, schlank, klein, hat dichtes, dunkelblondes Haar, blaue Augen und trägt schwarzes Jackett mit weißen Streifen, graue Knabenhose, graue Badenstrümpfe, schwarze Schuhschuhe, weißes, lilagestreiftes Sporthemd. Bei sich führte er eine braune Aktentasche. Er ist schon mehrere Male vermißt gewesen.

Kentner, Füllorgelpflüger, Erwerbslose, Kurzarbeiter, Kriegsbeschädigte. Ausgabe von frischem Rindfleisch, gute Qualität, Freitag, am 7. September, von 8—15 Uhr, und Sonnabend, am 8. September, von 8—14 Uhr, im städtischen Schlachthof. Einheitspreis des Pfund 85 Pfg. Die Ausgabe erfolgt nur gegen Ausweis.

Fleischverkauf an den Freibänken. Morgen, Donnerstag, den 6. September, an beiden Freibänken freier Verkauf.

Sächsische Angelegenheiten

Bedaauerliche Lockerung der Berufsschulpflicht

Bisher bestand durch Verordnung der Grundfah, daß Jugendliche nicht-sächsischer Staatsangehörigkeit, solange sie sich in Sachsen aufhalten, nach Landesrecht zum Besuch der Berufsschule verpflichtet sind. Daraus will jetzt das Ministerium, zunächst versuchsweise, für das laufende Schuljahr, folgende Ausnahme zulassen:

Im berufsschulpflichtigen Alter stehende Jugendliche nicht-sächsischer Staatsangehörigkeit, die ihren regelmäßigen Aufenthaltsort außerhalb Sachsens haben und durch Vermittlung eines sächsischen Arbeitsamts für vorübergehende Zeit als landwirtschaftliche Arbeiter an einem Orte innerhalb Sachsens Beschäftigung finden, sind vom Besuche der Berufsschule befreit, 1. wenn an ihrem letzten Aufenthaltsort außerhalb Sachsens überhaupt keine Verpflichtung zum Besuche einer Berufsschule bestand und dies durch eine behördliche Bescheinigung nachgewiesen wird; 2. wenn durch eine Bescheinigung des Arbeitsamtes nachgewiesen wird, daß die Beschäftigung laut abgeschlossenen Vertrags nicht länger als bis zur Beendigung der Herbsterntearbeiten und längstens bis 16. November dauert.

Wir müssen diese Verfügung lebhaft bedauern. Natürlich bevorzugen die Landwirte Arbeiter, die nicht die Schule besuchen müssen; so kann leicht der nächste Schritt eine Lockerung der Berufsschulpflicht auch für sächsische Staatsangehörige sein, um sie gegenüber den außer-sächsischen Konkurrenzländern zu erhalten. Aber auch wenn es nicht dahin kommt, verurteilen wir dieses Entgegenkommen an die Landwirte, die nur auf Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskräfte bedacht sind und geistige Schulung und Ausbildung für überflüssigen Luxus halten. Es gab mal eine Zeit, in der Sachsen stolz darauf sein konnte, in Bildungsfragen in ganz Deutschland an der Spitze zu marschieren: long, long ago — das ist nun alles nicht mehr so!

Schulreformertagung in Dresden

Der unter Professor Paul Deitreichs Führung stehende Bund entschiedener Schulreformer hält vom 20. September bis 2. Oktober 1928 seine Herbsttagung, und zwar diesmal in Dresden. Die am 20. September vorgesehene öffentliche Rundgebung unter dem Leitgedanken „Der Beruf — Qual oder Segen?“ verdient deshalb Interesse, weil Männer aus dem wertvollen Berufsleben als Redner auftreten. Die Haupttagung am 30. September und 1. Oktober ist gefüllt mit Vorträgen von Dozent Dr. Schilling (Düsseldorf) über Wirtschaft und Kultur, Professor Dr. Honigshelm (Köln) über Beruf und Gesellschaft, Studienrätin Eise Sander (Dresden) und Berufsschuloberlehrer Ohwald (Dresden) über Jugend und Beruf, Direktor Weitsch (Volkshochschule Dreißigacker) über die berufliche Lage des heutigen Menschen und die Schule, Oberlehrer Thomaes (Hamburg) über Schule und Berufsschulbildung, Bezirksratsrat Wiesweg (Lößau) über Elternhaus und Berufswahl, Professor Deitreich (Berlin) über Verantwortung und Entscheidung. Der 1. Oktober wird beschloffen mit einer Abendfeier, zu der nach einem einleitenden Vortrag des Volkshochschulleiters Dr. Wodkauer (Dresden) künstlerische Darbietungen von der Tanzgruppe, der Singgruppe und dem Sprechchor der Volkshochschule geboten werden. Nach diesem Tagungsplan darf erwartet werden, daß die Veranstaltung das Interesse vieler Volkstretze finden wird. Das Programm kann von Lehrer Quetzer in Lauscha bei Dresden bezogen werden.

Die Dresdner Tagung der Privatangestellten

Wie wir bereits kurz gemeldet haben, findet vom 15. bis 18. September in Dresden ein internationaler Kongreß des Internationalen Bundes der Privatangestellten statt. Diese Tagung wird durch eine Reihe bedeutender Referate ein besonderes Gewicht erhalten. So spricht u. a. Ingenieur Schweizer, Berlin, über „Rationalisierung und Angestellte“, G. J. A. Smit, Amsterdam, behandelt den Internationalen Gewerkschaftsbund und die Angestellten, Abgeordneter Klein, Prag, spricht über „Die Organisation der Jugendlichen“. Besonderes Interesse dürfte auch die Diskussion über „Pflichten und Rechte der angeschlossenen Verbände bei Streiks“ finden. Neben diesem Kongreß finden besondere Konferenzen der Fachgruppen der Techniker und Werkmeister, sowie der Bankangestellten statt. Hier ist ein Referat des Wiener Nationalrates H. Seidel, des Obmannes des Bundes der Industrieangestellten Oesterreichs, über den Schutz des Angestellten. Erwähnenswert sind besonders zu erwähnen. Bei den Bankangestellten spricht Nationalrat H. Wlma, Wien, der Generalsekretär des Reichsvereins der Bank- und Sparkassenbeamten Oesterreichs, über „Die Alters- und Invaliditätsversicherung der Bankangestellten“.

Der Internationale Bund der Privatangestellten, dessen erster Vorsitzender Genosse Urban, Berlin, ist, vertritt über 700 000 Mitglieder, darunter über 150 000 weibliche Angestellte, die 47 Verbänden in 19 verschiedenen Ländern angehören. Aus Deutschland sind angeschlossene der Zentralverband der Angestellten, der Bund der technischen Angestellten und Beamten, der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten, der Deutsche Beamtenverband, sowie der Postler, Wert- und Schachmeister-Bund für das Baugewerbe Deutschlands. Der letzte internationale Kongreß fand im September 1925 in Kopenhagen statt. Die diesjährige Dresdner Tagung dürfte das Interesse weitaus vieler Kreise der Öffentlichkeit, insbesondere der gesamten Gewerkschaftsbewegung finden.

Das nennt sich sächsische Justizverwaltungreform

Folgende offizielle Meldung verkündet heute der staunenden Welt, was sich alles im Schoße unserer sächsischen Regierung ereignet:

„Um den Geschäftsbetrieb in der Justizverwaltung zu vereinfachen und zu beschleunigen, ist vor mehreren Monaten unter Vorherrschaft des Justizministers eine aus juristischen und Bureaubeamten bestehende Kommission gebildet worden, die Reformvorschlüge zu machen hat. Die Vorarbeiten dieser Kommission sind jetzt soweit gediehen, daß mit der praktischen Ausprobung der Reformvorschlüge begonnen werden kann. Daher werden bei den Justizbehörden in Dresden (für die Bezirke der Landgerichte Dresden, Bautzen, Freiberg) und Leipzig (für die Bezirke der Landgerichte Leipzig, Chemnitz, Plauen und Zwickau) mit dem 1. September 1928 nach näheren Anweisungen des Justizministeriums Versuchsabteilungen errichtet, deren Vorstand je ein Kommissionsmitglied ist. Die näheren Befehle der Kommission sind durch eine Verordnung des Justizministeriums vom 22. August festgelegt.“

Statt die Verwaltung von Grund auf umzustellen und von allem überflüssigen Kram zu säubern, sollen ein paar Kommissionen ein paar Reformen ausprobieren. So versteht das sächsische Justizministerium die Verwaltungsreform!

Eine neue sächsische Jugendherberge

Im Orte Panschwitz bei Kamenz ist eine neue Jugendherberge, St. Marienstern, vom Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Kamenz errichtet worden. Das landschaftlich sehr schön gelegene Heim, in dessen Umgebung zahlreiche interessante Denkmäler aus der Weidenzeit zu finden sind, enthält 2 Tagesräume, ein Lesezimmer, vier Schlafräume mit zusammen 64 Betten, zwei Führerzimmer, zwei Wäschräume, einen Brause- und Baderaum, einen Tummelplatz von 1500 Quadratmetern, dessen Vergrößerung noch geplant ist. Ein Nebelager gibt weiteren 50 Personen Unterkunft. Die Jugendherberge ist nicht zuletzt auch für Schulfestungen gedacht, denen durch den großen Tagesraum Gelegenheit für Mahlzeiten, Besprechungen, Spiele und andere Unterhaltungen geboten ist. Die feierliche Einweihung der Jugendherberge findet am Sonntag, dem 16. September, vormittags statt.

Motorradfahrerlos

Auf der Staatsstraße von Dederan nach Freiberg stieß ein Motorradfahrer aus Dederan mit einem anderen Motorrad aus Schliesen zusammen, auf beiden Rädern waren die Soziusflügel befestigt. Bei dem Zusammenstoß wurden drei der Radfahrer schwer verletzt, einer ist seinen Verletzungen erlegen.

In Ebersbach stürzte ein Motorrad infolge eines Reifenschadens. Die Frau des Motorradfahrers, die auf dem Soziusflügel saß, fand dabei den Tod.

Kampf den rücksichtslosen Motorradfahrern! Der Stadtrat von Marienberg richtet an die Einwohnerschaft die Bitte, ihm bei der Bekämpfung der rücksichtslosen Motorradfahrer durch Anzeige unter Angabe der Nummer und Kennzeichen beizustehen.

Die Kontrolle der Fahrgeschwindigkeit von Kraftwagen und Motorrädern hatte in Dresden bei 60 Kontrollen 90 Ungelegenheiten zur Folge gehabt. Nach Mitteilungen des Volkspolizeipräsidenten wird erwogen, wenn weiterhin die Störungen der Allgemeinheit durch Geräuschbelästigungen durch rücksichtslose Motorradfahrer nicht unterbleiben, jedes Kraftrad, dessen Beschaffenheit unzulässig ist, sofort zu beschlagnahmen und außer Betrieb zu setzen. Die Kontrollen werden unter diesem Wechsel der Straßen und Plätze fortgesetzt.

Dresden. Straßenbahndurchgangswagen. Vom 1. September ab ist in Dresden verkehrswelt ein Straßenbahndurchgangswagen eingestellt worden, der 23 Meter lang ist und 117 Personen faßt. Die Ein- und Ausgänge bei diesen Durchgangswagen liegen am Anfang und Ende des Zuges und in der Mitte liegen; die Ein- bzw. Ausgänge in der Mitte werden besonders groß gestaltet sein. Ein Rangieren wird sich bei den Durchgangswagen in den meisten Fällen erübrigen, da sie mit ihren zwei Stromabnehmern sowohl vor- als auch rückwärts fahren können.

Bad Schandau. Ein Auto in die Kirnitzsch gestürzt. Am Dienstag fuhr in der Sächsischen Schweiz aus bisher noch nicht geklärt Ursache ein Autobus der Kraftverkehrsgesellschaft Freistaat Sachsen auf der Linie von Bad Schandau nach Hinterhermsdorf gegen eine Mauer, durchbrach sie und stürzte ungefähr acht Meter tief in den Kirnitzschbach. Der Wagen war mit drei Personen besetzt, die, soweit bisher festgestellt, sämtlich nur leichte Verletzungen davongetragen haben. Der Kraftwagenführer wurde dem Schandauer Krankenhaus zugeführt.

Bautzen. Liebestragödie eines Siebzehnjährigen. In einer hiesigen Handelsgärtnerei erhängte sich ein 17 Jahre alter Gärtnergehilfe wegen Liebeskummer.

Waldheim. Die Flucht des Zuchthäuslers. Aus dem Zuchthaus Waldheim folgte der Stuhlbauer Bischof nach dem Amtsgericht Köchlich gebracht werden. Unterwegs gelang es dem Zuchthäusler, dem ihn begleitenden Aufseher zu entfliehen, ohne daß es bisher gelungen wäre, eine Spur des Flüchtigen zu finden.

Döbeln. Todessturz eines Kranken. Ein 19 Jahre alter Mann stürzte bei einem Krampfanfall in der Wohnung seiner Eltern aus dem zweiten Stock in den Hof, wobei er einen schweren Schädelbruch erlitt, der seinen sofortigen Tod zur Folge hatte.

Grimma. Wenn einer seine eigene Uhr kaufen soll. Kürzlich wurde einem Landwirt aus der Wette, die er bei der Arbeit am Feldbrande niedergefallen hatte, die Uhr gestohlen. Eine Woche später wurde dem Gestohlenen von einem Fremden eine Uhr zum Kauf angeboten, die der Landwirt als seine gestohlene Uhr erkannte und sofort einsteckte, während der Fremde der Polizei übergeben wurde.

Steuerkalender für September 1928

Auszahlen!		Aufbewahren!	
Seite	Steuerart	Städt. Steuerstellen	Kommerkungen
1.	Landwirtschafts- ammerbeiträge	Städt. Steuerstellen	Befehle werden ausgeföhrt; Zahlungstermin 21. 9. 1928, zugleich Einreichung der Bescheinigung über die Steuerabgabe für August 1928
2.	Steuerabgabe vom Arbeitslohn	Finanzamt	von den Arbeitgebern abzugeben; solange das Geld noch nicht abgerechnet oder seine Zahlungsdienlichkeit festgestellt ist, line weitere 5 v H des Abzugsbetrages f. einen Monat zu entrichten
3.	Kubierungssteuer (Wirtschaftsteuer)	Städt. Steuerstellen	für die städtische Abgabebereitschaft, wenn nicht anders vereinbart
4.	Vergütungssteuer für ständige Veran- staltungen	Steuerbehörde 4, Ronnen- mühlstraße 20, Zimmer 64	Einreichung der Anmeldung für August 1928, dem Steuer- schuldner, die zum Über- nahmeübernehmen zugelassen sind
5.	Wohnungsteuer	Finanzamt Leipzig-Mitte Zimmer 34	Vorauszahlung für Juli/ September 1928, 1/2 des Jahresbetrages für 1927.
6.	Gehaltssteuer	Städt. Steuerstellen	für gewerkschaftlichen Ver- traut, Vertragspersonen haben unterbreitung bezogenes Wier innerhalb drei Tagen nach Empfang zu besteuern
7.	Biersteuer	Städt. Steueramt, Debestelle 1	Umlauf der Brief zur Ab- gabe der Steuererklärungen f. d. Herbstveranlagung 1928.
8.	Einkommensteuer, Ad- ministrativsteuer und Umsatzsteuer	Finanzamt	für die erste Septemberrück- zahlung nicht anders ver- einbart
9.	Vergütungssteuer für ständige Veran- staltungen	Steuerbehörde 4, Ronnen- mühlstraße 20, Zimmer 64	für die erste Septemberrück- zahlung nicht anders ver- einbart
10.	Steuerabgabe vom Arbeitslohn	Finanzamt	für Rückzahlungen in der Zeit vom 1.—15. Sept. 1928, weil unter 24. 8. 1928 brauchen erst am 5. Oktober 1928 abgeführt zu werden

Bei nicht rechtzeitiger Zahlung sind von der Pälligkeit an Verzugszinsen von 10 Prozent jährlich zu zahlen.

Die Leipziger Finanzstellen sind Sonnabend für den Verkehr mit dem Publikum geschlossen.

Vollstred, Kont- und Fernsprechverbindungen des Stadtsteueramtes und des Finanzamtes.
Stadsteueramt Leipzig: Schöffentor Nr. 100 bei der Stadtbank Leipzig, Postkonten Nr. 6718, Schöffentor bei der Allgemeinen Deutschen Kreditbank, Girokonto bei der Reichsbank, Bernspr. Nr. 7018 (die Fernspr.-Anschlüsse der Vorortgeschäftsstellen siehe amt. Fernspr.-Buch.)
Finanzamt Leipzig-Mitte: Volkshochschule Nr. 10183, Girokonto Leipzig Nr. 6103, Bernspr. Nr. 7261.
Finanzamt Leipzig-Öst: Volkshochschule Nr. 6004, Girokonto Leipzig Nr. 6108, Bernspr. Nr. 6431.
Finanzamt Leipzig-Öst: Volkshochschule Nr. 6708, Girokonto Leipzig Nr. 6103, Bernspr. Nr. 7261.
Finanzamt Leipzig-West: Volkshochschule Nr. 6708, Girokonto Leipzig Nr. 6103, Bernspr. Nr. 7261.
Finanzamt Leipzig-Nord: Volkshochschule Nr. 60251, Girokonto Leipzig-Gohlis Nr. 15220, Bernspr. Nr. 60227, 61189 und 61836.
Finanzamt Leipzig, Richterstädte: Volkshochschule Nr. 62101, Girokonto Leipzig Nr. 6103, Bernspr. Nr. 6431.
Sämtliche Finanzämter haben außerdem Reichsbankkonten.

Annahmestellen für alle Reichssteuer für die Steuerpflichtigen der Finanzämterbesten in Leipzig sind auch

a) die Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt mit ihren sämtlichen Zweigstellen im Stadtbezirk,
b) die Sächsische Staatsbank.

Die Annahme von Steuerabgaben vom Arbeitslohn ist bei diesen Annahmestellen auf Einzahlungen bis zu je 500.— 9128. beschränkt.

Alten mager ist hübsch. Ueppige Körperformen, volle Blüten werden erreicht durch Govarol-Pillen. Allein 17 König-Salomo-Apothek Postversand, Grimalische Straße

Spiele, Sport, Körperpflege

Länderwettkampf Finnland-Lettland

Der leichtathletische Länderwettkampf Finnland-Lettland wurde am 23. August in Riga von Genossen Bruno Kalinin, Riga, mit einer Begrüßungsrede eröffnet. Genosse Kalinin begrüßte die finnischen Genossen im Namen des lettischen Bundes als die besten Arbeiterleichtathleten der Welt. Ihm antwortete im Namen des TUV Finnlands Genosse Koivula, der betonte, daß die Finnländer besondere Freude haben, ihren ersten offiziellen Länderwettkampf gerade mit den ihnen am nächsten stehenden lettischen Arbeiterportlern ausführen zu können. Nun erteilte die Internationale und nachher begannen die Kämpfe. Im Länderwettkampf selbst siegte Finnland mit 128 Punkten, Lettland 81. Taffinen (Finnland) warf den Speer 42,83 Meter (neuer TUV = Finnischer Arbeiter-Sportbund) und SWSZ (Sozialistische Arbeiter-Sport-Internationale) Rekord. Die besten Resultate sind: 100-Meter-Lauf: 1. Etholen (Finnland) 11,2 Sek., 2. Wall (Finnland), 3. Robegniek (Lettland); 100-Meter-Lauf, Frauen: 1. Granat (Finnland) 13,4 Sek., 2. Säskeläinen (Finnl.), 3. Wasak (Lettl.); 110-Meter-Hürdenlauf: 1. Wall (Finnl.) 16,4 Sek., 2. Saianen (Finnl.); 3. Puze (L.); Distanzwerfen: 1. Sukatniel (Lettl.) 41,03 Meter, 2. Robegniek (Lettl.) 40,01 Meter, 3. Wall (Finnl.) 39,27 Meter; 1500 Meter: 1. Halen (Finnl.) 4 Min. 0,8 Sek., 2. Britanen 4 Min. 0,8 Sek., 3. Baitin (Lettl.) 4 Min. 22,8 Sek.; 1000 Meter: 1. Franzen (Finnl.) 14,15 Meter, 2. Taffinen (Finnl.) 13,15 Meter, 3. Wall (Finnl.) 12,80 Meter; Weitsprung: 1. Taffinen 6,52 Meter, 2. Laine (Finnl.) 6,43 Meter, 3. Luuks (Lettl.) 6,30 Meter; 400 Meter: 1. Wall 52 Sek., 2. Numelin (Finnl.) 53,7 Sek., 3. Granse (Lettl.) 54 Sek.; Hochsprung: 1. Heinanen (Finnl.) 1,78 Meter, 2. Wall (Finnl.) 1,68 Meter, 3. Laine (Finnl.) 1,63 Meter; 4x100-Meter-Stafette: 1. Lettland (Stramme, Robegniek, Granse, Udelo) 43,3 Sek., 2. Finnland 45,4 Sek., 3. zweite lettische Mannschaft 48,6 Sek. Der Stand nach Punktzahl am Ende des ersten Tages für Finnland 85, für Lettland 49. Die weiteren Resultate am zweiten Tage: 200-Meter-Lauf: 1. Wall (Finnl.) 23,1 Sek., 2. Stramm (Lettl.) 23,9 Sek., 3. Granse (Lettl.); 800-Meter-Lauf: Numelin (Finnl.) 2 Min. 3,7 Sek., 2. Halen (Finnl.) 2 Min. 4 Sek., 3. Baitin (Lettl.) 2 Min. 5,1 Sek. (neue Höchstleistung); 5000-Meter-Lauf: 1. Britanen (Finnl.) 15 Min. 10,2 Sek., 2. Pamps (Lettl.) 17 Min. 7,8 Sek., 3. Strauß (Lettl.) 17 Min. 07,8 Sek.; Speerwerfen: 1. Taffinen (Finnl.) 62,93 Meter (neue finnische Höchstleistung), 2. Wall (Finnl.) 51,54 Meter, 3. Robegniek (Lettl.) 51,18 Meter; Stabhochsprung: 1. Kinnel (Finnl.) 3,50 Meter, 2. Laine (Finnl.) 3,40 Meter, 3. Puze (Lettl.) 3,15 Meter; 400x300x200x100-Meter-Stafette: 1. Finnland 2 Min. 05,8 Sek., 2. Lettland 2 Min. 06,5 Sek. Sportlerinnen: Weitsprung: Walat (Lettl.) 4,78 Meter, 2. Granat (Finnl.) 4,67 Meter, 3. Jäskeläinen (Finnl.) 4,56 Meter; Speerwerfen: 1. Jäskeläinen (Finnl.) 32,56 Meter, 2. Wasak (Lettl.) 25,70 Meter, 3. Hermann (Lettl.) 24,03 Meter. Punkte: Finnland 128; Lettland 81.

Der MWSB

(Verband Mitteldeutscher Ballspiel-Vereine)

unser Gegner, hielt am vergangenen Sonntag in Meissen seinen Verbandstag ab, der zu einem kläglichen Fiasko wurde. Nicht allein, daß die Verhandlungen einen so unfruchtbaren Verlauf

nahmen, daß die Presse sogar meint, das „Hornberger Schießen“ sei erfolgreicher gewesen, — der Verbandstag mußte sogar infolge Mangel der meisten Vertreter unvollendet geschlossen werden, da er nicht mehr beschlußfähig war. Ein Berichterstatter über diese Tagung beginnt seine Betrachtungen mit folgenden für uns interessanten Feststellungen:

Die Spalten preisen es schon seit Jahr und Tag von den Dächern, daß es in Mitteldeutschland allen amtlichen Beschönigungsversuchen und Lobredereien zum Trotz nicht so recht vorwärtsgehen will. Die sportliche Stärke des MWSB im Fußball wie in der Leichtathletik sieht hartnützig still, oder macht trotz Aufwendung erheblicher Mittel nur mikroskopisch erfahbare Fortschritte. Der Mitgliederbestand schwindet Jahr um Jahr dahin; in den letzten vier Jahren betrug der Verlust an erwachsenen Mitgliedern rund 10 000! Nur die Jünger der Jugendlichen Weisheit sind eine leichte Steigerung auf. Aber wie lange noch? Die Außenpolitik des MWSB-Vorsitzenden Häbde steht den Mitteldeutschen Verband im Rate des DFB nächstens isoliert dastehen. Und die Innenpolitik steht nach kaum zweijähriger Wirksamkeit der Säugungsdisziplin vor einer kostspieligen Ueberorganisation und Ueberbürokratisierung, die für alle vernünftigen Vereinsführer schlechterdings unerträglich ist. So liegen, nüchtern betrachtet, die Dinge — nicht anders!

Auch das Verbandsorgan des MWSB — die MSZ — kann nur Betrübnisses über diese Tagung berichten und gibt dem Bericht das bezeichnende Motto „Behüt' dich Gott, es wär' so schön gewesen“.

Uns bleibt in Anbetracht dieser schlimmen Zeichen des Verfalls der bürgerlichen Bewegung keine andere Pflicht, als immer wieder zu sagen:

Arbeiter im bürgerlichen Sportlager, erkenne, in welcher Gefahr du dich befindest! Heraus aus den bürgerlichen Vereinen. Werde Mitglied der Arbeiterportbewegung.

Wieder ein Kaufangebot

Waren da einige Genossen des 2. Bezirks, Leichtathleten, zum Sportfest in Kussig (Tschchoslowakei). Die Deutschen konnten es nicht unterlassen, auch diese Veranstaltung zu besuchen. Und siehe da, sie entdeckten in unserem Genossen Mittag, Langtreckenläufer, ein wertvolles Objekt für ihre Zwecke. Freisendend und mit allerhand Angeboten verführten sie, ihn für ihre Organisation zu gewinnen. Aber vergebens, Genosse M. belag Arbeiterportlergeist und winkte ab. Schwänchen eingeschoben mußten sie abziehen. — Möge es allen bürgerlichen Einläufern so ergehen.

Turner.

Alterstiegsenturnjahr. Der Sonderzug hält in Kieritzsch um 15,47 Uhr. Der Fahrpreis beträgt von Kieritzsch aus 3,40 Mark. Fahrkarten müssen bei dem Gen. Hendrich, Bundeshaus, entnommen werden. Die Bezirksturnsparte.

Uthleten.

Für das Jahr 1929 sind vier Sportlehrer in der Arbeiter-Turn- und Sporthütte in Leipzig vorgeschlagen. Entsprechende Gesuche an die Gemeinde- und Staatsbehörden dürfen nicht bis auf die letzten Wochen aufgeschoben werden. Die Lehrgänge umfassen die Sparte Boxen, Jiu-Jitsu, Schwertathletik und Leichtathletik. Jede Sparte hat einen Lehrgang von 8 Tagen für sich. Näheren Termin werden wir noch bekanntgeben.

Bilderbogen vom Amtsgericht

Ein Einbrecher

Der 30 Jahre alte Elektromonteur Otto Hejmann nahm nach Beendigung des Krieges Dienst bei der Reichswehr. Im Jahre 1927 wurde er wegen einer Straftat entlassen. Von nun an geriet er auf die schiefe Ebene. Innerhalb der letzten 6 Jahre wurde er siebenmal, darunter sogar mit Zuchthaus, bestraft. Zur Zeit ist er in Halle in Strafbau.

Nun hatte sich Hejmann bereits wieder vor dem Schöffengericht wegen schweren Einbruchs in zwei Fällen zu verantworten. Schließlich schloß sich in der Nacht vom 24. zum 25. August 1927 in die Villa des Geheimrats Dodel in der Karl-Ludwig-Straße. In den Wohnräumen im 2. Stock und im Erdgeschoß erbrach er verschiedene Behälter und stahl daraus Silberlachen, Schmuckgegenstände, einen Revolver, Zigarren und einen Anzug. Dabei war der Angeklagte so unvorsichtig, daß er an den polierten Möbeln seine Fingerabdrücke zurückließ. Auf Grund dieser Fingerabdrücke wurde der Angeklagte, der die Tat bestritt, dieses Einbruchs überführt.

Außerdem sollte der Angeklagte am 6. September 1927 aus dem Keller der Hülfschule am Johannisplatz zwei Fahrräder gestohlen haben. Auch diesen Einbruch bestritt H., obwohl Hejmann eines der gestohlenen Räder zwei Tage später in Werbau für 40 Mark veräußert hatte, konnte man ihm die Tat nicht nachweisen. Er wollte vielmehr das Rad von einem Mann, vor dem Arbeitsnachweis in der Seeburgstraße, für 45 Mark gekauft haben. Da er am nächsten Tag in Geldverlegenheit war, wollte er dieses Rad in Werbau für 40 Mark wieder verkaufen. Durch diese Ausrede kam er im Strafmaß aber schlechter weg, denn das Gericht erkannte in diesem Falle nicht auf Diebstahl, sondern auf Heherei.

Trotz der Schwere des Einbruchs erkannte das Gericht noch mildernde Umstände an und verurteilte Hejmann wegen dieser beiden Straftaten zu einer Gesamtstrafe von einem Jahr und neun Monaten Gefängnis, und drei Jahren Ehrenrechtsverlust.

Unterschlagung aus Not

Ein 41jähriger Krankenpfleger heftete seit Ende 1925 ehrenamtlich die Stelle eines Hilfsorgans. In dieser Eigenschaft unterschlug er in den Jahren 1926/27 die den Hilfsorganeberechtigten zustehenden Gelder in Höhe von mehreren hundert Mark und verwendete sie für sich. Die Zahlbogen fälschte er demgemäß. Außerdem unterschlug er noch die ihm anvertrauten Mündelgelder, sogar die Mündelgelder seiner Stiefkinder verbrauchte er für sich. Die Höhe der Unterschlagungen beläuft sich auf circa 500 Mark.

Vor dem Schöffengericht behauptete der Angeklagte, daß er sich in einer schweren wirtschaftlichen Notlage befunden habe. Er selbst sei zu dieser Zeit als Pfleger in der Nervenklinik mit einem Lohn von 35 Mark wöchentlich tätig gewesen. Seine Frau habe wegen eines Krebsleidens im Krankenhaus gelegen. Das habe ihm große Geldausgaben verursacht und er habe in seiner Not diese Unterschlagungen begangen.

Der Staatsanwalt führte aus, die Not des Angeklagten sei groß gewesen, aber auf der anderen Seite hätte es schließlich für ihn noch andere Mittel gegeben, als sich an dem Geld der Armen zu bereichern. Die Hilfsorganeempfänger hätten das Geld bitter entbehren müssen. Mit Rücksicht auf die lange Dauer der Unterschlagungen und des schändlichen Mißbrauchs seines Ehrenamtes beantragte er eine Gesamtstrafe von 2 Jahren Gefängnis.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen gewinnförmiger Privatunterschlagung und Unterschlagung zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, 3 Jahren Ehrenrechtsverlust und auf die Dauer von 5 Jahren wurde ihm die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter aberkannt.

FAMILIEN-NACHRICHTEN

Dank. Zurückgekehrt vom Grabe meiner lieben unvergesslichen Gattin, unserer guten Mutter, Frau

Milda Nietzsche

sagen wir für die vielen Beweise innigster Teilnahme allen Freunden, Bekannten, Hausbewohnern und dem Gartenverein „Stünzer Höhe“ unseren besten Dank. Besonders Dank dem Genossen Theo Mayer für seine trostreichen Worte am Grabe der teuren Entschlafenen. Dir aber, liebe Mutter, rufen wir ein „Ruhe sanft!“ in dein viel zu frühes Grab nach.

Sellerhausen, den 5. September 1928.

Die trauernden Hinterbliebenen
Otto Nietzsche nebst Kindern Ilse und Herbert.

Ein treues Mutterherz hat aufgehört zu schlagen! Allen Genossen, Freunden, Bekannten die traurige Nachricht, daß meine innigstgeliebte Gattin, unsere gute Mutter, Frau

Emma Jonack geb. Geisler

am Dienstag, dem 4. September, im Alter von 65 Jahren nach langem, schwerem Leiden sanft verschieden ist.

Leipzig-Wigawitz, den 5. September 1928
Ernst-Mey-Strasse 8.

Karl Jonack
zugleich im Namen aller Hinterbliebenen.
Die Einäscherung findet Freitag, 7. September, 1½ Uhr, auf dem Südfriedhof statt. — Blumenleiden werden dankend abgelehnt.



Die Umschau

muß jeder Gebildete kennen. Sie ist die bestillustrierte, wöchentliche, wissenschaftliche, technische, Probeheft 10 sendet kostenlos d. Verlag in Frankfurt a. Main, Niddastraße 81/83. Schreiben Sie noch heute eine Postkarte für 8 Pfennig

Mieterverein Markranstädt
Morgen Donnerstag, den 6. September
Mitglieder-Versammlung
Zahlreiches Erscheinen erwünscht. D. V.

Reichsbanner
Schwarz-Rot-Gold
Sau Leipzig Tel. 198 44
Geschäftsstelle:
Leipzig, Gellertstraße 11/12.

Radfahrer-Abteilung. Sehr wichtige Versammlung im Restaurant Harmonie, Rathhausstraße, Donnerstag, den 6. September, 20 Uhr. Erscheinen ist Pflicht.

Wer Verbindung mit der Arbeiterschaft in Leipzig und Umgegend sucht, muß in der Volkszeitung inserieren!

Dr. Dolega
Ohren-, Nasen-, Halsarzt
Kronprinzstraße 15, I.
von der Reise zurück.

Zurückgekehrt
Dr. Pohle
Facharzt für Lungenleiden
Zeiger Straße 7, I. — Telefon 334 81.
Sprechzeit: 10 bis 12; 4 bis 6 Uhr.

Zurück
Dr. Neckels
Spez. Arzt für Nieren-, Blasen-, Haut- u. Geschlechtskrankheiten.
Licht- u. Röntgenbehandlung
Peterssteinweg 10. 10-1, 4-7.

Weshalb „Alma, die Margarine für Alle“?

Weil nur beste, jeder Hausfrau längst bekannte Lebensmittel, nämlich feinste Speiseöle und Fette mit bester Milch verbuttert, bei der Herstellung Verwendung finden.

Weil dadurch leichte Verdaulichkeit, größter Nährwert, Wohlgeschmack, Haltbarkeit, Ergiebigkeit und allgemeine Verwendbarkeit zum Backen, Kochen, Braten und als Brotaufstrich gegeben sind.

Weil „Alma“, wie ihre Schwestermarke „Blauband“, in den modernst eingerichteten deutschen Fabriken auf Grund von 50 jährigen Erfahrungen peinlich sauber hergestellt wird und täglich frisch in den Handel gelangt.

Weil „Alma“ in jeder Beziehung teure Butter ersetzt und der wirtschaftlichen Hausfrau hilft, nahrhafte, kräftige und bekömmliche Speisen zu bereiten.

Versuchen Sie deshalb noch heute die neue Marke „Alma, die Margarine für Alle“! Der Preis ist äusserst niedrig.

Das Pfund kostet nur 85 Pfennig



Jenseits der Grenze

Von Franz Ernst Uroff.

Es ist Mittag. Die Luft zittert. Zwischen grauen Steinmauern lastet glühende Hitze. Ich wandere durch Basel. Schulkinder den jugendlichen Sonnenstrahlen ausgeleitet, schleiche ich durch die letzten Vorstadtstraßen. Warum soll ich mich beeilen? Warum in dieser brütenden Glut der Mittagssonne mich anstrengen? Nichts und niemand treibt. Die Zeit gehört vollkommen mir. Die Gedanken sind an nichts gebunden. Schwer schleppen sich die Füße über hitzeausstrahlende Pflastersteine. Wütlich geht eine Bewegung durch den erschlafften Korpus. Nerven und Muskeln spannen sich. Was ist das? Ein nicht unbekanntes Signal hat mit den letzten verklingenden Tonwellen mein Trommelfell zur Vibration gebracht. Ich richte mich auf, horche gespannt. Da, jetzt wieder! Stärker! Ta — — — ta — — — ta — — — ta! Ta — — — ta — — — ta — — — ta! Tatitatanaaa! Ein Signal, bekannt in den Straßen Berlins aus gottbegnadeten Zeiten. Sollte es möglich sein? Ich traue meinen Sinnen nicht. Ungeachtet des glühenden Gestirns schreite ich kräftiger aus. Die Neugier treibt mich vorwärts. Aus der Nebenstraße kamen die Tonwellen. Ich steuere um die Ecke. Neugierige Augen suchen die Straße ab und erblicken: — einen klapperigen Handwagen, beladen mit Urörter-Hausrat. Daneben schreitet in der jugendlichen Glut der Mittagssonne ein alter, bärtiger Mann. Gebückt von der Bürde der Jahre. Er läßt den Lokruf ertönen — — — Der Lumpensammler von Basel! Und ich dachte — — —

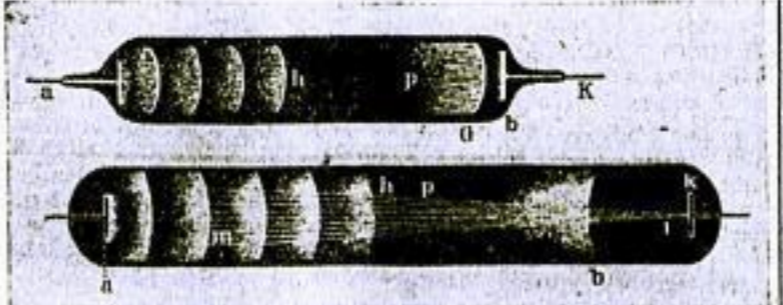
Struppiges Haar. Die Gesichtspartien um das Kinn herum ein Reißbrett. So kann ich mich unmöglich unter Menschen sehen lassen. Man ist immerhin noch Kulturmensch und seinen Zeitgenossen gegenüber verpflichtet. In den Bergen, da war ich allein. Aber jetzt stehe ich wieder mitten in der Zivilisation. In der Nähe des Bahnhofs leuchtet ein bühnendes, säuberlich gepulvertes Messingschild. „Coiffeur“ steht da geschrieben. Nein, gemacht. Meiner Intelligenz gelingt es nicht, hinter das Geheimnis dieses Wortes zu kommen. Nur das spiegelnde Messingschild und ein Blick in das Schaufenster lassen den tieferen Sinn des Wortes erraten. Hier bin ich an der rechten Schmiede. Hier ist ein Verschönerungsprozess möglich. Schwerenägelt Schube stapfen in den Salon. Ich nehme Platz. Die Sache kann beginnen. Der Coiffeur fragt mich freundlich lächelnd im Schweizer-Deutsch nach meinem Begehre. Obwohl ich nichts als nur ein paar unartikulierte Laute vernehme, antworte ich ebenso freundlich: „Bitte schön!“ Damit ausdrückend, er solle mir den Bart scheren. — — — Sowie ging alles gut. Der erste Streich war schon zu Ende. Der zweite in Vorbereitung. — — — Übermalis stürzen aus dem Munde des Bartsherrers einige unverständliche Laute. Um nicht unhöflich zu sein, bitte ich wieder schön. Gespannt warte ich der kommenden Dinge. — — — Ein Händepaar wühlt sich in freisenden, rotierenden Bewegungen durch mein gelocktes Haar. Kopfwäsche! Ich bin ganz verdattert. War denn diese Prozedur notwendig? Meinem Empfinden nach nicht. Doch es war schon geschehen. Mit einem Turban weißer Tücher um den Kopf hänge ich in dem Follerstuhl. Gefesse mit mir, was will. Es muß ja nun alles bald ein Ende haben. Da hebt ein Summen und Brummen an. Tummelt sich ein Schwarm Insekten über meinem Haupte? Nein! Ein warmer Wind kühlt durch das Haar. Der elektrische Strom hat sich des nassen Schöpfes erbarmt. Im Nu ist er, der Schopf, trocken. Aber so geht das nicht weiter. Ich rasse mich auf. Als wiederum diese freundliche, aber immer noch unverständliche Stimme ertönt, antworte ich fest und bestimmt: „Danke schön!“ Auf der Straße kann ich mich eines herzlichen Lachens nicht erwehren. Geschworen habe ich allerdings, nie wieder die heimatischen Grenzpfähle zu verlassen, ohne die Sprache des fremden Landes erlernt zu haben. Und wenn es Schweizer-Deutsch ist.

Erzeugung von Höchsttemperaturen

Von Dr. Karl Coste.

Prometheus, der den Menschen das Feuer brachte, würde sich sehr wundern, wenn er sehen könnte, was im Laufe der Zeit aus dem „Funken“ geworden ist, den er den olympischen Göttern von ihrem himmlischen Kochherd gestohlen hat. Er würde die alte, nur für Schulkinder in ihr Gegenteil verkehrte Wahrheit wieder einmal bekräftigt finden, daß unrecht Gut sehr wohl begehrt. Da es bei den griechischen Göttern sehr irdisch zuging, ist anzunehmen, daß sie nur Holz verfeuert, wie es dann auch durch Jahrtausende die Menschen ausschließlich getan haben. Damit lassen sich nur recht bescheidene Temperaturen erreichen, die noch nicht genügen, um Gußeisen zu erzeugen. Die Entdeckung der Holzkohle und später der Steinkohle ermöglichte schon höhere Hitzegrade. Obgleich man noch lange keine Ahnung hatte, worauf die Wärmeentwicklung beim Verbrennen beruht, kam man doch schon sehr früh auf den Gedanken, durch lebhaftere Luftzufuhr mittels Blasebalgs die Intensität der Flamme zu steigern. Daß der wirksame, die Verbrennung unterhaltende Bestandteil der Luft der Sauerstoff ist, hat erst in den Jahren 1774 bis 1781 der französische Chemiker Lavoisier entdeckt, nachdem kurz vorher (1771) der Engländer Priestley und fast gleichzeitig der Stralsunder Scheele den Sauerstoff überhaupt erst als einen bestimmten eigentümlichen Stoff erkannt hatten. Erst die Entwicklung oder besser das Entstehen einer wirklich wissenschaftlichen Chemie im 19. Jahrhundert gab uns die theoretischen Kenntnisse, um höhere Temperaturen zu erzeugen. Aus der Tatsache, daß in der Luft nur ein Viertel Sauerstoff (dem Gewicht nach) und drei Viertel, an der Verbrennung nicht teilnehmender Stickstoff enthalten ist, ergab sich leicht, daß in einer gewöhnlichen Flamme dieser ganze Ballast an Stickstoff nutzlos miterwärmt, die Temperatur also erheblich herabgedrückt wird. Reiner, unverdünnter Sauerstoff muß also eine erheblich heißere Flamme geben, natürlich vorausgesetzt, daß er nur in solcher Menge zugeführt wird, daß er gerade zur Verbrennung des Brennstoffmaterials genügt; ein Ueberschuß würde wieder als Ballast wirken, da er sich nicht mehr an dem Vorgang aktiv beteiligen kann. Lange Zeit galt die Flamme des Knallgasgebläses als heißeste. Mit ihr kann man ungefähr 2000 Grad erreichen, wenn das Volumenverhältnis des Wasserstoffgases und Sauerstoffs wie zwei zu eins ist; dabei verbrennt der Wasserstoff eben vollständig zu Wasser. Mischen wir mit dem zweieinhalbfachen Volumen Sauerstoff erzeugt ungefähr 3000 Grad. Dies gilt für offene Flammen, bei denen sich die heißen dampf- und gasförmigen Verbrennungsprodukte ungehindert aus-

dehnen können. Da diese Ausdehnung Abkühlung zur Folge hat, muß sich die Temperatur noch bedeutend steigern lassen, wenn die Gasgemische in einem geschlossenen, sehr festen Behälter zur Entzündung gebracht werden; hier lassen sich — allerdings nur für den kurzen Moment der äußerst heftigen Explosion — tatsächlich Temperaturen erreichen, die um mehr als die Hälfte höher sind als die freien Flammen. Die chemische Vereinigung des Sauerstoffs mit den Atomen des Brennstoffes ist eine Reaktion von „positiver Wärmetönung“, das heißt es wird dabei Wärme frei (es gibt auch Reaktionen negativer Wärmetönung, wobei Wärme verschluckt wird, verschwindet). Wenn sich die freien Atome der miteinander reagierenden Stoffe direkt verbinden könnten, so erhielten wir bei den Verbrennungen noch viel höhere Temperaturen. Die Atome sowohl des Sauerstoffs als auch des Brennstoffes sind aber zu Molekülen vereinigt, die erst aufgespalten werden müssen, und dazu wird Energie verbraucht; die Verbrennungswärme ist also nur der Ueberschuß, der von der Vereinigungswärme der



Sauerstoff- und (z. B.) Wasserstoffatome übrigbleibt nach Abzug der Wärme, die zur Zerstörung der früheren Moleküle verbraucht wurde und die vermutlich noch erheblich größer ist. Diese Erwägung hat dazu geführt, die „Rekombinationswärme“ atomaren Wasserstoffs (d. h. von Wasserstoff, der aus freien Atomen statt aus Molekülen mit je zwei fest verbundenen Atomen besteht) auszunutzen, und zwar zur Schweißung schwerer Metalle. In einer Wasserstoffatmosphäre geht zwischen Elektroden aus Wolframmetall ein elektrischer Lichtbogen über; durch diesen hindurch wird ein scharfer Strom Wasserstoffgas gelassen, wobei dieses in freie Atome aufgespalten wird. Diese Atome prallen auf das zu schweißende Metall und vereinigen sich hier wieder zu Molekülen unter so ungeheurer Hitzeentwicklung, daß selbst dicke Eisenplatten momentan geschmolzen werden. Dies ist sozusagen eine Verbrennung ohne Sauerstoff. Die höchsten Temperaturen dürften aber zur Zeit durch die Kathodenstrahlen erreicht werden.



Abk. 1 zeigt zwei Glasröhren, in deren Enden Platinelektroden eingeschlossen sind. Die linke enthält stark verdünnte Luft und ist eine geschlossene Geißleröhre. Ist Strom eingeschaltet, so breiten sich vor der Anode (a) rötliche Schichten aus, das sog. „positive Licht“; dann kommt (von h bis p) der Faradaysche dunkle Raum“; auch dunkler Trennungsraum genannt, daran schließt sich (bei G) das violette „negative Glümlicht“, und unmittelbar an der Kathode (K) eine kleine leuchtende Schicht. Wird das Rohr fast luftleer gepumpt, so ändert sich das Bild (rechtes Rohr). Das „negative Glümlicht“ schiebt sich weiter vor, von der Kathode weg, und von der Mitte der Kathode geht ein violettes Lichtbüschel aus, das bei ganz großer Luftverdünnung durch das Glümlicht, den Faradayschen dunklen Raum und die positiven Schichten hindurchgeht: die Kathodenstrahlen. Diese sind mit 1/10 Lichtgeschwindigkeit fortgeschleuderte Elektronen, die kleinsten uns bekannten Massenteilchen, 1800mal so klein wie das Wasserstoffatom, die Träger der negativen elektrischen Ladung. Daß es sich bei den Kathodenstrahlen um bewegte Körperchen handelt, dürfte bewiesen werden durch den in Abb. 2 dargestellten Versuch. Die beiden Elektroden liegen hier nicht in der Achse des Rohrs, sondern so, daß ihre Verbindungslinie nur die obere Hälfte des Rohrs, drehbar ausgehängten Schaufelrades trifft; dieses wird in Umdrehung verkehrt, sowie Kathodenstrahlen auftreten. Gestaltet man nun das Rohr kugelförmig (Abb. 3), und gibt der Kathode die Form einer kugelförmigen Schale, so laufen die Kathodenstrahlen in Richtung der punktierten Linien alle nach dem Mittelpunkt der Kugel zusammen und erhitzen einen dort befindlichen Körper, was im Bild durch den hellen Strahlenstern angedeutet ist. Neuerdings hat man fast die ganze Kugel durch Metallbelag zur Kathode gemacht, so daß noch mehr Kathodenstrahlen auf den Mittelpunkt gerichtet werden, und hat erreicht, daß selbst berde Stücke des erst bei 3300 Grad schmelzenden Wolframmetalls zum Sieden gebracht wurden.

Kleine Chronik

Einen Voltaire-Abend veranstaltet die Genossin Göhlsdorf am 7. September, 20 Uhr, im Saale der Alten Handelsbörse am Reichmarkt. Schauspielhaus. Von Arnold Sachs Schwant „Unter Ge- haisaussicht“ finden nur noch 6 Aufführungen statt. Am Sonnabend, dem 8. September, Erstaufführung „Der Prozeß Mary Dugan“.

Die Logik des Wunderbaren

Wenn ich über einige Bemerkungen zu Franz Kafkas Romanen „Das Schloss“ und „Amerika“ (erschienen im Kurt-Wolff-Verlag, München) den Titel von der Logik des Wunderbaren schreibe, so treffe ich damit nur die Technik Kafkas, der in einer unwirklichen Handlung nichts anderes spiegelt als primitives Schicksal. Die größte Veränderung, die unsere Ergebnisse im Traum erfahren, beherrscht bei Kafka den Verlauf eines großen Romans. Einzelträume wurden oftmals zu löstbaren Dichtungen; unerhört ist, wie Kafka eine Reihe traumhafter Vorgänge zur geschlossenen Form verflocht. Eiseskälte vernunftkontrollierter Darstellung und Fieberhitze der Phantasie haben die vielleicht unüberdarstellbarsten Prosa-dichtungen dieses Jahrhunderts geschaffen.

Hätte Kafka bei seinem Werk, das zu seinen Lebzeiten im verborgenen blieb und nun allmählich immer sichtbar wird, einer Stilprobe gebietet, vielleicht auf expressionistische Weise geschrieben, wäre er vergessen und so unlesbar wie heute die Bücher von manchem bekannten Autor aus den Nachkriegsjahren. Aber in Kafkas Sätzen steht kein unklarer Wort, keine gezielte Verblendung, kein falsches eitles Bild. Die bescheidene Verstandlichkeit, die mit dem alten Wortschatz Goethes und der Grammatik des Volkserzählers J. V. Hebel auskommt, lassen ihn ruhig das Tollste erzählen. Wie in den graulichsten Geschichten Edgar Allan Poes das elfte Ende nächsten Jerniert wird und gerade davon ihre zupackende Wirkung ausgeht, so läuft auch bei Kafka die Exzentrik der inneren Möglichkeit äußerlich ordnungsgemäß ab, weil seine sprachlichen Mittel stark und untadelig sind. Immerhin, obgleich jeder Satz verständlich ist, empfehle ich, Lesern, die noch nichts von Kafka kennen, vor den großen Romanen eine Vorbereitung durch seine kleinen Bücher, die fast alle sehr billig gleichfalls bei K. Wolff zu haben sind: (Die Strafkolonie, Die Verwandlung, Das Urteil, Der Hungerkünstler.) Die Romane wurden erst nach seinem Tode von seinem Freunde Max Brod herausgegeben. 1925 der düstere „Prozeß“, Verteilung und Tod des Bankbeamten Joseph K. 1927 „Das Schloss“: kontrastreicher, weniger grausam, beim Tode des Landvermessers K. seines Strebens Anerkennung aus Gnade verkleidend. 1928 „Amerika“, Kafkas freundliches Buch, mit der schlechten überhehnten Welt verführend durch den unschuldigen Jüngling Karl Rossmann.

Hätte ich mit meiner Ueberschrift nicht die Kunstleistung, sondern den Stoff der Romane treffen wollen, so wäre möglich gewesen: Der Zwang zum Schuldigenwerden. Denn es ist ein Hauptthema Kafkas, drastisch zu zeigen, wie der Mensch dem Konflikt der Pflichten nicht entkommen kann und indem er dem einen hilft, am anderen schlecht handelt, wie er Schmerz bringt, ohne es zu wissen, nur weil er seinem Glücke nachläßt, Gericht und Gesetz und die Wehrlosigkeit des Menschen, ihren Reizen zu entgehen, sind für Kafkas schonungslose Untersuchung und sein fanatisches Verlangen nach Gerechtigkeit immer ein starker Schaffensantrieb gewesen. Eine andere Ueberschrift: Die Opfer der Kanzleien. Franz Kafka muß einmal, in einem schlimmen Augenblick seines Lebens, die Mächtigkeit des Menschen vor Behörden, die sich Selbstmord wurden, und die Dual des „polizeilich Erfassbaren“, worin ja für den Staat der einzige Sinn des Lebens besteht, bis zu einem peinigen hellen Grade durchschaut haben. Einmal in jedem Romane gerät der Held in die Fangarme eines Amtes, das ihn registriert, dirigiert, sortiert, stolpert und vor allem wartet, wartet, wartet läßt. Warten auf die Erlaubnis zu leben, warten auf die Erlaubnis zu wohnen, warten auf Arbeit. Die Vorhänge, die dem kleinen Angestellten, dem Gelegenheitsarbeiter drohen, Elend und Verderben der Arbeitslosigkeit, die Ausbeutung der aus dem Trieb zur Lebens- und Familienerhaltung Arbeitsfähigen: das alles wird bei Kafka zu neuen Bildern.

Ein weiteres Thema: Die Hilflosigkeit des Einsamen. Ein einzelner kommt in ein fremdes Land, und beinahe alle sind gegen ihn, verwirren ihn, betrüben ihn, verweigern ihm die Hilfe. Nur wenige sind bereit, den Neuen, Andersgearteten in die Gemeinschaft gleichberechtigt aufzunehmen. Endlich erwog ich lange als Ueberschrift einen Satz aus dem Schlossroman: „Gegen Späße gibt es keine Einwände.“ Der auswählende Dichter ist auch ein Humorist seltener Art. Romische Einzelheiten schaffen den Kontrast zur Not seiner Menschen und bewahren seine späteren Bücher davon, nur äußerlich in uns zu haften. Fundgruben für seinen Humor sind die Zwänge. Der Landvermesser verfehlt sein gutes Werk durch Kopfnacktrinken, eine entscheidende Unterredung muß er in Unterhosen führen. Die Männer kommen von ihrem Ziel ab, weil sie sich mit Frauen in Bierpflügen wagen oder ihnen Schlager vorspielen. Der Amerikaner verliert unschuldig die Stellung, weil sein betrunkenen Freund in den Ruffschacht des Hotels kopt. Kafka wird vom Kleinen angezogen. Nicht an Göttern und Heroen zeigt er Lauf und Hinterinn der Welt, nicht an Genies, sondern an Durchschnittsmenschen, an gebrüchlichen Alltagsgestalten. Da kann von keinem Sieg die Rede sein. Uebersetzen ist alles. Das Ewige, gespiegelte im Allzumenschlichen, lehrt, daß in der Welt unendlich viel Hoffnung sei, aber noch nicht für uns.

Kafkas drei Romane sind Variationen über gemeinsame Themen, man könnte sagen: eine Trilogie des einsamen, bedachten, mühsalbeladenen Menschen. „Das Schloss“ und „Amerika“ sind geradezu Geschwisterbücher, verkehrt in jeder Einzelheit des Milieus und der Figuren, aber übereinstimmend im Grundzug der Handlung. Im „Schloß“ kommt der fremde Landvermesser ins Dorf und läßt Arbeit. Er braucht die Erlaubnis des allmächtigen Schlosses. Als er sein Ziel erreicht, liegt er auf dem Sterbette. Zeitlos das Thema, zeitlos die Darstellung, berstend von Beziehungen auf gemeinsame Seelenvorgänge und Urenergebnisse der Menschheit. Ueberall auch die Möglichkeit, aktuelle Zustände formulierte zu sehen. Das Schloss mit dem Grafen erscheint wie der Himmel mit Gott und den Engeln. Kafka belächelt traurig Bosheit, Dummheit und Unfähigkeit der höchsten Mächte. Was ist der Himmel? Eine Registratur.

In „Amerika“ muß Karl Rossmann über Meer fahren, weil er in eine Dummheit hineingeraten war. Ein reicher Onkel nützt ihm nicht lange, Karl muß wandern und Arbeit suchen, schlechte Gesellschaft abschütteln und Lisbon werden im Hotel Occidental. Er findet ein elendes Amt als Diener und zulezt ein Unterkommen bei einem phantastischen Universtheater. Szenen wie die Erzählung Thereses vom Tod ihrer Mutter erinnern in ihrer unsagbar jarten Wehmüt an Andersens Märchen. Daneben stehen komische Dersheiten, wie die Strakenzene mit dem Auto und dem Postkisten, die wie eine Vorahnung Chaplins erscheinen. Kafka wußte nichts von Chaplin, als er seine Romane schrieb, aber Chaplins Verlorenheit in der Welt, seine wehmütige Verspieltkeit berührt uns bereits am „Schloß“ und deutlich noch in „Amerika“.

Keiner von Kafkas Romanen wurde äußerlich beendet. Kafka hat sie kurz vorm Abschluß liegen gelassen. „Amerika“ ist am wenigsten geschlossen. Aber das hat, so sehr wir es um entgangener Schönheiten willen bedauern, nichts zu sagen für die Geltung der Bücher. Jede Seite ist in sich vollendet, jeder Abschnitt dokumentiert in seiner Vereinigung polarer Gegensätze die Kraft ihres Schöpfers, das kleinste Stück gibt eine wahrhafte Vision der Welt und des Menschen. Wo bleibt die Liebe der Geschlechter vor Kafkas unbestechlichem Verstand, fragt man nach mancher erbarmungslosen Entblüdung. Und wenn man das Blatt wendet, brant rührende Liebe auf in den Worten eines armen sich neigenden Herzens. Vom Bergwägen an Kafkas Figuren und seinem abgründigen Humor über die wohlthätige Kraft seiner Darstelluna und die aufwählenden moralischen Uebungen seiner Dialekt führt der Dichter zuletzt den getreten, die Widerstände des Absonderlichen überwindenden Helfer zur Beglückung durch Weisheit.

Heinrich Wiegand.